



universität  
wien

# DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

## **Rethinking „Doi Moi“**

Transformationsprozesse in Vietnam

Verfasserin

**Hoai Huong Le**

angestrebter akademischer Grad

**Magistra (Mag.)**

Wien, 2010

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 057 390

Studienrichtung lt. Zulassungsbescheid:

Internationale Entwicklung

Betreuer:

Ao. Univ. - Prof. Mag. Dr. Karl Husa



# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis.....	v
Abbildungsverzeichnis.....	vi
Tabellenverzeichnis.....	vii
1. EINLEITUNG.....	1
2. THEORETISCHE GRUNDLAGEN.....	5
2.1 Wachstumstheorien .....	5
2.1.1 Keynesianismus und Harrod/Domar.....	6
2.1.2 Gleichgewichtiges und ungleichgewichtiges Wachstum.....	8
2.1.3 Konservative Modernisierungstheorie.....	10
2.1.4 Nichtkapitalistische, marxistische Entwicklungstheorie.....	11
2.1.5 Rückkehr zur Neoklassik und Wachstumsförderung.....	13
2.1.5.1 Handel und Entwicklung.....	14
2.1.5.1.1 Exportorientierte Industrialisierung.....	15
2.1.5.1.2 Freihandelsdebatte.....	16
2.2 Planwirtschaft und Marktwirtschaft.....	18
2.2.1 Transformationsstrategien.....	20
3. ALLGEMEIN.....	23
3.1 Geographische Lage/Klima.....	23
3.2 Bevölkerung und Religion.....	24
3.3 Kulturelle Einflüsse der vietnamesischen Gesellschaft.....	24
3.3.1 Konfuzianismus.....	24
3.3.2 Buddhismus.....	26
4. GESCHICHTE VON 1862 - 1975.....	29
5. WIRTSCHAFT .....	35
5.1 Wirtschaftsentwicklung von 1862 – 1975.....	35
5.1.1 Südvietnam (Republik Vietnam) .....	36
5.1.2 Nordvietnam (Demokratische Republik Vietnam).....	39
5.1.2.1 Der erste Fünfjahresplan.....	40
5.2 Wirtschaftsentwicklung nach der Wiedervereinigung 1976.....	42
5.2.1 Der zweite Fünfjahresplan.....	43
5.2.2 Der dritte Fünfjahresplan.....	46

6. DIE REFORMPOLITIK „DOI MOI“ .....	49
6.1 Reformen des Finanzwesens.....	50
6.1.1 Inflationsbekämpfung.....	50
6.1.2 Steuerreform.....	51
6.1.3 Preisreform.....	52
6.1.4 Bankreform.....	53
6.2 Reform der Eigentumsverhältnisse.....	55
6.3 Landwirtschaftsreform.....	55
6.4 Privatisierung von Staatsunternehmen.....	56
6.5 Außenwirtschaftliche Öffnung.....	57
7. ANALYSE DER REFORMPOLITIK „DOI MOI“ .....	61
7.1 Positive Entwicklungen.....	62
7.1.1 Die wirtschaftliche Entwicklung.....	62
7.1.1.1 Wirtschaftswachstum.....	62
7.1.1.2 Ausländische Direktinvestitionen (FDI).....	64
7.1.1.3 Außenhandel.....	66
7.1.2 Armutsreduzierung.....	68
7.1.2.1 Human Development Index.....	69
7.2 Negative Entwicklungen.....	70
7.2.1 Wirtschaftliche Fallen.....	71
7.2.1.1 Auslandsinvestitionen.....	71
7.2.1.2 Handelsbilanz.....	71
7.2.1.3 Privatisierung.....	72
7.2.2 Armutsgefälle.....	73
7.2.2.1 Stadt-Land-Disparitäten.....	73
7.2.2.2 Regionale Disparitäten.....	75
7.2.2.3 Ethnische Disparitäten.....	76
7.2.3 Korruption.....	78
7.2.3.1 Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung.....	81
7.2.4 Infrastruktur.....	82
7.2.4.1 Gesundheitssystem.....	83
7.2.4.2 Bildungssystem.....	84
7.3 Politische Reform.....	86
7.4 Position in Asien.....	88

7.4.1 Reisproduzent .....	89
7.4.2 IT-Branche.....	89
8. CONCLUSIO.....	91
9. BIBLIOGRAPHIE.....	95
10. APPENDIX.....	103
10.1 Zusammenfassung.....	103
10.2 Abstract.....	104
10.3 Curriculum Vitae.....	105

# ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

ADB	Asian Development Bank
APEC	Asia-Pacific Economic Cooperation
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations
AusAID	Australian Agency for International Development
BIBB	Bundesinstitut für Berufsbildung
BIP	Bruttoinlandsprodukt
CPV	Communist Party Vietnam
DRV	Demokratische Republik Vietnam
GETJOBS	German Experiences and/or Trained personnel JOB Service
EU	Europäische Union
FDI	Foreign Direct Investment
GDP	Gross Domestic Product
GSO	General Statistical Office
GTAI	Germany Trade and Invest
HCMC	Ho-Chi-Minh-City
HDI	Human Development Index
IMF	International Monetary Fund
KPV	Kommunistische Partei Vietnam
RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
UNDP	United Nations Development Programme
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
US	United States (of America)
USA	United States of America
VASS	Vietnamese Academy of Social Sciences
VR China	Volksrepublik China
WB	World Bank
WTO	World Trade Organisation

# **ABBILDUNGSVERZEICHNIS**

Abb. 1: Vietnams Preisindex 1979 – 1995

Abb. 2: Entwicklung der Exporte und Importe, 1989-2000

Abb. 3: Veränderung des realen BIP in %, 1990-2009

Abb. 4: Reales BIP-Wachstum, durchschn. jährliche Veränderung in %, 2000-2006

Abb. 5: FDI 1988-2005

Abb. 6: Handelsbilanz 1990-2008

Abb. 7: Armutsreduzierung in Vietnam 1993-2004

Abb. 8: Reale Pro-Kopf-Ausgaben, Land-Stadt 1993-2004

Abb. 9: Regionale Armutsraten 1993-2004

Abb. 10: Armutsrate in % der ethnischen Minderheiten 1993-2004

# **TABELLENVERZEICHNIS**

Tab. 1: Unterschiede zwischen Markt- und Planwirtschaft

Tab. 2: Private Beteiligungen am Außenhandel

Tab. 3: Vietnams Human Development Index

Tab. 4: Headcount-Index in Prozent

# 1. EINLEITUNG

Vietnam wird häufig in Verbindung mit dem amerikanischen Krieg angesprochen. Die Kriegsbilder von Flüchtlingen und Soldaten wie auch Bilder von Demonstrationen in Europa und den Vereinigten Staaten sind allen durch die Medien bekannt. Amerikanische Spielfilme verstärken das romantische Bild von Vietnam sowie auch Dokumentationen, die Vietnam als exotisches Reiseland werben. Dass Vietnam in den letzten 20 Jahren durch eine erfolgreiche Reformpolitik, genannt „Doi Moi“ das Land aus der tiefen Armut und der wirtschaftlichen Isolation herausholte ist nur wenigen bekannt.

Meine erste Reise nach Vietnam war vor beinahe 20 Jahren und ich besuchte mein Heimatland bis heute alle fünf Jahre wieder, sodass ich die enormen wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Veränderungen im Land während dem Reformprozess mitverfolgen konnte. Mein Interesse für den Reformprozess in Vietnam verstärkte sich zunehmend durch mein Auslandssemester in Vietnam im Sommer 2009. Ich verbrachte ein Semester in Ho-Chi-Minh-City um an der National University of Ho-Chi-Minh-City Vietnamesisch zu studieren. Durch das Lesen der vietnamesischen Zeitungen habe ich erstmals einen Einblick in die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung des Landes im Hintergrund der Einparteiherrschaft der kommunistischen Partei bekommen. Durch persönliche Gespräche mit vietnamesischen Studenten erfuhr ich auch von den enormen gesellschaftlichen Veränderungen im Land.

Die starken Veränderungen und der Reformprozess in Vietnam sind der Reformpolitik „Doi Moi“ zuzuschreiben, welche die bestehende Planwirtschaft schrittweise in eine Marktwirtschaft umwandeln soll. Durch diesen Transformationsprozess soll die vietnamesische Wirtschaft gestärkt und angekurbelt werden, sich dem internationalen Markt öffnen und die Armut im Land reduzieren. Die Reformpolitik erzielte in Vietnam innerhalb kurzer Zeit beachtliche Erfolge. Von großer Bedeutung sind die Fortschritte in der Armutsbekämpfung und der Anstieg der Lebenserwartung. Doch trotz der enormen Fortschritte

durch die Reformpolitik herrschen dennoch wirtschaftliche und soziale Probleme in Vietnam, wie Rechtsunsicherheiten, steigende Korruption, die Vernachlässigung des Gesundheits- und Bildungswesen wie auch ein zunehmendes Armutsgefälle.

Ziel meiner vorliegenden Arbeit ist durch eine Analyse des Transformationsprozesses in Vietnam die Erfolge und Schattenseiten der Reformpolitik darzustellen. Eine kritische Auseinandersetzung soll aufzeigen wie sich Vietnam im Reformprozess verhält und welche Faktoren ob positiv oder negativ die Entwicklung beeinflussen. Da für die Reformpolitik kein klares Endziel definiert wurde ist es nicht möglich herauszufinden ob die Reformpolitik ein Erfolg war sondern festzustellen in welchen Bereichen sie bisher erfolgreich war und in welchen nicht.

Methodisch basiert die Arbeit auf einer kritischen Analyse von deutsch- und englischsprachigen Primär- und Sekundärquellen. Das erste Kapitel der vorliegenden Arbeit gibt eine Einführung in die Wachstumstheorien. Die historische Entwicklung der unterschiedlichen Wachstumstheorien zeigt eine stetige Veränderung in der Sicht wie Entwicklung angetrieben werden kann und welche Ursachen Unterentwicklung hat. Aufgrund der zunehmenden Bedeutung des Außenhandels in der Entwicklungsdebatte wird in einem Kapitel zusätzlich die Freihandelsdebatte behandelt. Anschließend werden die Unterschiede zwischen Markt- und Planwirtschaft erläutert und kurz auf die unterschiedlichen Strategien zu Transformationsprozessen eingegangen.

Nach den theoretischen Grundlagen folgt im zweiten Kapitel eine Einführung in die allgemeinen Fakten Vietnams. Die Beschreibung zur geographischen Lage und den verschiedenen Klimazonen dient dem besseren Verständnis der unterschiedlichen landwirtschaftlichen und industriellen Nutzung in den einzelnen Landesregionen. Anschließend werden die kulturellen Einflüsse zur Darstellung der eigenständigen kulturellen Identität der vietnamesischen Gesellschaft beschrieben. Im dritten Kapitel der Arbeit folgt die Geschichte Vietnams, beginnend mit der französischen Kolonialmacht, da hier die jüngste Wirtschaftsgeschichte Vietnams beginnt und endet mit dem amerikanischen Krieg, der 1976 mit der Wiedervereinigung des Landes endete. Das anschließende Kapitel beschreibt die Wirtschaftsentwicklung seit der französischen Kolonialmacht bis zur Wiedervereinigung und zeigt hier die Einflüsse der Kolonialmächte und der Kriege auf die vietnamesische Wirt-

schaftsentwicklung. Diese Einführung soll die Entwicklungsgeschichte vor der folgenden Reformpolitik aufzeigen und erklären weshalb Vietnam zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung sich in einer schlechten Wirtschaftslage und tiefer Armut befand. Nach der Wiedervereinigung folgt das Kapitel der Reformpolitik „Doi Moi“, welche zu Beginn die Faktoren zur Reformeinführung begründet, detailliert die einzelnen Punkte der Reformmaßnahmen behandelt. Schließlich folgt das Kernstück der Diplomarbeit die Analyse der Entwicklung von „Doi Moi“. Hier wird versucht herauszufinden welche Punkte der Reformpolitik erfolgreich verliefen und welche nicht. Anhand von Wirtschaftskennzahlen wird die Wirtschaftsentwicklung analysiert und anschließend die negativen Faktoren im Transformationsprozess beschrieben. Im Anschluss wird die Position der kommunistischen Partei und der Versuch einer politischen Reform beschrieben. Das letzte Kapitel befasst sich mit der wirtschaftlichen Position Vietnams in Asien und dem Konkurrenzkampf mit seinen Nachbarländern am internationalen Markt. Abschließend wird versucht eine Bilanz des Reformprozesses zu ziehen und zu klären ob die Reformpolitik sich auf dem richtigen Weg befindet bzw. in welchen Bereichen Gegenmaßnahmen durchgeführt werden sollen und welchen Einfluss diese auf die Gesellschaft und Politik einnehmen.



## **2. THEORETISCHE GRUNDLAGEN**

### **2.1 Wachstumstheorien**

Wachstumsstrategien sind mit unterschiedlichen Interessen verbunden und unterscheiden sich dadurch ob Wachstum neoklassisch, keynesianisch, neomerkantilistisch oder sozialistisch angeregt werden soll. Es stellt sich die Frage welche Rolle dem Markt und dem Staat zur Förderung des Wachstums zukommen soll, die Wachstumsstrategie binnenmarkt- oder exportorientiert ist und ob eine protektionistische oder Freihändlerische Strategie, die nach den Kostenvorteilen verfährt, bevorzugt wird. Eine ebenfalls bedeutende Frage ist ob das Wachstum maximiert oder in Form eines „dauerhaften Wachstums“ begrenzt werden soll (Menzel 1992:131).

Der Glaube der „Nachahmung“ basiert auf einem im 19. Jahrhundert entstanden europäischen Geschichtsmythos, der von Wallerstein wie folgend zusammengefasst wird: Mit der „industriellen Revolution“ ging in Europa neben einer großen ökonomischen Veränderung auch eine politische einher. Die Bourgeoisie stürzte die Aristokratie und dehnte damit den Bereich der Freiheit aus, die jedoch nicht überall gleichzeitig statt fand. Der Fortschritt entwickelte sich in einigen Ländern schneller und andere blieben „rückständiger“. Durch den Optimismus der Geschichte sah man in der „Nachahmung“ der fortschrittlichen Länder die Lösung für die rückständigen Ländern, die erst dadurch in den „Genuss der gleichen Früchte des Fortschritts“ kommen (Wallerstein 1995:65 In: Fischer/Hödl/Parnreiter 2004:16).

Somit wurde das Nachahmen und Aufholen mit dem Wirtschaftswachstum gleichgestellt und diesen Konsens teilten die Eliten in den reichen Ländern und übernahmen auch jene in den armen Ländern. Wirtschaftswachstum wurde gleich mit Entwicklung aufgefasst und kann nur durch Industrialisierung erreicht werden, wobei der Staat eine zentrale Rolle im Entwicklungsprozess spielen soll. Und somit verfestigte sich der Konsens, dass Entwicklung gleichzeitig Wirtschaftswachstum bedeutete und nur durch eine staatlich initiierte Industrialisierung erreicht werden kann (Fischer/Hödl/Parnreiter 2004:17).

Durch die Revolutionierung des internationalen Transportwesens durch die Eisenbahn und das Dampfschiff konnten seit den 1880er Jahren die Transportkosten drastisch reduziert werden. Damit wurde erstmals der wirkliche Weltmarkt für Massenfrachtgüter wie Getreide, Vieh, Kohle, Erz und Holz konstituiert und Böden und Rohstoffvorkommen der überseeischen Länder wurden für Europa immer bedeutender. Zu jener Zeit setzte sich die Neoklassik als herrschende volkswirtschaftliche Lehre durch, die für eine internationale Spezialisierung nach den komparativen Kostenvorteilen eintrat und sich damals noch an natürlichen Produktionsfaktoren orientierte und somit eine Arbeitsteilung von Rohstoffen und Fertiggütern forderte. Der dadurch resultierende Wohlfahrtsgewinn konnte zunehmend gesteigert werden indem keine handelspolitischen Restriktionen diesen Prozess verhin-derten. Demnach war die verbreitete Entwicklungsstrategie der Freihandel. Die wirtschaft-lichen Probleme, die in den Industrieländern durch die Weltwirtschaftskrise verursacht wurden, zwangen sie zu protektionistischen Maßnahmen, die schließlich zu einem drasti-schen Rückgang im Welthandel führte. Die Konsequenzen waren besonders für die Entwicklungsländer fatal und zeigen, dass die Logik des Exportwachstumsmodell schnell obsolet wurde (Menzel 1992:135).

### ***2.1.1 Keynesianismus und Harrod/Domar***

Als Gegensatz zur neoklassischen Lehre bildete sich der Keynesianismus von John Maynard Keynes, der den bedeutendsten Ansatzpunkt für die Begründung eines systemati-schen Staateingriffes in den Wirtschaftsprozess darstellt. Der Keynesianismus setzte sich besonders während der Weltwirtschaftskrise als Entwicklungsstrategie durch, als die Produktion drastisch gesunken war und eine hohe Arbeitslosigkeit herrschte. Die Wirt-schaftspolitik reagierte mit einer Kürzung der Staatsausgaben zur Eindämmung der Defi-zite und eine Senkung der Preise und Löhne zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit am Weltmarkt. Doch das System scheiterte und kam nicht mehr aus der Krise heraus (Schwank 2005). Keynes ging davon aus, dass nicht immer eine Tendenz zur vollen Auslastung der Produktionsfaktoren bestehen muss, sondern dass ein wirtschaftliches Gleichgewicht auch bei ihrer Unterlastung wie hoher Arbeitslosigkeit und brachliegenden Kapazitäten möglich ist. Um den Wachstumsprozess wieder in Gang zu setzen müssen

staatliche Anreize gegeben sein um auch die Produktionsfaktoren auszulasten, wie z.B. Arbeitsbeschaffungsprogramme durch staatliche Investitionen, einer aktiveren Konjunkturpolitik und durch höhere Einkommen würde sich auch das Konsumverhalten der Bürger ändern. Aufbauend auf der keynesianischen Lehre entwickelten Roy Harrod und Evsey Domar ein Wachstumsmodell, das auf der Aussage beruht, dass Wachstumssteigerung durch die Anhebung der Sparquote und der Steigerung der Kapitalproduktivität erreicht werden kann. Diese strategische Überlegung konzentriert sich auf die Erhöhung des Kapitalangebots, die durch eine Steigerung des Sparaufkommen oder durch die Kapitalzufuhr von Aussen erreicht werden kann. Die Annahme, dass grundsätzlich Bezieher höherer Einkommen in der Lage sind zu sparen, bei zunehmenden Einkommen auch der relative Anteil des Sparaufkommens steigt und daraus eine resultierende ungleiche Verteilung der Einkommen entsteht, wird als positiv gesehen. Diese Meinung wurde durch die „U-Hypothese“ von Simon Kuznet gestützt, die aufgrund vergleichender statistischer Untersuchungen über Industrialisierungsprozesse in verschiedenen Ländern zur Schlussfolgerung gelangt, dass zu Beginn der Industrialisierung sich das Land von einer anfangs eher egalitären und dann in eine stärker ungleiche Einkommensverteilung verändert, die sich aber mit fortschreitender Industrialisierung wieder abbaut. Somit wurde eine anfangs wachsende Ungleichheit der Einkommensverteilung sogar angestrebt, da diese zu einer Beschleunigung des Wirtschaftswachstums führt und langfristig auch den unteren Einkommensbezieher zu Gute kommt (Menzel 1992:135).

Es herrschte die Annahme, dass die Industrialisierung zu einer Urbanisierung, Alphabetisierung, sozialer Mobilisierung, politischer Partizipation führt und über die Demokratisierung und der Etablierung einer Gewerkschaft es zu einer Umverteilung kommen wird. Ebenfalls wurde argumentiert, dass eine Konzentration der Ressourcen auf einen modernen industriellen Kern zu Ausbreitungs- und Durchsickerungseffekten, zu sogenannten „spread und trickle down effects“, in den traditionellen und ländlichen Bereichen führen wird und damit die Bevölkerung langfristig auch an der Modernisierung teilnehmen wird (Menzel 1992:135). Jedoch können solche Effekte nur erzeugt werden wenn es zu keiner Konzentration der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital kommt, sondern zu einem Güteraus-

tausch. Doch kam es aber vor allem zu einer Mobilität des Faktors Arbeit, d.h. einer Abwanderung der Arbeitskräfte in die Wachstumspole, welches wiederum zu einem zunehmenden Stadt-Land-Gefälle führte (Kolland 2004:86).

Nach Lewis haben traditionelle Ökonomien den Vorteil zu Beginn ein unbegrenztes Angebot an Arbeitskräften zu haben, welches aufgrund der daraus resultierenden geringen Lohnkosten eine wichtige Voraussetzung für Wachstum darstellt. Im Laufe des Wachstums werden immer mehr Arbeitskräfte beschäftigt sodass das Arbeitskräfteangebot des traditionellen Sektors aufgesogen werde und schließlich auch dort der Modernisierungsprozess einsetzt (Lewis 1985 In: Menzel 1992:138). Die Strategie von Raul Prebisch und Hans Singer sieht eine Reduzierung der einseitigen Rohstoffspezialisierung und eine Entwicklung des Binnenmarkts vor. Die bisher aus den Industrieländern importierten Fertigwaren sollten zum Ausgangspunkt einer eigenen Industrialisierung genommen werden und dadurch protektionistische Maßnahmen abgesichert werden. Diese Strategie wird Importsubstitutionsindustrialisierung (ISI) genannt und wurde bis in die 80er Jahre in den meisten lateinamerikanischen Ländern durchgeführt (Menzel 1992:136).

### ***2.1.2 Gleichgewichtiges und ungleichgewichtiges Wachstum***

Durch die Weltwirtschaftskrise und dem Zweiten Weltkrieg änderte sich die Herangehensweise an die Industrialisierung indem dem Staat nun die zentrale Rolle im Entwicklungsprozess zugeteilt wurde. Hier unterscheiden sich die Auffassungen in der Frage, wie der Industrialisierungsprozess initiiert werden soll. Der Ökonom Paul Rosenstein-Rodan forderte die Initiierung durch einen „big push“ eine massive, gezielte staatliche Investitionen in bestimmte Zweige insbesondere im schwerindustriellen Sektor zur Ankurbelung des allgemeinen Wirtschaftswachstums. Als Alternative zu diesem Ansatz gilt der Ansatz von Albert O. Hirschman durch den „unbalanced growth“, der durch vielfältige Verflechtungen in den industriellen Leitsektoren die restliche Ökonomie stimulieren soll. Der Gegensatz dazu ist der „balanced growth“ von Ragnar Nurkse, der durch gleichmäßigen

und gleichzeitigen Kapitaleinsatz in mehreren Wirtschaftssektoren in Verbindung mit protektionistischen Maßnahmen die Wirtschaft ankurbeln soll (Fischer/Hödl/Parnreiter 2004:17).

Nurkses Auffassung spricht sich gegen eine reine Angebotspolitik aus, die sich rein auf die Steigerung des Sparaufkommens konzentriert, da das Vorhandensein von Finanzierungskapital nicht automatisch zu Investitionen führt. Hier müsse auch die Nachfrage nach Kapital stimuliert werden. Aufgrund der geringen internationalen Nachfrageelastizität für Primärgüter können die Exportsektoren nicht als Motor zur Wachstumsbeschleunigung eingesetzt werden. Nurkse fordert statt dessen eine rasche Expansion des Binnenmarktes. Ähnlich wie bei Rosenstein-Rodan sieht er die Notwendigkeit die Investitionsanreize so zu setzen, dass eine Produktion entsteht, die ihren eigenen Markt entwickelt und sich schließlich nach den Einkommenselastizitäten der Nachfrage richtet. Nurkse Strategie baut auf den privaten Unternehmen auf, welche nur ein entsprechendes Informations- und Anreizsystem geboten werden müsse, während Rosenstein-Rodan eine straffe Investitionslenkung vorsieht (Menzel 1992:138).

Die Idee des „unbalanced growth“ von Hirschman stimmt der These zu, dass der Engpass nicht beim Kapitalangebot liegt, da Luxuskonsum, unproduktive Investitionen oder Kapitalflucht weit verbreitet sind. Vielmehr liegt der Engpass an einer zu geringen Nachfrage nach Kapital, da die Fähigkeit zu investieren fehlt. Nach Hirschman liegt die Schuld an der mangelhaften Risikofreude und Innovationsbereitschaft der privaten Unternehmer. Es müsste in bestimmten Schlüsselsektoren durch Überkapazitäten und Engpässen Drucksituationen geschaffen werden, sodass deren Wachstum durch einen kumulativen Prozess auch auf die übrige Wirtschaft übergeht (Menzel 1992:139). Zwar betonte Hirschman die mangelnde Risikobereitschaft der privaten Unternehmer als Entwicklungshindernis, doch werden keine Hinweise gegeben wie dieses Manko bewältigt werden soll. Generell wurden in den zuvor genannten Konzepten die sozialen, politischen und kulturellen Faktoren der Gesellschaft kaum berücksichtigt.

*„Along with my fellow pioneers, I thus stand convicted of not having paid enough attention to the political implications of the economic development theories we propounded.“*  
(Hirschmann 1983:109 In: Kolland 2004:87).

Bis in die 60er Jahre haben diese Wachstumsstrategien die Landwirtschaft gänzlich ausgeblendet. Schließlich wurde auch dort die „Grüne Revolution“ angesetzt. Die Züchtung und Verbreitung von neuen HochleistungsSaatgut sollen die Erträge steigern, die jedoch Vorleistungen von Kunstdünger, Pflanzenschutzmittel, Bewässerung, Agrartechnik und Lagerungs- und Verarbeitungskapazitäten voraussetzten. Diese Investitionen konnten nur von Großgrundbesitzern und wohlhabenden Bauern aufgebracht werden, sodass das Einkommensgefälle auch in der Landwirtschaft zunahm. Dieses Problem wurde in Kauf genommen da das Wirtschaftswachstum vor dem Verteilungsgesichtspunkt Vorrang hatte (Menzel 1992:139).

### ***2.1.3 Konservative Modernisierungstheorie***

Stufentheorien stellen im wissenschaftstheoretischen Sinn keine Theorien dar sondern enthalten eher einen ausgeprägten historischen Determinismus. Walt W. Rostow entwickelte die bekannteste Stufentheorie, die „Stages of Economic Growth“, die auf einem starken ökonomischen Fortschrittsoptimismus aufbaut. Seine Idee basiert auf zwei Polen, der traditionellen und der modernen Gesellschaft. Zwischen beiden Polen liegt die Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs und die Entwicklung zum Reifestadium. Nach Rostow zeigen traditionelle Gesellschaften eine limitierte Produktivität aufgrund der fehlenden oder mangelhaften Anwendung von Wissenschaft und Technik (Rostow 1960:41).

Erst durch die Herausbildung einer neuen Elite nämlich dem Unternehmertum, dessen Kennzeichen das Gewinnstreben und die Kapitalakkumulation sind, erfolgt ein wirtschaftlicher Aufstieg. Zusätzlich soll durch eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion der industrielle Sektor gefördert werden und eine Verstärkung des Rohstoffexports Devisen ins Land bringen (Kolland 2004:90). Der Durchbruch von der traditionellen zur modernen Industriegesellschaft findet in der Phase des „take off“ statt, dessen Bedingung ein Anstieg der Investitionen und Ersparnisse von weniger als fünf Prozent des Bruttonationalprodukts auf mehr als zehn Prozent ist (Fischer/Hödl/Parnreiter 2004:35).

Anschließend bildet sich im „Stadium der Reife“ eine Ausdehnung der modernen Technik. Der dadurch entstehende Anstieg der Investitionen führt zu einer Produktivitätssteigerung, die sogar den Bevölkerungszuwachs übertrifft (Rostow 1960:47). Die Gesellschaft erreicht ihr Ziel im „Zeitalter des Massenkonsums“ wenn die breite Masse der Bevölkerung die Grundbedürfnisse wie Nahrung, Unterkunft und Kleidung und darüber hinaus auch zusätzliche Bedürfnisse befriedigen kann. Die Stufentheorie nach Rostow geht von einem diskontinuierlichen Produktionsprozess aus, d.h. in jeder Entwicklungsstufe nimmt ein anderer Wirtschaftssektor die zentrale Rolle im gesamtwirtschaftlichen Entwicklungsprozess ein. (Kolland 2004:91). Das oberste Ziel der Gesellschaft ist nun nicht mehr die Ausdehnung der modernen Technik sondern der Wohlfahrtsstaat (Rostow 1960:49).

Rostows Stufentheorie wurde stark kritisiert, da seine Indikatoren sehr unbestimmt sind. Die „Investitionsquote“ wird von Rostow als bedeutender Indikator angegeben. Jedoch ist nicht klar ob sie die Ursache oder Folge der Entwicklung in einem bestimmten Stadium ist. Eine weitere Kritik ist, dass sich einzelne Länder bzw. Ländergruppen nicht eindeutig den verschiedenen Stadien zuordnen lassen, da Zuordnungskriterien für die „take off“ Phase, abgesehen von der Investitionsquote, unklar sind. Auch Rostows „lineare Geschichtsauffassung“ wird kritisiert, die von einem bestimmten Ablauf der Geschichte ausgeht (Kolland 2004:91).

#### ***2.1.4 Nichtkapitalistische, marxistische Entwicklungstheorie***

Da die Wachstumsstrategien erfolglos blieben setzte Ende der 60er Jahre eine starke Kritik von Seitens der Vertreter des Südens ein. Grundsätzlich galt die Kritik dem Übergang von der Importsubstitution der leichten Phase, der Konsumgüter, in die schwere Phase, der Investitionsgüter und Grundstoffe. Für letzteres war die Binnennachfrage zu gering, da sich die „trickle down“ und „spread effects“ nicht wie erhofft einstellten. Statt einer Demokratisierung breiteten sich autoritäre politische Systeme aus und verfestigten sich sogar, die besonders als problematisch angesehen wurden um den Übergang von der leichten zur

schweren Importsubstitutionsphase zu bewerkstelligen (Menzel 1992:140). Aus dieser einsetzenden Kritik wurde die Dependenztheorie entwickelt, die als bedeutendste Strömung gilt und zu einem Wandel in der Entwicklungstheorie führte.

Der Ansatz der Dependenztheorie berücksichtigt erstmals die äußeren Faktoren, welche mit den Inneren eine Verbindung eingehen, die schließlich die soziale Struktur der Gesellschaft formt. Die Ursache für Unterentwicklung beruht nicht auf inneren Entwicklungsmängel sondern Äußeren, nämlich den Wirkungen von Kolonialismus und der Integration in den Weltmarkt. Hier nimmt der Begriff der Abhängigkeit eine zentrale Rolle ein, welcher das ungleichgewichtige Verhältnis zwischen den verschiedenen Volkswirtschaften umreißt. Ein Land ist in dem Sinne abhängig, wenn seine gesamte sozio-ökonomische Entwicklung durch äußere Faktoren bestimmt wird ohne dass das betroffene Land den selben Einfluss auf seine externen Wirtschaftspartner ausüben kann. Aufgrund dieser asymmetrischen Interaktionsstruktur wird das hochentwickelte Industrieland begünstigt und führt zu einer Beherrschung und Benachteiligung des Entwicklungslandes. Daraus wird das Zentrum-Peripherie Modell abgeleitet in dessen Zentren sich die fortgeschrittenen Produktionsmethoden befinden und in der Peripherie die Rohstofflieferanten. Die Zentren befinden sich weiterhin in einer überragenden Stellung, da sie die Entscheidungsbefugnisse über neue Warenproduktionen und neue Herstellungsverfahren beibehalten und ihre internationalen Märkte weiter expandieren (Kolland 2004:95).

Die Industrialisierungsschübe insbesondere in Südost- und Ostasien und die Entwicklung einer Reihe von Ländern, die sich an der Schwelle zu modernen Industrienationen befanden, führten zu einer neuen Erkenntnis, nämlich der dass es keine „Dritte Welt“ mehr gab. In den asiatischen Schwellenländern entstanden international exportfähige, nationale Industrien, die im Hochtechnologiebereich schnell die Imitationsphase hinter sich ließen und sich rasch dem Profil der Industrieländer näherten. Die Erkenntnis, dass eine weltmarktorientierte Industrialisierung nicht nur zu Exporterfolgen führen kann sondern auch zu einer strukturell angleichenden Entwicklung mit den OECD-Länder, stellte besonders die Konzepte des ungleichen Tauschs und die der Dependenztheorie vor enorme Probleme. Da aus ihrer Sicht die ostasiatische Entwicklungsstrategie in eine Katastrophe führen müsste. Neben den ostasiatischen Ländern bildeten sich auch in Lateinamerika Schwellen-

länder, die jedoch stärker binnenmarktorientiert blieben. Durch die Schuldenkrise in den 80er Jahre, die aufgrund der binnenmarktorientierten Industrialisierungspolitik verursacht wurde, führte zusätzlich durch fallende Rohstoffpreise zu ungelösten Transferproblemen (Menzel 1992:117).

### ***2.1.5 Rückkehr zur Neoklassik und Wachstumsförderung***

Da sich zu Beginn der 80er Jahre die reale Situation der Entwicklungsländer sogar verschlechtert hat und die Strategien der 70er Jahre scheiterten, wird die Entwicklungsdekade der 80er Jahre als das „verlorene Jahrzehnt“ bezeichnet. Ab der zweiten Hälfte der 80er Jahre bewegte sich die Entwicklungsdebatte in die Richtung der wachstumsorientierten Entwicklung und der Förderung der modernen Sektoren, die jedoch nicht in Form einer binnenmarktorientierten Importsubstitution gesehen wurde, sondern in einem neoklassischen Exportwachstum.

Ab diesem Zeitpunkt wurde die kapitalistische Weltwirtschaft nicht mehr als Auslöser allen Übels gesehen, sondern die Restauration des kapitalistischen Wirtschafts- und Herrschaftssystem machte den Neoliberalismus und seine Think Tanks zur herrschenden ideologischen Kraft. Das neoliberale Modell sieht den Ausweg aus der Krise - im Gegensatz zur Dependenztheorie - in einer möglichst weitreichenden Integration in die kapitalistische Weltwirtschaft. Die Exporte sollten verstärkt werden, wie auch der Waren- und Kapitalverkehr liberalisiert und ausländische Investitionen erleichtert und attraktiver gemacht werden (Fischer/Hödl/Parnreiter 2004:39). Als empirischen Beweis verweist das neoliberale Lager auf die hohen Wachstumszahlen der weltmarktorientierten ostasiatischen Schwellenländer und die Wachstumseinbrüche der binnenmarktorientierten lateinamerikanischen Schwellenländer (Menzel 1992:117). Nach neoklassischer Auffassung sollen die Wirtschaftsbeziehungen der Entwicklungsländer durch eine Deregulierung nach Aussen verstärkt und im Inneren die Wirtschaft nach dem Markt gerichtet werden. Wie schon in den Modernisierungstheorien werden die Gründe für Unterentwicklung in Entwicklungsländern wieder in endogenen Ursachen gesehen.

### ***2.1.5.1 Handel und Entwicklung***

Die einflussreichste Theorie des Welthandels ist die der „komparativen Kostenvorteile“ von David Ricardo. Ricardo misst wie auch schon Adam Smith der internationalen Arbeitsteilung wie auch dem Freihandel eine wohlfahrtsteigernde Wirkung bei. Freihandel nütze allen Beteiligten, da jedes Land sich auf jene Güter spezialisiert, die für ihn vorteilhafter sind, nämlich die eine relativ höhere Arbeitsproduktivität haben und die es aufgrund seiner Standortausstattung und Produktionsfaktoren besser produzieren kann. Dadurch kann der weltweite Wohlstand gesteigert werden, weil sie all ihre Güter beim günstigsten Spezialisten beziehen würden. Aufgrund der Möglichkeit alle Importe zum günstigsten Preis zu beziehen und jene Güter zu exportieren auf die sie selbst spezialisiert sind, würde es dadurch nach Ricardos Theorie auch zu einer Wohlstandssteigerung der Entwicklungsländer führen.

Durch den Aufstieg Großbritanniens zur hegemonialen Macht sehen die Vertreter der ökonomischen Klassik im Freihandel die Voraussetzung für steigenden Wohlstand (Fischer/Hödl/Parnreiter 2004:33). Gängige Aussenhandelslehrbücher zeigen, wie und warum uneingeschränkter Freihandel theoretisch zu Wohlstand in allen beteiligten Länder. Damit besteht die optimale Entwicklungspolitik aus der Handelsliberalisierung und dem Abbau interner Entwicklungshemmnisse, damit die positiven Weltmarkteffekte zum Tragen kommen, die sich insbesondere die WTO zu Eigen machte (Raffer 2004:107). Die Freihandelsideologie fordert von der Wirtschaftspolitik: keine Exportförderung per Subventionen noch Importbehinderungen durch Zölle und eine Universalität der Politik, d.h. Durchsetzung dieser Politik in allen Ländern, unabhängig vom Entwicklungsstand und eine gleiche Reduzierung der Handelsbehinderungen in allen Sektoren und Branchen, möglichst auf Null (Garnreiter 2007:17). Die Vertreter sehen die Entwicklungsblockaden der Entwicklungsländer nicht als Ursache externer Faktoren sondern interner Faktoren. Damit kehrt der Neoliberalismus mit seiner Argumentation zu den vorherrschenden Erklärungsmuster vor 1970 zurück (Raffer 2004:107).

### ***2.1.5.1.1 Exportorientierte Industrialisierung***

Das Scheitern der importsubstitutionierenden Industrialisierung (ISI) seit den 60er Jahren führte zu einer radikalen Abkehr von diesem Modell und es bildete sich als Alternative die exportorientierte Industrialisierung (EOI). Im Mittelpunkt standen nun marktfreundliche Reformen, Exportwachstum und die Reduzierung der Rolle des Staates. Der Ansatz der EOI befürwortet die reine Konzentration aller Wirtschaftseinheiten auf Exporte und damit auf den Welthandel. Die exportorientierte Produktion von Industriewaren sichert eine effiziente Allokation der Produktionsgüter und ermöglicht es den Nationen sich auf ihre komparativen Kostenvorteile zu spezialisieren. Die Befürworter betonen die negative Auswirkung von Protektionismus auf die Exporte und damit auf die gesamte Wirtschaftsstruktur. Ihrer Meinung nach führt der Schutz neuer Industriezweige (infant industries) durch die ISI zu einer „Rentiers-Mentalität“, die als größtes Entwicklungshindernis gesehen wird. Marktinterventionen wie Ein- und Ausfuhrzölle führen zu nicht marktkonformen Nebeneffekten<sup>1</sup>. Ebenfalls bilden sich kontraproduktive soziale Anreizsysteme, sodass sich korrupte Gruppen und Rentiers an den Mechanismen bedienen (Peters 2004:134).

Als empirischen Beleg ziehen die Vertreter der EOI oft die hohen Wachstumszahlen der weltmarktorientierten ostasiatischen Länder heran und als Negativbeispiel die Wachstumseinbrüche in den binnenmarktorientierten lateinamerikanischen Ländern (Menzel 1992:153). Nach ihrem Ansatz sind die Hauptziele der EOI die völlige Öffnung der Wirtschaft, die Abschaffung von Zöllen, anti-inflationäre Maßnahmen, die Minimierung des Staates und eine restriktive Währungs- und Finanzpolitik. Der private Sektor gilt als Motor der Entwicklung und Industrialisierung. Industrielle Entwicklung entsteht durch den perfekten Wettbewerb und einer freien Entwicklung der Marktkräfte. Die Einführung makroökonomischer Bedingungen führt zu einer Veränderung der mikroökonomischen Umstände, da sich die industrielle Struktur durch seine komparativen Kostenvorteile automatisch an die jeweiligen Gegebenheiten anpassen kann. Für die Vertreter der EOI bestimmt das Angebot das Wachstum unter der Bedingung, dass die interne und externe Nachfrage relativ stabil bleibt. Die EOI sieht ein, dass zu Beginn kurzfristige Anpassungs-

<sup>1</sup> z.B. Abbau von Überschusskapazitäten um staatliche Zuschüsse zu erhalten, Überbeanspruchung des auf Entwicklung abzielenden ISI-Instrumentariums, eine Wirtschaftsstruktur, die darauf ausgerichtet ist staatliche Unterstützung auszuschöpfen

probleme, wie eine Verschlechterung der Zahlungsbilanz, ein Rückgang der Produktion und auch eine steigende Arbeitslosigkeit aufkommen können, doch werden langfristig die Vorteile überwiegen (Peters 2004:135f).

#### **2.1.5.1.2 Freihandelsdebatte**

Die völlige Öffnung des Marktes und die Spezialisierung auf die Güter mit komparativen Kostenvorteilen kann aber auch Nachteile mit sich bringen und sogar zur einer Verschlechterung bzw. Unterentwicklung führen. Die komparativen Vorteile sind nicht naturgegeben und statisch, sondern von sozioökonomischen, kulturellen und historischen Faktoren bestimmt. Ihre Auswahl und Entwicklung hängt wesentlich von politischen Entscheidungen ab (BEIGEWUM 2005:43). Die Freihandelstheorie weicht stark von der kapitalistischen Realität ab und begünstigt nur die starken Ökonomien. Damit profitieren nur die Konkurrenzstarken vom Eindringen in die Märkte der Konkurrenzschwachen (Garnreiter 2007:17). In der internationalen Arbeitsteilung spiegelt sich dieser ungleiche Konkurrenzkampf wider. Die Industrieländer exportieren hochwertige Industriegüter, während die ärmsten Länder grundsätzlich einfache Güter exportieren. Exporteure einfacher Güter sind damit stärker benachteiligt, da die Wertschöpfung ihrer Exportprodukte gering ist und die Preise langsamer steigen als die von Industriegütern.

Raul Prebisch und Hans Singer sahen für die Primärgüterproduzenten die Teilnahme an der internationalen Arbeitsteilung mit einem Wohlfahrtsverlust verbunden, da sie unter einer zunehmenden Verschlechterung der *Terms of Trade* leiden (Austauschrelationen), d.h. die durchschnittlichen Preisniveaus von Industriegütern und Rohstoffen klaffen zunehmend zu Ungunsten der letzteren auseinander. Die Primärgüterproduzenten müssen deshalb für den Import einer konstanten Menge an Industriegütern eine ständig steigende Menge von Primärgütern exportieren (Fischer/Hödl/Parnreiter 2004:34). Seit den 70er Jahren haben sich die *Terms of Trade* stark verschoben, insbesondere haben Rohstoffe im Vergleich zu Fertigprodukten enorm an Wert verloren. Ebenfalls führt eine Spezialisierung auf bestimmte landwirtschaftliche Produkte zu Monokulturen. Durch die starke Festlegung auf bestimmte Exportprodukte und Produktionsmethoden gehen bedeutende Ressourcen zur

Produktion des Binnenmarktes verloren und führen dadurch zu einer schlechten Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung und einer Abhängigkeit von einem Exportgut, dessen Preis vom Weltmarkt bestimmt wird. Unter den Bedingungen des Freihandels ist der Ausweg aus diesem Teufelskreis sehr schwierig. Eine Verlängerung der Wertschöpfungskette durch den Aufbau von eigenen Industrien ist bei offenen Märkten schwer möglich, da die Importe der Industrieländer konkurrenzfähiger sind und auch bereits vorhandene Industrien zerstörten (BEIGEWUM 2007:42).

Friedrich List kritisierte bereits in „*Das nationale System der politischen Ökonomie*“ seinem Hauptwerk von 1841 die Freihandelstheorie. In einem historischen Vergleich zeigt er, dass keines der zu seiner Zeit reichen Länder sich unter einem Regime völlig freier Handelsbeziehungen entwickelte. Großbritannien, das Mutterland der Freihandelstheorie, baute seine Manufakturproduktion über Jahrhunderte unter dem Schutz von Zöllen und Einfuhrverboten auf, wie das Importverbot indischer Baumwolle und Stoffe. Auch die USA fokuzierte seit Beginn ihrer Unabhängigkeit auf die Entwicklung einer eigenständigen Industrie und erreichte dies durch umfassende Einfuhrzölle. Nach List sollte der Fokus nicht allein auf dem Wert der hergestellten Produkte liegen sondern viel mehr auf der produktiven Kraft der Ökonomie. Damit bemisst sich die Prosperität der Nation an der Entwicklung ihrer Produktivkraft und nicht an der Summe der von ihr produzierten Tauschwerte. Daher ist es nicht gleichgültig auf welchem Zweig der Produktion sich ein Land spezialisiert. Optimal wäre eine möglichst breite Diversifizierung (Schwank 2007: 94). Nach Chang betrieben insbesondere Großbritannien und die USA eine aktive Industriepolitik im List'schen Sinne um dann für den Freihandel einzutreten als sie in den entsprechenden Sektoren einen Kostenvorteil gegenüber ihren Konkurrenten erzielt hatten (Chang 2003: 59 In: Schwank 2007: 96).

*Entwickelte Länder stoßen die Leiter (des Protektionismus) um, über die sie selbst geklettert sind. Sie sind erst zu Befürwortern des Freihandels geworden, als ihre Industrien am Weltmarkt wettbewerbsfähig waren, und sie sind es bis heute nur in jenen Sektoren, wo dies der Fall ist. Von der US-Stahlindustrie bis zur Landwirtschaft der EU gibt es überall dort keinen Freihandel, wo er den eigenen Interessen schaden würde. Faktisch geht es also nicht um Freihandel sondern um Macht. (Chang 2002 zit. nach BEIGEWUM 2005: 41)*

Auch die oft genannten Tigerstaaten, die oft als Vorbild für Entwicklung genannt wurden, haben nicht den Weg des Freihandels eingeschlagen. Noch bevor sie die Märkte öffneten haben sie ihre nationale Industrie bewusst geschützt und aufgebaut. Der Export unverarbeiteter Produkte war nie ihr Entwicklungsziel. Nach Schwank birgt der Zugang und die Öffnung gegenüber den Weltmärkten Chancen aber auch Gefahren, die zu einer Minimierung einer selektiven Öffnung und eines selektiven Schutzes bedarf, angepasst an eine breitere Wachstums- und Entwicklungsstrategie (Schwank 2007: 104).

## 2.2 Planwirtschaft und Marktwirtschaft

In jeder Wirtschaftsordnung muss die Produktion mit der Bedürfnisbefriedigung der Gesellschaft mit knappen Gütern abgestimmt werden. Nach der Systemtheorie sozialer Systeme werden dem Wirtschaftssystem jene auf Bedürfnisbefriedigung gerichteten Handlungen zugeordnet, die der Produktion, Bereitstellung und Verteilung von Gütern zur Befriedigung des privaten und öffentlichen Bedarfs dienen (Thieme 2007 In: Pham 2009: 4). Die Abstimmung der Produktion mit der Bedürfnisbefriedigung der Konsumenten schafft der Staat durch Rahmenbedingungen, die den Ablauf und die Ordnung des Wirtschaftsprozesses bestimmen. Dies kann in der Volkswirtschaft grundsätzlich über zwei unterschiedliche Systeme erfolgen, nämlich über den Markt oder über zentrale Pläne.

**Tab. 1: Unterschiede zwischen Markt- und Planwirtschaft**

Subsystem	Marktwirtschaft	Planwirtschaft
Güter- und Einkommensverhältnisse	<ul style="list-style-type: none"> <li>durch das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage → freie Marktpreisbildung</li> <li>Güterverteilung erfolgt über den Markt</li> <li>Unterscheidung von Eigentümern und Nichteigentümern an Produktionsmitteln</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>staatlich festgelegte Preise</li> <li>planmäßige Güterverteilung</li> <li>staatliches Eigentum an Produktionsmitteln</li> </ul>
Ökonomische Informationsverbreitung und Wissensbildung	<ul style="list-style-type: none"> <li>Wettbewerb zwischen den Unternehmen als Auslöser für neue und bessere Produkte, wirtschaftlichere und produktivere Produktion</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Wettbewerbsbeschränkung und Monopolisierung der Produktion</li> </ul>

Ökonomische Interessen und Motivation	<ul style="list-style-type: none"> <li>• das individuelle Einkommensinteresse als wichtigste Motivation</li> <li>• Ziel der Produzenten ist die Gewinnmaximierung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Abschaffung des Gewinninteresses</li> <li>• Ziel der Produzenten ist die Planerfüllung</li> </ul>
Leitung und Koordination der Wirtschaftstätigkeiten	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Dezentrale Planung</li> <li>• Produktions- und Konsumtionspläne werden von den einzelnen Wirtschaftseinheiten erstellt</li> <li>• Planentscheidungen der Produzenten beruhen auf Absatzerwartungen und Investitionsentscheidungen werden individuell getroffen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• zentrale Planung</li> <li>• einheitliche Leitung und Planung der Produktion aller Betriebe</li> <li>• Produktion und Investitionen werden durch einen zentralen Plan bestimmt</li> </ul>
Beziehung zwischen Wirtschaft, Staat und Gesellschaft	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Staat legt den Rahmen fest, in dem sich die Wirtschaftseinheiten frei bewegen können</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Staat steuert den Wirtschaftsprozess und bestimmt das soziale, politische und kulturelle Leben</li> </ul>

Quelle: Revilla Diez 1995: 5.

Beide Wirtschaftssysteme unterscheiden sich besonders in der Rolle und Funktion des Staates. Im kapitalistisch-marktwirtschaftlichen System übernimmt der Staat nur Aufgaben zum Schutz der Bürger und greift nicht in die Vorgänge des Marktes ein, sondern legt nur den rechtlichen Ordnungsrahmen fest, sorgt für die Versorgung mit öffentlichen Gütern und entwickelt Maßnahmen zur Beeinflussung der Einkommensverteilung. In der Planwirtschaft wird das Wirtschaftsgeschehen inhaltlich vollständig vom Staat bestimmt. (Issing 2002).

Im sozialistisch-planwirtschaftlichen System werden die Mechanismen eines marktwirtschaftlichen Systems, wie die freie Marktpreisbildung, Wettbewerb, die Autonomie der Betriebe und Privateigentum ausgeschaltet und durch entsprechende Planvorgaben vom Staatsbetrieb geregelt. Aufgrund der unüberschaubaren Anzahl von Produkten und Preisen und der ständigen Änderung der Güterarten und Produktionskosten entsteht ein enormer bürokratischer Aufwand. Durch bürokratische Erfassungen und der Festlegung der zukünftigen Nachfragestruktur, die von Planern bestimmt werden, wird die Struktur der Konsumgüter geplant. Der Güteraustausch im In- oder mit dem Ausland verläuft über den Staatshandel. Das kapitalistisch-marktwirtschaftliche System ist stark vom Wettbewerb geprägt, da hier das individuelle Eigentumsinteresse die wichtigste Motivation für eine gesellschaft-

lich nützliche Tätigkeit darstellt. Auch die Leitung und Koordination der Produktion wird in der Marktwirtschaft von den einzelnen Wirtschaftseinheiten selbst geplant und der private Eigentümer besitzt die alleinige Entscheidungskompetenz. Im sozialistisch-planwirtschaftlichen System herrscht das Staatseigentum als Eigentumsform und die Leitung und Planung der Produktion aller Betriebe verläuft einheitlich innerhalb des Staatseigentums. Die Leitung und Planung werden von einem bürokratischen und hierarchisch organisierten Planungsapparat koordiniert. Das individuelle Gewinnstreben wird eliminiert weil die Produzenten kein direktes Interesse an der Gewinnentwicklung haben, da ihr Einkommen davon nicht beeinflusst wird und das Hauptziel der Produzenten die Erfüllung der Planvorgaben ist (Revilla Diez 1995: 12).

### ***2.2.1 Transformationsstrategien***

Der Zusammenbruch des sozialistisch-planwirtschaftlichen Systems durch die verstärkenden Funktionsschwächen und die Defizite des Wirtschaftssystems veranlassten die sozialistischen Staaten zu Reformen und einer Durchführung eines Transformationsprozesses. Nach Ramb liegen die Ursachen für die Reformen in folgenden Aspekten: der unzureichenden Versorgung der Bevölkerung durch den desolaten Zustand der Wirtschaft, der verbesserten Aufklärung der Bevölkerung aufgrund moderner Kommunikationssysteme und der zunehmenden Bereitschaft und Forderung nach Veränderung der bestehenden Verhältnisse (Ramb 1990 In: Revilla Diez 1995: 19).

Nach Thieme liegt das Ziel einer Systemtransformation in der Ersetzung eines ineffizienten planwirtschaftlichen Systems durch ein effizientes marktwirtschaftliches System. Der Erfolg des Transformationsprozesses hängt stark vom Ziel der Transformation und der Ausgangssituation des Transformationslandes zusammen (Thieme 2007 In: Pham 2009: 7). In der wissenschaftlichen Diskussion und auch in der politischen Praxis sind die Meinungen, welche Transformationsstrategien und welche Transformationsgeschwindigkeit die geeignetsten sind sehr unterschiedlich.

Der Transformationsprozess soll nach Lösch folgende drei Phasen durchlaufen (Lösch 1993 In: Pham 2009: 7):

1. Vorbereitungsphase: Schaffung des gesetzlichen Rahmens und der organisatorisch-institutionellen Grundlagen für die Marktwirtschaft
2. Startphase: zeitpunktbezogene Ingangsetzung der marktwirtschaftlichen Allokationsprozesse durch Deregulierung des Binnenmarktes und Liberalisierung der Aussenwirtschaft
3. Anpassungsphase: Stabilisierung des Geldwertes und der Produktion, Sanierung der Volkswirtschaft, Absicherung der vom Strukturwandel negativ betroffenen Bevölkerungsteile

Da die Ausgangssituation jedes Transformationslandes unterschiedlich ist, ist es schwierig die Reformstrategien nach Löschs Phasen abzustimmen. Wie auch schon bei Rostows Stufentheorie (vgl. Kapitel 2.1.3) ist es schwierig einzelne Länder in einzelne Stadien bzw. in Phasen zuzuordnen.

Zur Diskussion um die Transformationsgeschwindigkeit existieren grundsätzlich zwei Positionen, jene die die Schocktherapie (Big Bang) und auf der anderen Seite die den Gradualismus befürworten. Die Vertreter der Schocktherapie befürworten eine rasche Durchführung der Transformation bei gleichzeitigem Start aller drei Phasen, sodass die Akzeptanz und die Anpassung an die Transformation durch die Bevölkerung gesichert werden kann und zu schnelleren Ergebnissen führt. Nach Schneider ist ein vorangegangener politischer Systemwechsel die Voraussetzung für eine erfolgreiche Schocktherapie (Schneider 1992 In: Revilla Diez 1995: 21). Doch aufgrund der desolaten Wirtschaftsverhältnisse in der ehemaligen Sowjetunion entwickelte sich die Theorie der gradualistischen Transformation, einem schrittweise und langsameren Vorgehen des Transformationsprozesses. Die einzelnen Transformationsschritte müssen genügend vorbereitet werden damit auch der Ablauf und die Wirkung des Prozesses kontrolliert werden kann (Pham 2009: 8).

Die Meinungen zum Ablauf der Transformationsstrategien und der Transformationsgeschwindigkeit gehen stark auseinander. Grundsätzlich kann gesagt werden dass kein allgemeingültiges Schema des Transformationsprozesses existiert, da dieser immer von der Ausgangslage und der unterschiedlichen Wirtschaftspolitik des einzelnen Landes abhängt. Jedoch kann gesagt werden, dass in jedem Transformationsprozess der Staat eine bedeutende Rolle einnehmen muss, da die Transformation mit staatlichen Steuerungsmaßnahmen initiiert, durchgeführt und kontrolliert werden soll.

## **3. ALLGEMEIN**

### **3.1 Geographische Lage/Klima**

Vietnam hat eine Gesamtfläche von 331.686 km<sup>2</sup> und erstreckt sich über 1.650 km und liegt nördlich über dem Äquator. Die Küstenlinie beträgt 3.260 km und grenzt nord-östlich an den Golf von Tonking, süd-östlich an das südchinesische Meer und südwestlich an den Golf von Thailand. Die Nachbarländer Vietnams sind China, Laos und Kambodscha.

Das Klima lässt sich in zwei Zonen unterteilen: im Norden herrscht ein gemäßigtes Wechselklima und im Süden ein tropisches Klima. Beide Zonen werden durch den Wolkenpass in Danang/Zentralvietnam getrennt.

Das Land gliedert sich in 5 Regionen:

1. Nördliche Gebirgslandschaft mit Höhen über 3000m
2. Delta des roten Flusses
3. Annamitische Gebirgszug
4. Schmale Küstenstreifen zwischen Annamitischen Gebirgszug und dem südchinesischen Meer
5. Mekong Delta im Süden

Vietnam beherbergt zwei fruchtbare Flussdeltas welche auch die „Reiskammern“ genannt werden, jeweils eines im Norden, dem Roten Fluss und im Süden mit dem Mekong Delta. Der Mekong ist der größte Fluss im Land und bildet mit seinen Nebenflüssen und Kanälen die typische Deltalandschaft im Süden. Die Verbindung in der Landesmitte ist schmal, karg und von einer Wald- und Gebirgslandschaft geprägt. Drei Viertel der vietnamesischen Landschaft besteht aus Bergen und Hochebenen.

## **3.2 Bevölkerung und Religion**

Die vietnamesische Bevölkerung umfasst 85,5 Mio. Einwohner. Davon sind 30% unter 14. Jahre alt und 5,6% über 65. Die ethnischen Vietnamesen, die Viet oder Kinh, machen 84% der Bevölkerung neben den weiteren 53 Minderheitsgruppen im Land aus. Die größte Gruppe sind die Auslandschinesen „Hoa“ mit ca. 1,2 Mio. Weitere größere Minderheiten in Vietnam sind die Tay, Thai, Muong und Khmer.

Offiziell sind in Vietnam 81,5% der Bevölkerung Atheisten. Der Buddhismus ist mit 7,6 Mio. Anhängern die bedeutendste Religion im Land dicht gefolgt von 6 Mio. Katholiken. Neben weiteren Religionen wie Cao Dai, Hao Hao, den Protestanten und dem Islam herrscht grundsätzlich eine Alltagsreligiosität und ein Zusammenspiel aus dem Konfuzianismus und dem Ahnenkult in der Lebensweise der vietnamesischen Bevölkerung.

## **3.3 Kulturelle Einflüsse der vietnamesischen Gesellschaft**

### ***3.3.1 Konfuzianismus***

Die Lehre des Konfuzius befasst sich mit dem Ordnungsprinzip, welche die Ordnung in der Familie bis zum Staat und auf der ganzen Erde regelt.

Die Basis zwischenmenschlicher Beziehungen wird durch folgende fünf Beziehungen gebildet: (Jacobi, 1996: 87)

- Die Güte des Herrschers – Die Loyalität der Untertanen
- Die Liebe des Vaters – Die Pietät des Sohnes
- Das Wohlwollen des Älteren – Die Ehrfurcht des Jüngeren
- Die Gerechtigkeit des Mannes – Der Gehorsam der Frau
- Die Treue des Freundes – Die Treue des Freundes

Diese Beziehungen werden im Ordnungsprinzip von Respekt geleitet, welche sich in einer hierarchischen Gesellschaft einordnen und damit das Verhalten und den Umgang untereinander festlegen. Grundsätzlich geht die konfuzianische Lehre von einem positiven Menschenbild aus. Das Böse wird auf die fehlende Einsicht des Menschen zurückgeführt, welches auch der Grund für die bedeutende Rolle der Erziehung in diesem System darstellt, die den Menschen zur richtigen Erkenntnis leiten soll (Jacobi 1996: 88). Der Ahnenkult nimmt hier eine zentrale Rolle ein und auf die Einhaltung von Riten wird großen Wert gelegt (Loose 2009: 188).

Aufgrund eines allgemeinen Sinisierungsprozesses während der tausendjährigen Herrschaft Chinas gelangte der Konfuzianismus im 2. Jahrhundert nach Vietnam. In dieser Zeit beschränkte sich der Einfluss des Konfuzianismus nur auf eine kleine Machtelite als Staats- und Gesellschaftslehre (Platz 2008: 30). Die Bereiche Verwaltung, Recht und Bildung wurden nach chinesischem Muster eingerichtet und unterlagen dem Beamtenapparat der Mandarine. Der Großteil der Bevölkerung, die vietnamesische Bauernschaft wurden nicht chinesisch beeinflusst sondern sogar von dieser ausgegrenzt und konnten so ihre eigene Kultur beibehalten. Nachdem die erste eigenständige konfuzianische Bildungsstätte unter der Ly-Dynastie gegründet wurde, wurde auch die Basis für ein loyales Beamtentum gelegt. Vorher mussten vietnamesische Beamte für ihre konfuzianische Ausbildung nach China gehen. Es folgten weitere Bildungsstätten im Land und das konfuzianische Bildungsgut drang auch bis in die bäuerliche Bevölkerung ein (Jacobi 1996: 88). Das starre System der zentralistischen Verwaltung führte zu Korruption, Despotismus und einer zunehmend starren Gesellschaft (Platz 2008: 30).

Den Durchbruch als Grundlage der vietnamesischen Gesellschaft gelang dem Konfuzianismus als Ordnungslehre und Staatsideologie während der Le-Dynastie durch die Übernahme neo-konfuzianischer Werke im Bildungswesen und die Verstärkung des konfuzianischen Prüfungssystems. Den weiteren Höhepunkt erlebte die konfuzianische Lehre unter der Nguyen-Dynastie, da sie hier als Gegenstück zur westlichen, insbesondere der französischen Kolonialherrschaft gesehen wurde.

Die Mehrheit der konfuzianisch gebildeten vietnamesischen Gelehrten und Beamten verweigerten während der Kolonialherrschaft die Mitarbeit mit den Franzosen aus denen sich später auch die erste anti-koloniale Bewegung bildete. Da auch Ho Chi Minh und weitere kommunistische Führer der ersten Generation eine Bildung nach konfuzianischer Tradition genossen, stand auch das kommunistische Vietnam dem Konfuzianismus positiv gegenüber (Jacobi 1996: 89).

In Vietnam sind bis heute die Leitregeln des Konfuzianismus tief in der Struktur der Gesellschaft und dem Denken der Menschen verwurzelt. Das konfuzianische Ordnungssystem und die Ideale von Anpasstheit und Pflichterfüllung bilden noch immer die Säulen des heutigen Machtsystems (Loose 2009: 188).

### **3.3.2 *Buddhismus***

Neben dem Konfuzianismus wurde das vietnamesische Gedankengut auch von anderen Lehren beeinflusst. Darunter gehört auch der Buddhismus, der als Hauptreligion Vietnams gilt und mit Anhängern der konfuzianischen Lehre oft im Streit um Macht und Einfluss im Land lag. Jedoch leben wenige Vietnamesen den reinen Buddhismus, da neben Buddha noch andere Götter, wie auch Geister und Ahnen, verehrt werden.

Der Buddhismus erreichte Vietnam zeitgleich mit dem Konfuzianismus im 2. Jahrhundert. Zu Beginn hatte der Buddhismus noch wenig Einfluss auf Beamte und Gelehrte. Erst während der Ly-Dynastie gewann die Lehre des Buddhismus in der Gesellschaft, Politik und Wirtschaft des Landes zunehmend an Bedeutung. Zahlreiche Tempel und Schulen wurden durch den Buddhismus erbaut, auch Mönche wurden als Berater an den Hof geholt (Loose 2009: 184).

Der Grund für diese Entwicklung lag im eigenen Bildungs- und Prüfungssystem der buddhistischen Mönche, die zu Beginn der Unabhängigkeit Vietnam die einzig bestehende war. Buddhistische Mönche waren auch als Berater am Königshof tätig und formten das vietnamesische Beamtentum, das erst später durch die konfuzianische Lehre ergänzt wurde

(Jacobi 1996: 90). Als die Bedeutung des Konfuzianismus anstieg, sank gleichzeitig der Einfluss des Buddhismus, bis er während der Le-Dynastie sogar komplett von den konfuzianischen Lehren als führende Staatsphilosophie ersetzt wurde.

Erst während der ersten Teilung des Landes blühte der Buddhismus wieder auf. Die Verschiebung von Macht vom schwachen König zugunsten der Lehnsherren, führte dazu, dass das Wertesystem des Konfuzianismus und die Bedeutung von Respekt vor dem Herrscher in Frage gestellt wurden und an Bedeutung verloren. Mit der Einnahme des Reiches Champa, das buddhistisch geprägt war, schaffte der Buddhismus eine weitere Verbreitung im Süden Vietnams (Jacobi 1996: 90). Im 19. Jahrhundert war das Land noch grundsätzlich konfuzianisch geprägt. Erst im 20. Jahrhundert erlebte der Buddhismus einen Aufschwung und gewann zusätzlich durch das Diem-Regime in den 60er Jahren vermehrt Anhänger (Loose 2009: 184).

Die katholische Kirche setzte mit portugiesischen und spanischen Missionierungen erstmals im 16. Jahrhundert Fuß im Süden Vietnams und wurden später weiter im Norden ausgedehnt. Die herrschende Schicht stand der katholischen Kirche mit Skepsis gegenüber, da diese die in der konfuzianischen Lehre enthaltenen Beziehungsregelungen ablehnte. Der Versuch der französischen Kolonialherrschaft den Katholizismus als Übertragung westlicher Werte im Land einzuführen wurde eingedämmt (Jacobi 1996: 91). Besonders bei Minderheiten und im Süden Vietnams bekam der Katholizismus Unterstützung bei der Bekämpfung des Buddhismus.

*„Die Vermischung von Buddhismus, Taoismus und Konfuzianismus mit den vietnamesischen Gegebenheiten führte zu jenem für Vietnam charakteristischen Synkretismus, der sich im sprichwörtlichen Pragmatismus der Menschen widerspiegelte.“* (Platz 2008: 32)



## 4. GESCHICHTE VON 1862 - 1975

Vietnam hat eine lange Geschichte von zahlreichen Besetzungen und Kriegen hinter sich. Die chinesische Dynastie herrschte beinahe tausend Jahre von 11. v. Chr bis 939 n. Chr. Daraufhin folgten einige jahrhundertlang eine kaiserliche Unabhängigkeit bis im 16. Jahrhundert die ersten Europäer kamen.

Die französische Kolonialherrschaft von 1862 bis 1954 über die indochinesischen Länder Vietnam, Laos und Kambodscha hatte nicht nur die Eroberung Indochinas zum Ziel, sondern hoffte sich hier über Indochina einen Handelsposten zur Sicherung des Seeweges nach China verschaffen zu können. Als die ersten französischen Kriegsschiffe an der Küste Vietnams eintrafen, stand ihnen gleich zu Beginn der Widerstand der vietnamesischen Bevölkerung gegenüber. Anfangs wurde der Widerstand von hohen Beamten und Intellektuellen, insbesondere von konfuzianischen Gelehrten angeführt und anschließend bis Ende der zwanziger Jahre von nationalistischen Bewegungen getragen.

Die nationalistischen Kräfte entstammten grundsätzlich der oberen Schicht und den Intellektuellen, die sich am westlichen Vorbild orientierten. Da jedoch 90% der Bevölkerung Bauern waren konnte die nationalistische Bewegung keine breite soziale Basis gewinnen (Buro/Grobe 1984: 15). Mit der Gründung der kommunistischen Partei Vietnams und dem Entstehen der Viet Minh<sup>2</sup> aus einem Zusammenschluss mehrerer Widerstandsgruppen wurde erstmals versucht die nationale Befreiung mit der sozialen Befreiung zu verbinden und im ländlichen Bereich eine Basis zu schaffen. Ziel der kommunistischen Partei war der gewaltsame Umsturz der französischen Kolonialherrschaft und die Errichtung einer Republik (Loose 2009: 154).

Während der 30er Jahre wurde die französische Macht durch die Eindringung der Japaner geschwächt, die während des zweiten Weltkrieges die französischen Kolonialgebiete unterwarfen und ab 1940 die Kontrolle über Vietnam übernahmen. Während die Wirtschaft des

---

<sup>2</sup> dt. *Die Liga für die Unabhängigkeit Vietnams* zur Sicherung der Unabhängigkeit Vietnams.

Landes sich zunehmend verschlechterte und die Bevölkerung unter starker Hungersnot litt, konnte die kommunistische Partei ihre Position bis 1945 ausbauen, da sie die einzige nationale Kraft war die auch sozialen Widerstand leistete.

Im März 1945 verstärkten die Viet Minh ihre Guerilla-Tätigkeit und warteten auf die Kapitulation der japanischen Armee. Mitte August 1945 nachdem Japan bereits durch die Bombenabwürfe über Hiroshima und Nagasaki kapitulierte und auch seine Truppen aus Vietnam zurückzog wurde eine provisorische Regierung, das Nationale Befreiungskomitee, gebildet. Nach der August-Revolution 1945 verzichtete Kaiser Bao Dai, der sich bereits vorher den Japanern unterwarf, auf seinen Thron und übergab die Rechtsgewalt im Norden offiziell den Viet Minh. Im September 1945 wurde die Demokratische Republik Vietnam unter Präsident Ho Chi Minh ausgerufen.

Die alliierten Siegermächte schickten chinesische Truppen nach Nordvietnam und britische Soldaten nach Südvietnam um die inhaftierten Franzosen zu befreien, welche neu ausgerüstet wieder Saigon einnahmen. Gegen Ende 1945 befanden sich bereits wieder 50.000 französische Soldaten im Süden (Buro/Grobe 1984: 22). Trotz der überwiegenden Mehrheit der Viet Minh bei den allgemeinen Wahlen 1946 hielt die Kolonialmacht nicht davon ab Strategien zur Rückeroberung zu betreiben. Auch auf die Versprechungen Ho Chi Minhs, Vietnam als Staat im Rahmen der Union Francaise zu belassen, ließ sich die Kolonialmacht nicht ein. Die französische Regierung verlangte die Sezession des Südens und die militärische Kontrolle über den Norden. Nach den Bombardierungen in Haiphong, in denen über 6.000 Zivilisten ums Leben kamen, beschloss die DRV sich in den Berge zurückzuziehen und den Guerillakrieg unter General Vo Nguyen Giap gegen die Kolonialmacht für die nationale Befreiung zu starten (Loose 2009: 158).

Die französische Kolonialmacht bemerkte nach mehreren Erfolgen der Viet Minh, dass sie sich nicht nur auf ihre militärischen Mitteln verlassen konnten und riefen 1949 eine Gegenregierung zur DRV aus, eine Regierung des „Staates Vietnams“, die auch in die französische Union aufgenommen wurde. Dieser Versuch kolonialer Machtsicherung stützte sich auf die vietnamesische Bourgeoisie, die kollaborationsbereit war, deren Interessen sich jedoch nicht mit jenen der Bauern vereinbaren ließen und diese damit nicht für sich gewinnen konnten (Buro/Grobe 1984: 23).

Frankreich wurde im zweiten Weltkrieg stark geschwächt, sodass ihm für einen langen Krieg in Südostasien die wirtschaftlichen und militärischen Mittel fehlten. Die französische Kriegsführung wurde in den 50er Jahren immer stärker von der amerikanischen Unterstützung abhängig, da die französische Armee immer schwerere Niederlagen gegen die Viet Minhs hinnehmen musste. Die USA setzte sich für die Dekolonisation des Landes ein, da sie die alten Kolonialreiche, die eine wirtschaftliche Barriere darstellten, vom Weltmarkt beseitigen wollten. Besonders in Ländern, in denen sich die Dekolonisation mit sozialrevolutionären Kräften verband, die möglicherweise zur Ausgrenzung aus dem kapitalistischen Weltmarkt führen könnten, fanden die Kolonialmächte große Unterstützung der USA. Unter diesen Bedingungen und der zunehmenden Abhängigkeit von den USA verringerte sich das Interesse Frankreichs an Südostasien. Die verlorene Schlacht bei Dien Bien Phu 1954 gegen die Viet Minh beendete die koloniale Herrschaft endgültig.

Auf der Genfer Konferenz 1954 wurde beschlossen Vietnam als souveränen Staat anzuerkennen. Weiters wurde beschlossen, dass keine internationalen Bündnisse abgeschlossen und keine ausländischen Militärstützpunkte toleriert werden. Eine provisorische Teilung des Landes unter der Bedingung dass freie gesamtvietnamesische Wahlen innerhalb der nächsten zwei Jahre durchgeführt werden, soll das Land letztendlich wiedervereinigen. Im Südvietnam herrschte weiterhin die Bourgeoisie deren wirtschaftliche Interessen sich auf die Vermittlung von Handel und Dienstleistungen aus den Industriestaaten nach Vietnam konzentrierten, und die Großgrundbesitzer, die ihr Land zu Höchstpreisen an die armen Bauern verpachteten.

Nach der Teilung des Landes mussten etwa 700.000 Katholiken aus dem Norden in den Süden auswandern. Sie wurden bevorzugt in den Herrschaftsapparat eingegliedert, unter starker Kritik der überwiegend konfuzianischen und teilweise buddhistischen Bevölkerung, die den Katholizismus mit der Herrschaft der katholischen Franzosen verband. Da sich die sozialen, wirtschaftlichen und ideologischen Schwierigkeiten in Südvietnam weiterhin verschlechterten, hatte die südvietnamesische Regierung wenig Chancen die gesamt-vietnamesischen Wahlen für 1956 zu gewinnen und traten deshalb für eine Sezession ein. Die südvietnamesische Regierung versuchte die Wahlen zu verhindern, während

die Widerstandsbewegung, die sich aus den verbliebenen Anhängern der Viet Minh bildeten weiterhin die Wahlen forderten und sich somit als einzige für die Nation einsetzten (Buro/Grobe 1984: 26).

Im Norden wurde bereits 1953 eine neue Landreform eingeführt um weiterhin die Unterstützung der Bauern zu sichern. Um das Problem der Großgrundbesitzer und den überhöhten Preisen abzuschaffen wurden die Großgrundbesitzer enteignet und das Land in genossenschaftliche Landkollektive umgewandelt. Mit Unterstützung der sozialistischen Staaten wurden Anfänge einer modernen Industrie aufgebaut.

Nachdem die DRV die ersten Erfolge ihres wirtschaftlichen Aufbaus im Norden sah entschied sie sich dazu die Widerstandsbewegung im Süden zu unterstützen. Das Ziel dieser Unterstützung lag nicht nur im militärischen Kampf sondern viel mehr in der Mobilisierung und Politisierung des Landes.

Die Amerikaner verstärkten ihren Einfluss indem sie den südvietnamesischen Ministerpräsident Ngo Dinh Diem überredeten, die einstigen Vorrechte der Franzosen an die USA zu übertragen. Sie unterstützen ihn finanziell in der Wirtschaft und im Militär. Dadurch wurde die Regierung unter Diem zur Repressionspolitik und zu einem Unterdrückungsapparat ermutigt (Nguyen 1984: 124). Die Nationale Befreiungsbewegung im Süden bereiteten sich darauf vor mit einem Aufstand der Bevölkerung die südvietnamesische Regierung zu zerstören. Die USA erkannten die bedrohliche Lage Südvietnams und reagierten verstärkt militärisch. Das führte zu einer zunehmenden Entfremdung der Bevölkerung von der südvietnamesischen Regierung. Durch den Einsatz von US-Truppen und moderner Kriegsausstattung wurde versucht den Widerstand im Land zu erdrücken. Die Bauern wurden aus ihren Dörfern vertrieben um Wehrdörfer einzurichten. Damit bewirkte man jedoch eine Verschlimmerung des Elends und eine Verstärkung des Widerstandes.

Ein Überraschungsangriff der nordvietnamesischen Armee und der nationalen Befreiungsbewegung zum Neujahrsfest 1968, die sogenannte Tet-Offensive, zeigte den zunehmenden Widerstand im ganzen Land. Auch weitere Bombardierungen im Norden von Seiten der USA konnten nicht verhindern, dass sich Nordvietnam nun eindeutig mit der südvietnamesischen Widerstandsbewegung verbündete. Die US-Intervention stellte sich zunehmend als

Fehlschlag und einem teurem Unternehmen heraus, die auch die wirtschaftliche Situation der USA stark beeinträchtigte. Doch trotz dieser Situation konnte die USA das Scheitern ihres Engagements nicht akzeptieren noch Schlussfolgerungen daraus ziehen (Nguyen 1984: 148).

Die neue amerikanische Administration versuchte mit einer neuen Strategie den Krieg zu beenden ohne den Kampf zu verlieren (Buro/Grobe 1984: 30). Sie bildeten eine eigenständige südvietnamesischen Armee, die ohne Moral und ohne Kenntnis was sie verteidigen kämpfen. Eine stärkere Bombardierung soll Nordvietnam zu einem Vertragsabschluss zwingen und der Krieg nach Kambodscha ausgeweitet um eine Ausbreitung des Krieges im Süden zu verhindern. Eine Annäherung mit China soll die Seite der Unterstützer der vietnamesischen Befreiungsbewegung auflösen. China war jedoch nicht interessiert, da es seinen wachsenden Einfluss in den Entwicklungsländern und sein Ansehen bei revolutionären Kräften in Asien nicht riskieren wollte.

Die amerikanische Strategie führte im Endeffekt zu einer Zerstörung Nord- und Südvietnams und 1973 zum Pariser Abkommen, welches die Beendigung des Krieges und den Abzug der US-Truppen vorschrieb. Nachdem Saigon weiter keine soziale Basis schaffen konnte und sich zunehmend Demoralisierung und Korruption ausbreiteten, führte diese Situation zu einer Auflösung der südvietnamesischen Armee und somit zu einem Ende der südvietnamesischen Regierung. Am 30. April 1975 nahm die nordvietnamesische Armee Saigon ein und ein Jahr später wurde das Land am 02. Juli 1976 wiedervereinigt und die Sozialistische Republik Vietnam konstituiert.



## **5. WIRTSCHAFT**

### **5.1 Wirtschaftsentwicklung von 1862 – 1975**

Vor der Kolonialzeit war Vietnam noch eine feudal organisierte Agrargesellschaft, die durch die Franzosen zu einer typisch kolonialen Exportwirtschaft umstrukturiert wurde. Als Rechtfertigung für ihr Eingreifen wurde die Notwendigkeit des Schutzes für ihre Missionare genannt, die Errichtung eines Stützpunktes auf See zum pazifischen Ozean und der Zugang zu Südchina. Im Laufe der kolonialen Eroberungen haben sich zwei wirtschaftliche Aspekte hervor gehoben, zum einen die Maximierung der Rohstoffgewinnung für den Export und zum anderen ein Absatzmarkt für französische Fertigwaren zu erschließen (Revilla Diez 1995: 47). Zur Erreichung ihrer wirtschaftlichen Ziele und Vietnam auch in die internationale Arbeitsteilung einzuschließen wurde insbesondere die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur forciert. Es wurden Straßen, Eisenbahnstrecken und zahlreiche Kanäle und Seehäfen gebaut, die noch bis heute genutzt werden.

Aufgrund der zahlreich vorhandenen mineralischen Rohstoffvorkommen in Nordvietnam wurde ein Industrialisierungsprozess eingerichtet, der auf die französische Kolonialmacht ausgerichtet war. Neben dem Abbau von Kohle und Zinn entwickelte sich in Haiphong eine Zementindustrie und in Nam Dinh eine Textilindustrie. In Südvietnam lag der wirtschaftliche Schwerpunkt beim kommerziellen Reisanbau. Durch die Durchführung von Bewässerungs-, Entwässerungs- und Transportkanälen im Mekong Delta wurde die Anbaufläche seit Beginn der Kolonialzeit 1868 bis 1931 mehr als verzehnfacht. Die exportierte Reismenge stieg von 57.000 Tonnen auf über 1,5 Mio. Tonnen an. In den Hochlandregionen wurde Tee und Kautschuk angebaut, die eine Erweiterung des Exportsortiments ermöglichten. Trotz der großen Exportpalette machte die Ausfuhr von Reis 70% der gesamten Exporterlöse aus und nur 30% fiel auf Plantagenprodukte und mineralischen Rohstoffen (Revilla Diez 1995: 48).

Im Land herrschte eine starke Konzentration des Bodenbesitzes. Großgrundbesitzer verpachteten ihr Land an kleine Bauern zu enorm hohen Pachtzinsen. Für die beinahe gesamte vietnamesische Bevölkerung, da 90% der Bevölkerung am Land lebte, haben sich dadurch die Lebensbedingungen drastisch verschlechtert. Durch die Weltwirtschaftskrise wurde die Situation noch verschärft, da aufgrund der sinkenden Weltmarktpreise für vietnamesische Produkte, wie Reis, Kohle und Kautschuk, alle Exporterzeugnisse stark zurückgingen (Nguyen 1984:56). Aus dieser Verelendung der Bevölkerung entwickelte sich die nationalistische und kommunistische Bewegung gegen die französische Kolonialmacht die schließlich zum Indochinakrieg führte. Gegen Kriegsende wurde Vietnam im Rahmen der Genfer Konferenz 1954 geteilt und beide getrennte Landeshälften entwickelten sich auseinander. Nordvietnam führte ein sozialistisches Entwicklungssystem durch und Südvietnam blieb kapitalistisch.

### ***5.1.1 Südvietnam (Republik Vietnam)***

Zum Zeitpunkt der Teilung Vietnams besaß der Südvietnam kaum mineralische Rohstoffe und eine unterentwickelte Industrie. In der Landwirtschaft war jedoch die Produktion von Reisüberschüssen möglich. Die Republik Vietnam war aber keine reine Agrargesellschaft, sondern entwickelte bereits während der französischen Kolonialzeit tertiäre Aktivitäten, wie auch den Großteil des Handels im Land und dem Transportwesen, die besonders in der Hand der chinesischen Minderheit lagen (Revilla Diez 1995: 49).

Nach dem Indochinakrieg nahm sich die südvietnamesische Regierung zum Ziel die Marktwirtschaft im Land wieder aufzubauen. Neben staatlichen Investitionen in der inneren und äußeren Sicherheit und dem Ausbau der Infrastruktur sollten alle Bereiche dem Marktkräften überlassen werden. Südvietnam bekam von den USA enorme Militär- und Wirtschaftshilfe und wurde den politischen und militärischen Plänen der USA angepasst (Nguyen 1984: 120).

Von 1955 bis 1963 wurden aufgrund der starken amerikanischen Unterstützung mehrere Infrastrukturmaßnahmen durchgeführt. In der Landwirtschaft sollte insbesondere der Reisanbau gefördert werden, da diese von großer Bedeutung für die südvietnamesische Volkswirtschaft war (Jacobi 1996: 114). Im Industriebereich lag nun der Fokus auf der Leichtindustrie. Südvietnam schlug die Richtung einer Importsubstitution ein und gründete eine Textil-, Zement-, Papier- und Glasindustrie.

Diese Maßnahmen konnten trotz amerikanischer Hilfe die wirtschaftlichen Entwicklungen nicht verbessern: das Außenhandelsdefizit stieg weiterhin an, niedrige Zinsraten verhinderten eine einheimische Kapitalakkumulation, starre Wechselkurse führten zu einer überbewerteten Währung, die Landreform scheiterte und Vietnam litt unter einer hohen Abhängigkeit von ausländischer Hilfe (Revilla Diez 1995: 49). Auch die amerikanische Warenhilfe schaffte keine Förderung der Industrialisierung sondern eine Konkurrenz für die vietnamesischen Produktionsstätten (Buro/Grobe 1984: 25).

Zwischen 1955 und 1963 lag das BIP-Wachstum pro Jahr bei 5%, das jedoch grundsätzlich von der ausländischen Unterstützung abhängig war (Revilla Diez 1995: 50). Die südvietnamesische Regierung versuchte durch Verstaatlichung von neuen Industriebetrieben die Wirtschaftsprozesse im Land zu kontrollieren während sie geringes Interesse für den privaten Sektor und ausländischen Direktinvestitionen zeigte.

*„Überlagert wurde diese Politik durch zunehmende Korruption und politischer Gleichgültigkeit gegenüber sozialen Bedürfnissen der Gesellschaft.“* (Revilla Diez 1995: 50)

In der Zeit von 1964 bis 1974 wurde die südvietnamesische Wirtschaftsentwicklung stark von den kriegerischen Auseinandersetzungen beeinflusst. 1965 wurden die Kriegsaktivitäten durch die Verstärkung der US-Truppen intensiviert und stellten zunehmend eine Belastung für die gesamten Wirtschaftszweige in Südvietnam dar. Die südvietnamesische Wirtschaft stand vor dem Bankrott und endete in einem Zusammenbruch, da die Militärregierung ihren Krieg weiterführte (Nguyen 1984: 122).

1960 stieg die Unsicherheit am Land aufgrund der Gründung der Nationalen Befreiungsfront und führte zu einer massiven Landflucht und senkte damit rapide die Reisproduktion um ein Fünftel (Jacobi 1996: 117). Da auch die Inflation um ein 12faches anstieg, fokussierten die amerikanischen Wirtschaftsberater auf einer Eindämmung der Inflation zur Preisstabilisierung. Eine einer Verbesserung der Lebensbedingungen der südvietnamesischen Bevölkerung soll sie daran hindern auf die kommunistische Seite zu wechseln (Revilla Diez 1995: 50).

Ende 1967 erholte sich die Wirtschaft Südvietnams wieder, da die kommunistischen Gruppen von den US-Truppen zurückgedrängt werden konnten und damit die Transport- und Kommunikationsinfrastruktur verbessert wurde, die wiederum zu einem Aufblühen des Handels führte. Doch durch die Tet-Offensive im Jahr 1968 kam der Rückschlag für Südvietnam. Die Handelsbeziehungen zwischen Stadt und Land wurden unterbrochen, neue Industrieanlagen zerstört und es kam zu einer enormen Stadtflucht. Nach der Offensive durch den Norden zogen sich die amerikanischen Truppen langsam zurück, sodass die Arbeitslosigkeit besonders im Bereich der Dienstleistungen für amerikanische Truppen anstieg (Revilla Diez 1995: 51).

Da die Importsubstitutionspolitik mangelnde Erfolge zeigte und das Außenhandelsdefizit weiterhin angestiegen ist, kam es gegen Ende der 60er zu einer stärkeren Exportförderungspolitik<sup>3</sup> sodass der Export von agrarischen Rohstoffen erhöht werden konnte. Ebenfalls wurde eine Liberalisierung des Investitionsgesetzes für ausländische Investoren eingeführt, unter anderem eine fünfjährige Steuerbefreiung. Weiters wurde zur Exportförderung der starre Wechselkurs gelockert und eine Landreform durchgeführt, die rund 1,2 Mio. ha an 1 Mio. Bauern verteilte und damit die Reisproduktion steigern konnte (Jacobi 1996: 118). Das Land wurde kostenlos an die Bauern verteilt und die Großgrundbesitzer erhielten eine Entschädigung. Nach der Einführung dieser Maßnahmen konnte sich Südvietnams Wirtschaft wieder erholen und die Industrieproduktion wieder aufgenommen werden.

---

3 wie z.B. Steuererleichterungen, Vereinfachung der Ausfuhrverfahren

Eine erneute Offensive der nordvietnamesischen Truppen im Jahr 1972 bedeutete einen weiteren wirtschaftlichen Rückschlag von dem sich der Staat nicht mehr erholen konnte. Gegen Ende des 2. Indochinakrieges zeichnete sich die Wirtschaft folgendermaßen ab: Hohe Arbeitslosigkeit in den Städten, geringes Vertrauen in die südvietnamesische Wirtschaft und eine zurückgehende Industrieproduktion. Die Wirtschaftsentwicklung beruhte auf einer von außen finanzierten Konsumgüterindustrie und dem Dienstleistungssektor, der durch die US-Truppen aufblühte und 50% des BIP kennzeichnete (Revilla Diez 1995: 52).

Da die südvietnamesische Entwicklung nicht genug Finanzierung im Inland erhielt musste sie auf ausländische Finanzierungsmittel zurückgreifen insbesondere auf die enorme amerikanische Hilfeleistung, die bereits seit Bestehen der Republik Vietnam einsetzte. Jedoch floss diese nicht in produktive Investitionen sondern vielmehr in Importe zur Sicherung und Erhöhung des Lebensstandards der südvietnamesischen Bevölkerung. Somit konnte die Republik Vietnam in seiner gesamten Bestehenszeit keinen selbst tragenden Entwicklungsprozess aufbauen (Jacobi 1996: 117).

### ***5.1.2 Nordvietnam (Demokratische Republik Vietnam)***

Da Nordvietnam von den Reislieferungen Südvietnams abhängig war und diese jedoch nach der Teilung Vietnams ausblieben, konnte die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung nicht mehr gesichert werden und brachte das Land in eine schwierige wirtschaftliche Lage. Es existierten einige wenige Industriebetriebe, die Rohstoffe für den Export verarbeiteten und auch Konsumgüter für den heimischen Markt herstellten, jedoch betrug der Anteil der Industrie an der gesamten Produktion im Jahr 1954 nur 1,5% (Revilla Diez 1995: 53). Nach Kriegsende des 1. Indochinakrieges wurde von den Franzosen technisches Know-How, Maschinen und Ersatzteile aus Nordvietnam mitgenommen.

Anders als in Südvietnam wurde die Wirtschaft Nordvietnams nach sowjetischem und chinesischem Vorbild aufgebaut. Das nordvietnamesische Wirtschaftssystem beruhte auf einer Verstaatlichung und Vergenossenschaftlichung der Wirtschaft und einer zentralen Wirtschaftslenkung (Dinh 1997: 29). Der Grundpfeiler der sozialistischen Transformation

der nordvietnamesischen Wirtschaft war die Landreform, die eine Kollektivierung der Landwirtschaft und eine Verstaatlichung des Industriesektors vorsah. Zwischen 1955 und 1957 fand der erste Wiederaufbau des Landes statt. Gegen Ende der 50er Jahre startete die nordvietnamesische Regierung die Planung und Durchführung von einzelnen Jahresplänen. Der erste Dreijahresplan von 1958 bis 1960 fokussierte auf der Förderung der Landwirtschaft und der industriellen Produktion.

In den letzten Kriegsjahren des 1. Indochinakrieges wurden durch die Landreform die Pachtzinsen reduziert und Großgrundbesitzern und Großbauern ohne Entschädigung Land enteignet und an landlose Bauern oder Kleinpächtern übergeben. Es wurde Land an etwa 2,1 Mio. Bauernfamilien verteilt. Durch die extreme Zersplitterung des Landbesitzes sind zu kleine Anbauflächen entstanden und führte nicht zu den erwarteten Produktivitätssteigerungen (Revilla Diez 1995: 53).

In die sozialistische Transformation wurden auch die Industrie und Handwerksbetriebe einbezogen. Privatbetriebe wurden stufenweise sozialistisch umgewandelt und verstaatlicht.

### ***5.1.2.1 Der erste Fünfjahresplan***

Durch den ersten Fünfjahresplan versuchte die vietnamesische Regierung von 1961 bis 1965 das sozialistische System durch eine neue wirtschaftliche Entwicklung zu vervollständigen. Der Fünfjahresplan setzte im Sinne einer sozialistischen Industrialisierung neben der Landwirtschaft und Leichtindustrie besonders auf die Entwicklung der Schwerindustrie (Jacobi 1996: 109). Das Ziel des Planes war es auf einer Basis von bedeutenden Bergbau- und Energieressourcen eine Grundstoff- und Produktionsmittelindustrie aufzubauen (Revilla Diez 1995: 54).

In den Jahren zwischen 1960 und 1975 zeigte die Entwicklung der Industrieproduktion große Schwankungen, die stark unter den kriegerischen Auseinandersetzungen litt. Aufgrund von weiteren US-amerikanischen Bombenangriffen konnte ein zweiter Fünfjahresplan nicht durchgeführt werden und unterbrach die kontinuierlich positive Produktionsentwicklung im Land.

Der erste Fünfjahresplan bescherte eine unausgewogene Wirtschaftsstruktur mit enormen Belastungen in einigen Versorgungsbereichen wie der Lebensmittelproduktion und die einseitige Förderung der Schwerindustrie stellte sich als großer Fehler dar, da die Versorgung der Bevölkerung bzw. die Verbrauchsgüter nicht berücksichtigt wurden (Nguyen 1984: 112). Trotz der steigenden Wachstumsraten der industriellen Produktion blieb der Pro-Kopf-Output für wichtige Industrieerzeugnisse weiterhin unbedeutend und ist sogar leicht gesunken (Revilla Diez 1995: 55). Auch die Ziele der raschen Kollektivierung, wie die Erhöhung der Produktivität und Produktion und die damit einhergehende Verbesserung der Nahrungsmittelversorgung, blieben aus.

Nur durch die Unterstützung der sozialistischen Staaten, der ehemaligen UdSSR und der VR China konnte die Industrialisierung besonders der rasche Ausbau der Schwerindustrie im Land erst ermöglicht werden. Die Wirtschaftshilfe der sozialistischen Staaten setzte sich neben den Zuschüssen und Krediten auch aus der Durchführung konkreter Industrieprojekte zusammen, die besonders im Schwerindustriebereich konzentriert waren. Ebenfalls wurde die Wirtschaftshilfe zum Ausgleich des Außenhandelsdefizits benutzt, welches sich kontinuierlich erhöhte (Revilla Diez 1995: 55).

Zwischen den Jahren 1960 und 1975 ist das Außenhandelsdefizit um das 14-fache angestiegen und die Import- und Exportstruktur hat sich enorm verändert. Der Anteil der mineralischen Rohstoffe am Export sind von 50% auf 75% angestiegen, während der Anteil der landwirtschaftlichen Produkte von 30% auf 8,5% zurück ging. Es fand auch eine Veränderung im Bereich der Importwarenstruktur statt, zugunsten der Konsumgütereinfuhren, die ihren Anteil von 13% im Jahr 1960 auf 27% im Jahr 1975 erhöhten. Vor allem die sozialistischen Länder bildeten die bedeutendsten Außenhandelspartner für Nordvietnam aus denen 1975 82% der Importe stammten und bis zu 70% der vietnamesischen Exportwaren geliefert wurden (Revilla Diez 1995: 56).

Im ersten Jahrzehnt nach der Teilung des Landes konnte ein rascher Aufschwung erzielt werden und erstmals die Selbstversorgung gewährleistet werden. Mit ausländischer Hilfe konnte der erste Fünfjahresplan auch hohe Wachstumsraten erreichen. Doch gegen Ende des ersten Fünfjahresplanes bestanden die ausländischen Hilfeleistungen hauptsächlich aus Konsumgütern, sodass die Volkswirtschaft Nordvietnams unter enormen Engpässen litt (Jacobi 1996: 111). Doch trotz der Bemühungen in der Industrialisierungspolitik war die wirtschaftliche Effizienz zu gering und die Lebensbedingungen der Bevölkerung verschlechterten sich zunehmend. Nordvietnam blieb weiterhin ein reiner Agrarstaat.

Südvietnam (Republik Vietnam) wie auch Nordvietnam (Demokratische Republik Vietnam) zeigten in ihrer Entwicklung viele Gemeinsamkeiten auf. Beide Landesteile waren vom Krieg zerstört und kämpften mit chronischen Bilanzdefiziten. Zusätzlich überstieg der Konsum die Produktion, der stark von ausländischen Hilfeleistungen abhängig war (Dinh 1997: 29).

## **5.2 Wirtschaftsentwicklung nach der Wiedervereinigung 1976**

Nachdem Nordvietnam über Südvietnam siegte und die Wiedervereinigung im Jahr 1976 stattfand wurde das zentralverwaltungswirtschaftliche System aus Nordvietnam in den Süden übertragen. Das Ziel der kommunistischen Partei war es das Land in nur zwanzig Jahren auf allen Gebieten politisch, ökonomisch, administrativ, sozial und kulturell, wieder zu vereinen und in einen modernen sozialistischen Industriestaat umzuwandeln.

Beide Landesteile hatten eine hohe Importabhängigkeit gemeinsam und wurden lange durch die kriegerischen Auseinandersetzungen in ihrer Entwicklung gebremst und richteten ihre Wirtschaft auch auf diese Situation aus und waren weiterhin agrarisch. Jedoch verfolgten beide verschiedene Industrialisierungsstrategien. Während der Norden in der Wirtschaft wieder aufholen konnte, litt Südvietnam noch an einem wirtschaftlichen Zusammenbruch (Jacobi 1996: 120).

### ***5.2.1 Der zweite Fünfjahresplan***

Ursprünglich wurde der zweite Fünfjahresplan als dritter Fünfjahresplan für Nordvietnam in der Zeit von 1976 bis 1980 entwickelt und wurde kurzfristig überarbeitet. Mit dem zweiten Fünfjahresplan sollte von 1976 - 1980 die Basis für die sozialistische Transformation des Landes gelegt werden.

Der zweite Fünfjahresplan nahm sich zum Ziel die Schwerindustrie zu fördern um damit die Landwirtschaft und Leichtindustrie aufzubauen. In den ersten beiden Jahren nach der Wiedervereinigung ging die landwirtschaftliche Produktion stark zurück, während die industrielle Produktion dagegen stark zunahm. In den letzten beiden Jahren des zweiten Fünfjahresplanes kehrte sich aufgrund einer Veränderung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen diese Entwicklung um (Jacobi 1996: 128). Die wirtschaftliche Situation verschlechterte sich zunehmend als vietnamesische Truppen 1978 in Kambodscha einmarschierten. Daraufhin stellten westliche Geberländer und die VR China ihre Entwicklungshilfe gegenüber Vietnam ein und verhinderten Vietnam den Zugang zu internationalen Institutionen (Revilla Diez 1995: 57). Zusätzlich wurde seit 1976 gleich nach Kriegsende von den USA ein Handelsembargo verhängt, sodass Vietnam zunehmend isoliert und von sowjetischen Hilfsmitteln abhängig wurde.

Der Rückgang der ausländischen Hilfe und Kredite und die steigenden Militärausgaben verschärften die bereits zunehmende Kapitalverknappung. Die ineffiziente Förderung der Schwerindustrie und die unzureichende landwirtschaftliche Produktion führten zu einer unzureichenden Nahrungsmittel- und Konsumgüterversorgung. Da die Versorgung von Energie, Rohstoffen und Ersatzteilen knapp wurde, ist auch die industrielle Bruttoproduktion in den letzten beiden Jahren des Fünfjahresplanes gesunken. Die Kapazitätsauslastung der Maschinen und Anlagen lag nur bei 30 – 50% und ein Drittel der Beschäftigten wurden nicht benötigt. Betrug das Pro-Kopfeinkommen 1976 noch 101 US-Dollar ist es vier Jahre später auf 91 US-Dollar gesunken (Revilla Diez 1995: 57).

Der Plan der vietnamesischen Wirtschaftsplaner eine wirtschaftliche Entwicklung durch eine rasche Industrialisierung voranzutreiben musste aufgrund der vorliegenden Daten als gescheitert angesehen werden, da die Ziele zu hoch gesteckt waren und man auch von

einem hohen Zufluss ausländischer Mittel ausging. Vietnam befand sich gegen Ende des zweiten Fünfjahresplanes in einer schweren Wirtschaftskrise, die zusätzlich durch die politische und außenwirtschaftliche Isolierung verschärft wurde.

Aus einem Dokument des Politbüros der kommunistischen Partei vom November 1980 wird die Situation deutlich gemacht. „*Unsere Produktion stagniert in verschiedener Hinsicht, die Lebensverhältnisse der arbeitenden Bevölkerung...verschlechtern sich, und wir begegnen vielen Schwierigkeiten, Negativismus herrscht im sozialen Leben vor.*“ (FEER, 27.02.1981: 28 In: Buro 1984: 69)

Einige Maßnahmen nach der Wiedervereinigung zeigten sich als besonders ineffektiv, wie die sozialistische Transformation im Süden, die Agrarpolitik und die stärkere Förderung der Schwerindustrie (Revilla Diez 1995: 58).

#### **a) Die sozialistische Transformation im Süden**

Gleich zu Beginn der Wiedervereinigung wurde das kapitalistische Wirtschaftssystem in Südvietnam abgeschafft, indem die Privatindustrie verstaatlicht wurde, private Aktivitäten im Handel und in der Industrie vernichtet und verboten wurden und die Kollektivierung der Landwirtschaft eingeführt (Dinh 1997: 30). Die Regierung übernahm die Kontrolle über die vorhandenen Produktionsmittel und die Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln. Es sollten von nun an privates Kapital und private Produktionsmittel in die sozialistische Produktion eingebracht werden (Revilla Diez 1995: 58).

Im Frühjahr 1978 wurde eine neue Währung eingeführt um die privaten Vermögen zu kontrollieren. Der Geldumtausch unterlag strikten Regelungen. Diese Maßnahmen betrafen alle privaten Händler und Industriebetriebe, insbesondere die Hoa<sup>4</sup>, die seit der französischen Kolonialzeit die Produktion und den Handel über verschiedene Monopole im Süden kontrollierten. Aufgrund dieser Zwangsmaßnahmen verließ ein Großteil das Land und damit auch Kapital sodass ein enormer Anteil an qualifizierten Fachkräften verloren ging (Schmidt 1999: 113).

---

4 In Vietnam lebende Chinesen

## **b) Die Agrarpolitik**

Im Norden wurde die sozialistische Großproduktion durch die Vergrößerung genossenschaftlicher Betriebe, einer zunehmenden Spezialisierung und der Veränderung der Arbeitsteilung vorangetrieben. Durch die Verträge mit den Genossenschaften, in denen die Arbeitsteilung der Bauern in Arbeitsgruppen spezialisiert wurde, verloren die Bauern den Bezug zum Endprodukt und das führte zu einer Verringerung der Produktivität und einer Verschlechterung der Qualität der Erzeugnisse. Die Genossenschaften konnten ihre Mitglieder nicht entsprechend entlohnen, da nach der Zuweisung der Nahrungsmittel an die Mitglieder nur noch wenig für den Verkauf an staatliche Abnehmer übrig blieb. Aufgrund unzureichender Produktionsmittel konnten nur wenige Genossenschaften Gewinne erzielen.

Beruhete die Kollektivierung der Landwirtschaft im Süden bisher auf freiwilliger Basis, so wurden 1978 aufgrund zu geringer Genossenschaften die Bauern zur Kollektivierung gezwungen (Revilla Diez 1995: 60). Da die staatlichen Preise sogar unter den Schwarzmarktpreisen lagen hatten die Bauern auch keinen Anreiz die Produktion über den Eigenbedarf auszuweiten und reduzierten ihre landwirtschaftliche Nutzfläche, was zu einem starken Rückgang der südvietnamesischen Landwirtschaft führte.

## **c) Förderung der Schwerindustrie**

Der Fokus des zweiten Fünfjahresplanes lag insbesondere auf der Schwerindustrie. Die Vernachlässigung der Landwirtschaft hatte zur Folge, dass bereits bis 1980 die Industrie 72% der staatlichen Investitionen ausmachte. Diese einseitige Förderung der Schwerindustrie entsprach jedoch nicht der entsprechenden Industriestruktur im Land, da die errichtete Schwerindustrie nicht ausreichend mit der der vorherrschenden landwirtschaftlichen Struktur verflochten werden konnte.

### ***5.2.2 Der dritte Fünfjahresplan***

Nachdem der zweite Fünfjahresplan als gescheitert angesehen wurde musste die Regierung feststellen, dass die Wirtschaftspolitik dringend korrigiert werden musste. Von nun an musste eine andere Richtung eingeschlagen werden, nämlich durch eine Einleitung von binnenwirtschaftlichen Reformen, wie eine schrittweise Liberalisierung des Wirtschaftssystems und auch das Einfließen von marktwirtschaftlichen Elementen. Grundsätzlich sollte die Verwaltungsorganisation durch einen stärkerem Einsatz materieller Anreize zur Produktions- und Produktivitätssteigerung, einer Wiederzulassung privatwirtschaftlicher Aktivitäten und die Zulassung einer Marktproduktion dezentralisiert werden (Revilla Diez 1995: 60).

Der dritte Fünfjahresplan wurde für den Zeitraum 1981 bis 1985 entworfen und zeigte eine realistischere und vorsichtigeren Sichtweise, da diesmal die Planziele weit tiefer gesetzt wurden. Der Schwerpunkt des dritten Fünfjahresplans war nun der Ausbau der Schwerindustrie angepasst an die bestehenden Produktionsmöglichkeiten der Wirtschaft und den Bedürfnissen des Landes (Jacobi 1996: 128).

Im Bereich der Landwirtschaft wurde ein Produktkontraktsystem eingeführt, indem erstmals Verträge zwischen den Genossenschaften und den einzelnen Bauern abgeschlossen werden konnte und nicht wie bisher mit den einzelnen Arbeitsgruppen. In diesen Verträgen verpflichteten sich die Bauern zu einem bestimmten Ablieferungssoll für die Lieferungen und Leistungen des Staates. Überschüsse konnten von Bauern frei vermarktet werden oder gegen Gutscheine für Produktionsmittel an den Staat verkauft werden (Buro/Grobe 1984: 86). Lag seine Ernte unter der Vereinbarung konnte er das Defizit bei der nächsten Ernte ausgleichen (Beresford 1988: 162).

Im Industriebereich wurden die staatlichen Einflüsse gelockert und Maßnahmen zur Effizienzsteigerung der Produktionsprozesse eingeführt. Damit wurde die finanzielle Autonomie und auch die betriebliche Entscheidungskompetenz erweitert. Das Drei-Pläne System ermöglichte den Betrieben eine eigenständige Anstellung und Entlassung von Arbeits-

kräften, eine unabhängige Entscheidung über die Produktion zusätzlicher Waren, eine freie Beschaffung von Inputgüter, eine freie Vermarktung der Überschussproduktion und die Aufnahme direkter Außenhandelsbeziehungen.

Durch die Errichtung von eigenen Außenhandelsagenturen in den vier Zentren Vietnams Hanoi, Haiphong, Danang und Ho-Chi-Minh-City (HCMC) wurde auch der Außenhandel dezentralisiert. In HCMC befanden sich bereits 100 lokalstaatliche Betriebe, die für den Export produzierten und die dafür benötigten Güter importieren mussten (Revilla Diez 1995: 61).

Die bedeutendste Maßnahme des dritten Fünfjahresplanes war die 1985 durchgeführte Korrektur der staatlich festgesetzten Preise, aufgrund der schlechten Versorgungslage und dem ansteigenden Haushaltsdefizits. Um das Missverhältnis zwischen den staatlichen und den der freien Marktpreise abzubauen wurden die Preise für Nahrungsmittel, Konsumgüter und Vorprodukte zur industriellen Fertigung angehoben (Schmidt 1999: 122).

Durch eine Lohnreform<sup>5</sup> konnten die steigenden Lebenshaltungskosten der Bevölkerung ausgeglichen werden. Durch die Preis- und Lohnreform konnte die Nahrungsmittelversorgung im Land verbessert und die industrielle Güterversorgung erhöht werden. Auch die landwirtschaftliche und industrielle Produktion sind in den Jahren von 1981 bis 1985 kontinuierlich angestiegen. Aufgrund dem stark ansteigendem Haushaltsdefizit ließ gegen Ende des Fünfjahresplanes die Wachstumsdynamik nach.

Mit der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage im Land blühte auch der privatwirtschaftliche Sektor wieder auf, das führte dazu, dass konservative politische Kräfte im Land 1983 wieder die Rückkehr zu planwirtschaftlichen Konzepten erzwangen. Damit unterlag die inländische Warenzirkulation einer strengeren Kontrolle. Zusätzlich wurden die privaten Betriebe höher besteuert, die betriebliche Autonomie zurückgezogen, eine zentrale Steuerung des Außenhandels eingeführt, die Kollektivierung in der Landwirtschaft wieder aufgenommen und Einfuhrbeschränkungen von Warenlieferungen durch Auslandsvietnamesen eingeführt (Revilla Diez 1995: 63).

---

5 wie die Erhöhung der Nominallöhne von staatlichen Bediensteten

Die vietnamesische Wirtschaft befand sich in einer ernsthaften Krise, da die Wachstumsrate des Volkseinkommens fiel und die Inflation wie auch die Auslandsverschuldung enorm hoch war. Zur Bekämpfung der Inflation beschloss die Regierung im Jahr 1985 eine Währungsreform, die jedoch zu einem Zusammenbruch des staatlichen Industriesektors führte (Jacobi 1996:134). Es wurden im folgenden staatlich festgelegte Preise für einige Inputgüter erhöht um das Haushaltsdefizit abzubauen. Des weiteren wurden Staatsbetrieben zusätzlich Kredite gewährt und gleichzeitig die Löhne der Staatsangestellten erhöht. Die Währungsreform ersetzte den alten Dong durch eine neue Währung an zehnfachem Wert und traf besonders die Staatsbetriebe und verlor damit stark an Wert, da die privaten Ersparnisse hauptsächlich in Gold und US-Dollar angelegt wurden (Revilla Diez 1995: 63).

Der damit entstandene Kapitalmangel der Staatsbetriebe fiel auf die Gehälter der Angestellten und erhöhte damit auch das Haushaltsdefizit und die Inflation. Das Land kämpfte wieder mit starken Versorgungsengpässen und befand sich in einer schweren Finanzkrise.

*Experimente in der Wirtschaftspolitik, bei denen mit höheren materiellen Anreizen oder dem freien Spiel von Angebot und Nachfrage operiert wurde, erhöhten zwar die Produktivität, setzten aber das Politbüro hinsichtlich der Zulassung weitergehender Reformen und des Bekenntnisses zum Marxismus-Leninismus unter Druck. Entweder musste eine Grenze gezogen werden, oder der Marxismus-Leninismus war schöpferisch neu zu bestimmen. (Marr 1995: 6)*

## 6. DIE REFORMPOLITIK „DOI MOI“

Der 6. Parteitag der KPV im Jahr 1986 wurde zu einem Ereignis von historischer Bedeutung, da hier erstmals die vielen Fehler der Regierung seit 1975 eingestanden wurden und von einer verfehlten Wirtschaft nun an eine neue und moderne Planung herangegangen wurde. Da sich die ökonomischen und sozialen Kräfte auf die Regierung verstärkten, verlor dieser zunehmend an Einfluss darauf. So entschied sich die Regierung diese stattfindenden Veränderungen zu ihrer Parteipolitik und ihrer Erneuerungsstrategie zu machen (Marr 1995: 7).

Die Bezeichnung „Doi Moi“ wurde von der sozialistischen Partei Vietnams 1986 eingeführt und bezeichnet eine Strategie zur Veränderung, Erneuerung und Verbesserung der vietnamesischen Wirtschaft, welche den Übergang von der zentral geplanten Wirtschaft zu einer Marktwirtschaft im Land schaffen soll und damit auch eine Öffnung zum Außenhandel. Bisher wurde zwar bei wirtschaftlichen Krisen die zentrale Wirtschaftsplanung gelockert, jedoch ohne dabei das Wirtschaftssystem zu verändern.

Am 6. Parteitag der KPV äußerte sich Generalsekretär Truong Chinh ein scharfer Kritiker des alten sozialistischen Modell folgendermaßen zu den negativen Effekten der bisherigen Planwirtschaft in Vietnam.

*If we overemphasise centralism to the point of having no goods, and of bringing circulation to a standstill, will centralism have any meaning? This is precisely the state of bureaucratic centralism in which we have been enmeshed so far; the Resolution of the 8th Plenum of the Party Central Committee has analysed, criticised and reject it. (Truong Chinh zit. nach ANU E PRESS 2006: 67)*

Die theoretische Bezeichnung einer „Übergangsphase zum Sozialismus“ oder einem „sozialistischen Entwicklungsweg“ der politischen Führung dient zur Erklärung der neuen Wirtschaftsorientierung und um ihre Machtlegitimation zu rechtfertigen ohne dabei das Gesicht zu verlieren. So kann die kommunistische Partei bei jeder Gelegenheit ihre Rolle und die jüngsten wirtschaftlichen Erfolge hervorheben und damit auch den Entwicklungsweg rechtfertigen (Dinh 1997: 81).

Um einen schrittweisen Übergang zur Marktwirtschaft einzuleiten beinhaltet die Reformpolitik „Doi Moi“ verschiedene makroökonomische Stabilisierungsmaßnahmen und Dezentralisierungs- und Liberalisierungsmaßnahmen (Revilla Diez 1995: 66) auf die in den folgenden Kapiteln näher eingegangen wird.

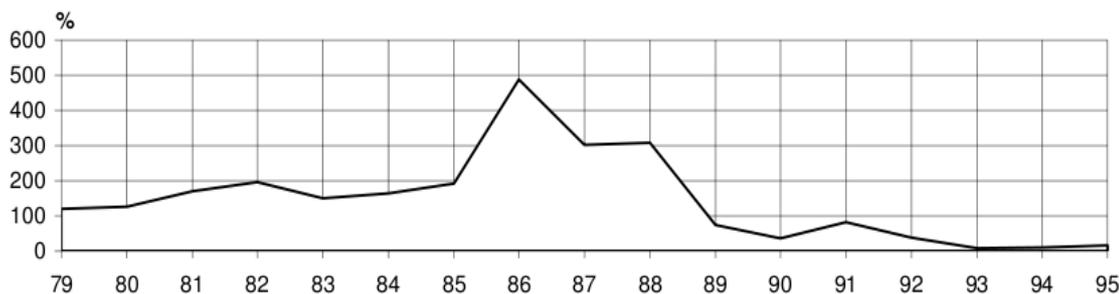
## **6.1 Reformen des Finanzwesens**

Die Einnahmen für den Staatshaushalt wurden bisher, wie auch in anderen sozialistischen Ländern grundsätzlich aus den Gewinnabgaben staatlicher Unternehmen genommen, die bis Ende der 80er Jahre drei Viertel der gesamten staatlichen Einnahmen ausfüllten. Die Ausgaben des Staates setzten sich aus Preissubventionen und Zuweisungen an staatliche Unternehmen zusammen. Doch während die Einnahmen sich zunehmend verringerten, stieg das Budgetdefizit weiterhin an, das jedoch bis 1975 mit finanziellen Hilfen hauptsächlich aus der Sowjetunion, abgedeckt wurde. Nach Kriegsende nahmen die ausländischen Hilfsleistungen stark ab, sodass der Staat zu einer Zentralbankfinanzierung greifen musste, die das Budgetdefizit und die Inflationsrate enorm in die Höhe trieb (Dinh 1997: 52). Um das hohe Budgetdefizit zu reduzieren musste grundsätzlich das Einnahmen- und Ausgabenwesen verändert werden und die Gleichbehandlung von Privatsektor und Staatsunternehmen vorangetrieben werden (Revilla Diez 1995: 78).

### ***6.1.1 Inflationsbekämpfung***

Zur Stabilisierung der makroökonomischen Situation mussten tiefgreifende Maßnahmen zur Bekämpfung der hohen Inflationsrate eingeleitet werden. Bei der Einführung der Reformen 1986 betrug die Inflation 700% und das Haushaltsdefizit 10% des BIP. Ebenfalls sind auch die Auslandshilfen und die Auslandskredite besonders von der Sowjetunion, stark gekürzt worden (Dinh 1997: 51). Die hohe Inflationsrate ist auf fehlende institutionelle Regelungen und einer Ineffizienz des Finanzwesens und dem Haushaltsdefizit zurückzuführen.

**Abb. 1: Vietnams Preisindex 1979 – 1995**



Quelle: Nguyen/CAS Discussion paper No 22, 1999: 2.

Durch eine restriktive Geldpolitik mit kontrollierter Geldmengenexpansion, einer Reduzierung des Haushaltsdefizits durch enorme Ausgabenkürzungen, der Abschaffung von direkten und staatlichen Subventionen<sup>6</sup> und einer Erhöhung der Staatseinnahmen soll die Inflation bekämpft werden. Diese Maßnahmen führten zu einem drastischen Rückgang der Inflationsrate auf 5,2% im Jahr 1993. Durch eine restriktive Kreditpolitik konnten die Realzinsen erhöht werden, wodurch auch die Spareinlagen von Privathaushalten angestiegen sind. Gleichzeitig kam es zu einer verringerten Kreditvergabe an öffentliche Haushalte und Staatsunternehmen. Aufgrund der Reduzierung der staatlichen Ausgaben und der zunehmenden Steuereinnahmen durch die Steuerreform und steigender Erdöleinnahmen konnte Vietnam seit 1989 sein Haushaltsdefizit von 7,2% auf 0,8% des BIP im Jahr 1992 senken (Revilla Diez 1995: 69).

### **6.1.2 Steuerreform**

Die Reformierung des Steuersystems orientierte sich nach den neuen wirtschaftlichen Veränderungen und soll als das Hauptinstrument zur makroökonomischen Steuerung des Staates dienen und vor allem das Budgetdefizit reduzieren. Durch neue steuerliche Investitionsanreize soll die Wirtschaft angekurbelt und auch die Investitionstätigkeiten in bestimmte Branchen gelenkt werden (Dinh 1997: 53). Die Einführung zahlreicher neuer Steuerarten soll eine Erweiterung der Steuerbasis erzielen und die bisherigen Einnahmelücken abdecken. Aufgrund einer regulären Besteuerung für die staatlichen Unternehmen

<sup>6</sup> Ausgenommen: Energie, Kohle und Postwesen

machen diese Steuern den größten Teil der Haupteinnahmen des Staatshaushaltes aus. Die Bedeutung der staatlichen Unternehmen als Haupteinnahmequelle nahm jedoch nach den Privatisierungen zunehmend ab. Trotz der Einführung der Einkommenssteuer sind die Beiträge aus diesem Steuerbereich noch sehr gering, während sich die Einnahmen aus der Agrar- und Umsatzsteuer erhöht haben (Dinh 1997: 55).

Ein wesentliches Problem der Steuerreform war zu Beginn die Schwierigkeit eine einheitliche Steuereinziehungspolitik im ganzen Land durchzusetzen, womit auch eine ungleiche Besteuerung zwischen privatem und staatlichem Sektor herrschte. Während die staatlichen Unternehmen aufgrund der stärkeren staatlichen Aufsicht häufiger einer Steuererhebung unterlagen, konnte der Privatsektor sich aufgrund der ineffizienten Steuerverwaltung dieser entziehen (Huynh 2005: 41). Durch die Einführung einer zentralisierten Steuerverwaltung unter Kontrolle des Finanzministeriums konnte die Steuererhebung verbessert werden.

### ***6.1.3 Preisreform***

Die Preise für beinahe alle Produkte wurden wie es in einem planwirtschaftlichen Wirtschaftssystem üblich ist staatlich festgelegt. In Vietnam waren vor allem inländische Rohstoffe, Zwischenprodukte und ausländische Produkte betroffen, die nur über staatliche Außenhandelsagenturen eingeführt werden durften (Revilla Diez 1995: 70). In Südvietnam waren die Marktpreise für Konsumgüter und Nahrungsmittel von großer Bedeutung, da hier der Einzelhandel nur zum Teil unter staatlicher Kontrolle lag. Insbesondere bei knappen Gütern waren die Preisunterschiede zwischen den staatlich festgelegten Preisen und den freien Schwarzmarktpreisen enorm hoch. Im Jahr 1989 gab die Regierung die Preise für die meisten Güter- und Dienstleistungen frei, ausgenommen waren nur Güter im Bereich der öffentlichen Versorgung<sup>7</sup>, die weiterhin staatlich festgesetzt wurden.

---

7 z.B. Energie, Verkehr- und Transport, Post und Telekommunikation

Neben der Freigabe der Preisbildung wurden auch die Subventionen für die Staatsbetriebe abgeschafft, wodurch die staatlichen Unternehmen aufgrund der ansteigenden Kosten der Vorleistungen finanziell ins Schwanken gerieten. Staatlichen Unternehmen erhalten niedrige Kreditzinsen auf indirektem Wege durch Subventionen. Dadurch konnten auch diese Teil der sozialistischen Errungenschaften weiterhin bestehen.

Durch die Preisliberalisierung konnte die Angebot- und Nachfragesituation bei Konsum- und Grundnahrungsmitteln im Land enorm verbessert werden und damit auch die Versorgung der Bevölkerung. Auch in der Landwirtschaft war die Freigabe der Preisbildung ein Erfolg. Aufgrund der verbesserten relativen Preise landwirtschaftlicher Produkte kam es zu einem starken Produktionsanstieg.

#### **6.1.4 Bankreform**

Vietnam besaß vor 1988 ein typisch sozialistisches Monobankensystem indem alle monetären Funktionen von einer Zentralbank kontrolliert und bestimmt wurden. Die Zentralbank war für die Zuweisung planmäßig festgelegter Geldmengen an die einzelnen Sektoren und Betriebe und die Übertragung der Geschäftsbankenfunktionen an die ebenfalls staatliche Außenhandelsbank und die „Bank für Investition und Aufbau“ zuständig. Weiters war die Zentralbank für die Deckung des staatlichen Budgetdefizits zuständig. Die Zentralbank war grundsätzlich ein ausführendes Organ der staatlichen Planungsbehörde und war auch im Kreditgeschäft tätig. Aufgrund negativer Realzinsen musste die Zentralbank die Verluste der meist unrentablen Staatsunternehmen und das stetig ansteigende Budgetdefizit finanzieren (Dinh 1997: 56).

Aus zwei Gründen war eine Reform des Bankensystems notwendig. Zum Einen musste eine Kontrolle des volkswirtschaftlichen Kreditvolumens im Sinne der Stabilitätspolitik gewährleistet werden und zum Anderen musste die zentral festgelegten Zinssätze und Kreditallokation abgeschafft werden um die Ineffizienz der Kreditvergabe abzubauen (Revilla Diez 1995: 76).

Im Jahr 1988 wurden die Reformen im Bankwesen eingeführt. Zu Beginn wurden zwei neue staatliche Spezialbanken gegründet, die „Bank für Landwirtschaft“ und die „Bank für Industrie und Handel“, an die auch die bisherigen Geschäftsbankfunktionen der Zentralbank übertragen wurden. Des Weiteren ist 1990 ein neues Bankengesetz in Kraft getreten, welches die Richtlinien zum Aufbau eines neuen kommerziellen Bankensystems beinhaltet. Das neue Bankensystem besteht aus einer Zentralbank, einer staatlichen Bank für Investition und Entwicklung, mehreren staatlichen Geschäftsbanken und einer Vielzahl halb- und nicht-staatlicher Institute (Dinh 1997: 58). Nach dem neuen Bankgesetz ist die Zentralbank ein Organ des Ministerrats und verfügt somit über enormen Einfluss über dem Bankensystem wie auch politischem Gewicht. Sie ist für die Geld- und Kreditpolitik, für das Funktionieren des Bankensystems und der Stabilisierung der Währung verantwortlich (Revilla Diez 1995: 76). Somit konnten durch die Reformen Schritte zur Marktwirtschaft geschaffen werden, da 1992 Joint-Venture-Banken und ausländischen Banken ermöglicht wurde Filialen im Land zu eröffnen.

Weiterhin ist das vietnamesische Bankensystem rückständig und der Übergang von einem sozialistisch geprägten Bankensystem zu einem modernen Geschäftsbankensystem ist noch nicht abgeschlossen. Neben der Aufgabe als Bankenaufsicht übt die Zentralbank auch weiterhin starke Kontrolle auf die Tagesgeschäfte aus. Viele Kredite an Staatsunternehmen und Großprojekte werden hauptsächlich aus politischen Gründen vergeben (Schmitt 2009: 1).

Durch neue Bankenregelungen, wie die Verschärfungen der Voraussetzungen zur Bankengründung, sollen die lokalen Banken gegenüber der internationalen Konkurrenz gestärkt werden. Momentan beträgt der Anteil internationaler Banken im vietnamesischen Bankensystem 13% und nur 10% der Bevölkerung besitzen ein eigenes Konto (Schmitt 2009: 2). Durch die Zulassung ausländischer Banken erhofft man sich einen starken Zustrom von Fachwissen, da durch den Ausbau des Bankensystems ein enormer Mangel an ausgebildeten Bankenpersonal besteht.

## **6.2 Reform der Eigentumsverhältnisse**

Die Grundlage einer Marktwirtschaft ist die Existenz von Eigentumsrechten wie in Form von Eigentums- und Verfügungsrechten an Produktionsmitteln und Immobilien. 1987 wurden durch die Anerkennung privatwirtschaftlicher Aktivitäten und Schutz von Privateigentum die Grundlagen für eine marktwirtschaftliche Ordnung geschaffen. Ziele der Reform sind die Steigerung der Produktivität, die Senkung der Produktionskosten, Verbesserung der Produktqualität und -vielfalt und Anreize für Innovationen und Investitionen zu geben (Huynh 2004: 30). Der gesetzliche Schutz von Privateigentum wurde 1992 in der Verfassung neu verankert und zeigt das Engagement und den Wunsch der Regierung nach neuen Privatunternehmern und Investoren.

## **6.3 Landwirtschaftsreform**

In der Landwirtschaft wurden bereits die ersten Reformmaßnahmen, wie das Produktkontraktssystem eingeleitet (vgl. Kapitel 5.2.2). 1987 erließ die Regierung eine Reform, die durch ein Vertragssystem nun den Bauern ermöglichte nach der Leistung der Agrarsteuern selbständig über ihre Produktion zu verfügen und zu entscheiden. Die Verteilung nach Arbeitspunkten und der staatliche Aufkauf von Agrarprodukten zu staatlichen Fixpreisen wurde abgeschafft.

Durch den Schutz von Privateigentum und den damit verbundenen Schutz vor Enteignungen wurde auch die Möglichkeit geschaffen neue Landwirtschaftsreformen zu zulassen, wie die langfristige Bodenverpachtung bis zu 15 Jahren, das Recht auf Erbpacht und die Übertragung der Landnutzungsrechte. Die Bauern verpflichteten sich an die Genossenschaften für ihre Dienstleistungen in bestimmten Perioden und zu festgesetzten Preisen Steuern und Zahlungen abzugeben damit am Ende den Bauern noch mindestens 40% des Produktionsertrags erhalten bleibt. Die Reform bewirkte in der Agrarwirtschaft einen raschen Übergang zu einer Familienwirtschaft (Dinh 1997: 30), die auch die Hungersnot gegen Ende der 80er Jahre überwinden konnte und Vietnam durch einen enormen Produktionsanstieg zum zweitgrößten Reisexporteur hinter Thailand machte.

1993 wurde durch ein neues Grundstücksgesetz die Nutzungsdauer von 15 Jahre auf 20 bis 50 Jahre, je nach Anbauart, eingeführt. Weiters können nach Ablauf der vereinbarten Nutzungsdauer die Grundnutzungsrechte von Privatpersonen erworben, verkauft, übertragen, verpachtet oder vererbt werden (Revilla Diez 1995: 67).

## **6.4 Privatisierung von Staatsunternehmen**

In der Industrie wurden wie bereits auch in der Landwirtschaft erste Reformmaßnahmen durchgeführt, unter anderem das Drei-Pläne System (vgl. Kapitel 5.2.2), wodurch das Produktionsoutput enorm gesteigert werden konnte. Jedoch litt die Industrie unter dem Mangel an Rohstoffen, Ersatzteilen und veralteten Produktionsanlagen.

Der staatliche Sektor in Vietnam ist im Vergleich zu anderen sozialistischen Staaten jedoch von geringerer Bedeutung, da 1989 nur 8% im staatlichen Sektor beschäftigt waren. Der staatliche Sektor ist besonders in der Industrie, wie auch im Handel und dem Banken- und Finanzsektor von Bedeutung, die direkt der Zentralverwaltung unterstanden (Revilla Diez 1995: 79). Die neuen Reformmaßnahmen von 1988 und 1989 erhöhten die Autonomie privater und staatlicher Betriebe, sodass die staatliche Zentrale nur mehr begrenzt auf betrieblicher Ebene eingreifen konnte. Da jedem Bürger, bis auf Staatsangestellten und Genossenschaftsmitgliedern, ermöglicht wurde ein privates Gewerbe zu eröffnen, wurden sie vollständig von staatlichen Planaufgaben befreit. Damit wurde Unternehmern eine eigenständige Produktions- und Handelstätigkeit wie auch der Außenhandel ermöglicht. Ebenfalls wurde die Personalentscheidung vollständig den Betrieben überlassen (Dinh 1997: 43).

Durch die Abschaffung von Preissubventionen und der Kürzung von staatlichen Investitionsmitteln wurde die finanzielle Autonomie der Staatsbetriebe enorm erhöht. Weiterhin werden die Staatsbetriebe gegenüber den Privatsektor durch die Regierung bevorzugt, indem sie den größten Anteil an Krediten mit Vorzugszinsen erhalten (Dinh 1997: 43). Jedoch stehen die Staatsbetriebe verstärkt unter schärferem Wettbewerb zwischen den Unternehmen, da sie nun eine eigene Kostenrechnung aufstellen und die Produktion an die Bedürfnisse der Nachfrage anpassen müssen (Revilla Diez 1995: 79).

Durch einen Prozess der Neuregistrierung wurden die Staatsbetriebe seit 1998 von 12.000 auf 4.000 konzentriert. Hauptsächlich wurden nur klein- und mittelständische Unternehmen privatisiert und Großunternehmen blieben weiterhin staatliches Eigentum, da sie unrentabel wirtschaften und eine gute Geldquelle für korrupte Führungsmitglieder sind. Jedoch spielen die Staatsbetriebe weiterhin eine bedeutende Rolle. Sie stellen bis heute 1.7 Mio. Arbeitsplätze bereit und sind in manchen Vororten die einzigen Anbieter von Arbeitsplätzen (Boos 2006: 6).

## **6.5 Außenwirtschaftliche Öffnung**

Der vietnamesische Außenhandel war bis 1989 ein staatliches Monopol und nur durch staatliche Außenhandelsgesellschaften auf zentraler und provinzieller Ebene organisiert. Der Außenhandel mit den RGW-Staaten machte bis Mitte der 80er Jahre 75% der Importe und 66% der Exporte aus und war stark von den finanziellen Unterstützungen der RGW-Staaten, insbesondere der UdSSR abhängig. Zusätzlich zum amerikanischen Embargo, das bereits den Zugang zu internationalem Kapital blockierte, gingen durch den Zusammenbruch des RGW bedeutende Finanzhilfen verloren.

Privatunternehmen waren von Außenhandelstätigkeiten ausgeschlossen und der geringe offizielle Devisenkurs lag deutlich unter dem Schwarzmarktkurs, sodass Außenhandelstätigkeiten für vietnamesische Unternehmer unattraktiv war. Devisenerlöse konnten nur für den Import benötigter Vorleistungen verwendet werden oder bei der Außenhandelsbank abgeliefert werden (Dinh 1997: 46). Aufgrund der zunehmenden ökonomischen und politischen Isolation befand sich die kommunistische Partei in einer schwierigen Lage und sah keinen Ausweg mehr als sich der Welt zu öffnen und die Außenwirtschaft umzugestalten und zu reformieren. Der Truppenabzug aus Kambodscha 1989 war ein Hauptfaktor für die Normalisierung der internationalen Handelsbeziehungen mit Vietnam. 1989 folgte schließlich eine radikale Reform des Außenhandels durch eine Liberalisierung, die schrittweise eine Dezentralisierung der Außenhandelsabwicklung und eine Erleichterung des Zollsystems durch die Reduzierung der Import- und Exportquoten beinhaltet (Revilla Diez 1995: 71).

Die Außenhandelsreformen beinhalten folgende Hauptfaktoren:

- Liberalisierung der Außenhandelstätigkeiten
- Aufhebung der Handelsbeschränkungen außerhalb der RGW
- Stabilisierung und Vereinheitlichung des Wechselkurs
- zolltarifliche Erleichterungen
- Forcierung einer „open door policy“ zur Förderung ausländischer Investitionen und Schaffung eines Rechtssystem zur Gewährleistung und Regulierung von ausländischen Direktinvestitionen
- Integration in die internationale Wirtschaftswelt auf Basis regionaler und multilateraler Handelsvereinbarungen

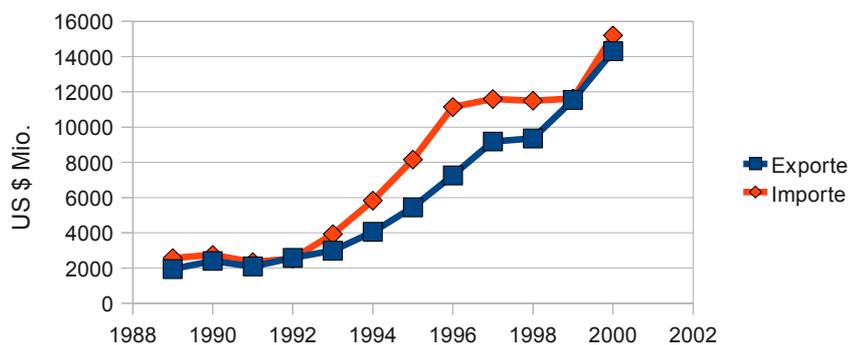
Die Zollquoten für Exporte wurden stark reduziert und für einige Produkte ganz aufgehoben. Produkte, die in Vietnam hergestellt<sup>8</sup> werden wie schon bei Luxusgütern weiterhin hoch besteuert. Die Außenhandelsliberalisierung erlaubte Lokal- und Provinzverwaltungen eigene Außenhandelsagenturen zu gründen und damit direkte Außenhandelsbeziehungen ohne zentralstaatliche Außenhandelsagenturen aufzunehmen. So stieg die Anzahl der im Außenhandel tätigen Betriebe zwischen 1988 und 1994 von 30 auf über 1.200 Betriebe an und bis 2001 auf 16.200 Betriebe (Auffret 2003: 3). 1991 wurde die Vergabe von Außenhandelslizenzen an staatliche und private Unternehmen eingeführt und steuerliche Anreize für Investitionen und Produktionen in Exportindustrien geschaffen um diese zu fördern.

Eine weitere bedeutende Begleitmaßnahme bei der Außenhandelsliberalisierung war die Abwertung des Dongs gegen Ende der 80er Jahre und machte damit die Exportaktivitäten für vietnamesische Exporteure rentabler und erhöhte den offiziellen Devisenkurs. Damit bestand zwischen dem Devisenkurs und dem Schwarzmarktkurs kein Unterschied mehr, da der Dong regelmäßig den Marktverhältnissen angepasst wurde (Huynh 2005: 44).

---

8 z.B. Holzprodukte, Textilien, Keramik und einfache Metallerzeugnisse

**Abb. 2: Entwicklung der Exporte und Importe, 1989-2000**



Quelle: Eigene Aufstellung aus GSO statistics, CIEM 2001.

Diese Reformmaßnahmen führten zu einem enormen Anstieg des vietnamesischen Außenhandels. Der Export in nicht-sozialistische Länder überstieg 1989 mit 976 Mio. US-Dollar erstmals wertmäßig den Export in sozialistische Länder mit 844 Mio. US-Dollar (Dinh 1997: 47). Zusätzlich wurde das US-Handelsembargo 1994 aufgehoben und Vietnam konnte dadurch seine Außenhandelsbilanz auszugleichen. Grundsätzlich verloren die RGW-Staaten als Handelspartner an Bedeutung und wurden durch die südost- und ostasiatischen Länder als wichtige Außenhandelspartner ersetzt.

Die zunehmende Exportausdehnung lässt sich auf die seit 1987 verstärkte Erdölförderung und der seit 1988 ansteigenden Reisproduktion zurückführen. Die Reisexporte wurden erst durch die Privatisierung der Landwirtschaft und die Freigabe der Preisbildung im Jahr 1988 ermöglicht. Weiterhin werden die Exporte über die restriktive Vergabe von Lizenzen reguliert und zunehmend erhalten auch private Unternehmen vermehrt Außenhandelsgenehmigungen.

1988 wurde ein neues Gesetz verabschiedet, welches durch ausländische Direktinvestitionen die ausländischen Wirtschaftsaktivitäten in Vietnam fördern soll. Dieses Gesetz beinhaltet für ausländische Investoren die gesellschaftsrechtlichen Möglichkeiten, Schutz vor Verstaatlichung und einer Vielzahl an steuerlichen Investitionsanreizen<sup>9</sup>. Zugelassen werden neben Handelsgesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung auch Gesellschaften ohne vietnamesische Beteiligung (Revilla Diez 1995: 74).

<sup>9</sup> wie großzügige Regelungen für die Besteuerung und den Gewinntransfer

**Tab. 2: Private Beteiligungen am Außenhandel:**

Enterprises	Share of Enterprises in Trade (%)		Share of Exports (%)		Share of Imports (%)	
	1998	1999	1997	1999	1997	1999
State owned Enterprises	38	27	70	57	68	53
Non State Enterprises	35	58	10	15	4	14
Foreign Invested Enterprises	27	15	20	28	28	33
<b>Total</b>	<b>5,100 enterprises</b>	<b>8,177 enterprises</b>	<b>9,145 \$ mil.</b>	<b>8,175 \$ mil.</b>	<b>11,622 \$ mil.</b>	<b>8,225 \$ mil.</b>

Quelle: Ministry of Trade and General Department of Customs.

Der Großteil der Investitionen fließt vor allem in den Auf- und Ausbau von exportorientierten Industrien und Importsubstitutionsindustrien<sup>10</sup>. Bei ausländischen Investitionsprojekten handelt es sich hauptsächlich um Joint Ventures, grundsätzlich mit staatlichen Unternehmen, obwohl seit 1992 auch Joint Ventures mit privaten Unternehmen zugelassen wurden. Die Anzahl ausländischer Betriebe ohne vietnamesische Beteiligung sind im Vergleich dazu noch gering, da ausländische Unternehmen einen vietnamesischen Partner bevorzugen, weil dieser die Rechtslage vor Ort kennt und auch Landnutzungsrechte erhält (Huynh 2004: 78). Somit stellt der ausländische Partner Kapital für den Infrastrukturausbau und Know-How zur Verfügung und der vietnamesische Partner die Landnutzungsflächen.

Die Reformmaßnahmen förderten die Integration in den Weltmarkt und bewirkten durch eine Umstrukturierung des Außenhandels einen positiven Effekt auf das Wirtschaftswachstum. Jedoch steht der Außenhandel weiterhin unter staatlicher Einflussnahme, sodass nach Diehl nur von einer partiellen Außenhandelsliberalisierung gesprochen werden kann (Diehl 1993: 25).

---

10 verarbeitende Industrien (insbesondere die Textil- und Bekleidungsindustrie), die Rohölförderung und die Tourismusbranche

## **7. ANALYSE DER REFORMPOLITIK „DOI MOI“**

Vietnam musste vor der Reformpolitik „Doi Moi“ mehrere gescheiterte Reformen durch machen, sodass eine radikale Transformation des vietnamesischen Wirtschaftssystem notwendig wurde um das Land aus der wirtschaftlichen Isolation und Armut herauszuholen. Durch den Transformationsprozess von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft soll die vietnamesische Wirtschaft gestärkt und angekurbelt werden, sich dem internationalen Markt öffnen und die Armut im Land reduzieren. Doch das Endziel der Reformpolitik wurde nie klar definiert. Unklar ist ob eine freie Marktwirtschaft oder eine soziale Marktwirtschaft wie in Deutschland erreicht werden soll oder ob das Modell der Tigerstaaten, wie Südkorea oder Taiwan das Ziel ist. Die Reformpolitik in Vietnam wird nicht theoretisch, sondern pragmatisch umgesetzt (Le 1999: 31). Nach zehn Jahren Rückblick auf „Doi Moi“ meinte Staatspräsident Le Duc Anh 1997, dass Vietnam einen großen Sprung in die „multisektorale Marktwirtschaft“ vollzogen hat (Weggel 1999: 21).

Grundsätzlich kann gesagt werden, dass die wirtschaftliche Entwicklung in Vietnam seit Anfang der 90er Jahre einen enormen Aufschwung erlebte und nur kurz durch die Asienkrise gedämpft wurde (Hadnes/Klump 2008: 1). Vietnam löste sich aus seiner Isolation und normalisierte wieder seine internationalen Beziehungen. Nach der Auflösung des US-Embargos 1994 trat Vietnam 1995 der ASEAN (Association of Southeast Asian Nations), 1998 der APEC (Asia Pacific Economic Cooperation) und schließlich 2007 der WTO (World Trade Organisation) bei.

Doch trotz der enormen Fortschritte durch die Reformpolitik herrschen dennoch wirtschaftliche und soziale Probleme, wie Rechtsunsicherheiten, steigende Korruption, die Vernachlässigung des Gesundheits- und Bildungswesen wie auch das zunehmende Armutsgefälle in Vietnam.

## **7.1 Positive Entwicklungen**

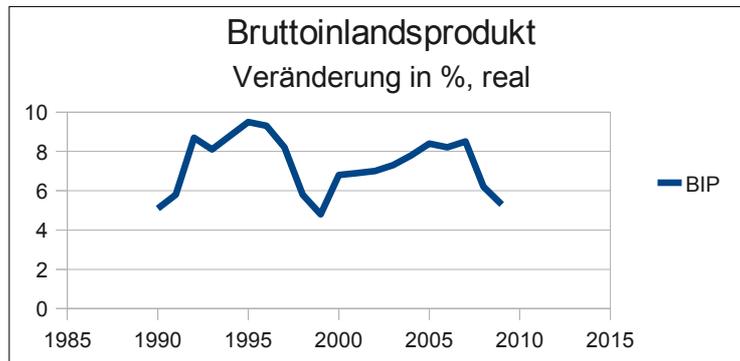
### ***7.1.1 Die wirtschaftliche Entwicklung***

Nach den wirtschaftlichen Erfolgen in den letzten zwanzig Jahren hat Vietnam es geschafft zunehmend das weltweite Interesse auf sich zu lenken. Ob nun als asiatisches Wirtschaftswunder oder auch als potentiell Mitglied der asiatischen Tigerstaaten. Seit den 90er Jahren erlebte Vietnam einen wirtschaftlichen Aufschwung und kennzeichnete sich durch ein kontinuierlich hohes BIP-Wachstum das durchschnittlich bei 7,2% liegt.

#### ***7.1.1.1 Wirtschaftswachstum***

Seit der Reformpolitik „Doi Moi“ ist das BIP enorm angestiegen (vgl. Abb. 3). Während 1990 das reale BIP-Wachstum noch 5,1% betrug ist es bereits zwei Jahre später auf 8,7% angestiegen und ist bis 1996 konstant auf 9,3% angestiegen, das aufgrund der Aufhebung des US-Embargos 1994 zusätzlich angekurbelt wurde. Die eingebrochene Asienkrise im Juli 1997 unterbrach den Erfolgskurs und das BIP-Wachstum sank auf 5,8. 1999 ist das BIP-Wachstum sogar auf 4,8% gesunken auf den ersten Tiefstand seit Einführung der Reformpolitik. Die vietnamesische Wirtschaft erholte sich von der Asienkrise wieder und im Jahr 2000 konnte wieder ein Anstieg von 6,8% nachgewiesen werden. Die bedeutsamen Antriebskräfte für das Wachstum waren der internationale Handel und ausländische Direktinvestitionen, welche grundsätzlich in die exportorientierte Produktion flossen. Auch inländische Investitionen und der private Verbrauch, welche seit der Anerkennung auf Privateigentum stetig zugenommen haben tragen ihren Beitrag zum Wachstum bei (EU 2007).

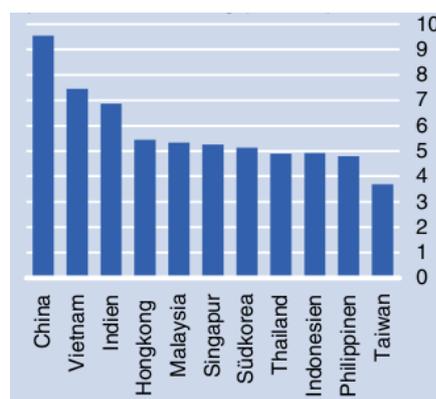
**Abb. 3: Veränderung des realen BIP in %, 1990-2009:**



Quelle: GSO.

Dieser ungebremste Kapitalzustrom führte 2008 zu einer wirtschaftlichen Überhitzung, die sich unter anderem auch in einer galoppierenden Inflation zeigte. Zusätzlich bremste die Weltwirtschaftskrise im folgendem Jahr den Zustrom weiterer ausländischer Investoren und Handelstreibender (Auswärtiges Amt 2010). Die vietnamesische Regierung plant für 2010 ein BIP-Wachstum von 6,5% (GTAI 2010).

**Abb. 4: Reales BIP-Wachstum, durchschn. jährliche Veränderung in %, 2000-2006:**



Quelle: DB Research.

Im asiatischen Vergleich wurden die vietnamesischen Wachstumsraten nur von China übertroffen (vgl. Abb. 4). Während die Wachstumsraten in Vietnam seit 2000 durchschnittlich 7,5% betragen, liegt dieser für China bei 9,5%. Deshalb orientieren sich die politischen Entscheidungsträger auch an der Wirtschaftspolitik der chinesischen Nachbarn. Vietnam

nimmt den Transformationsweg Chinas als Vorbild wie auch Thailand als das beliebteste Urlaubsziel Südostasiens (Tamara 2007: 3). Aufgrund der vielfachen Standortvorteile und der zunehmenden wirtschaftlichen Bedeutung Vietnams steigt die Attraktivität des Landes und damit der Zufluss an ausländischen Direktinvestition.

Die Attraktivität des Landes wird folgenden Faktoren zugeschrieben (Tamara 2007: 3):

- der Rohstoffreichtum wie Öl- und Gasreserven
- die fortschreitende Industrialisierung bewirkt eine große Nachfrage nach Investitionsgütern
- der wachsende Binnenmarkt
- viele Investoren sehen in Vietnams Transformationsprozess Parallelen zu China
- vietnamesische Unternehmen werden zunehmend konkurrenzfähiger
- zunehmende Bedeutung des Tourismus in Vietnam
- steigende Entwicklung der vietnamesischen Kapitalmärkte
- junge und qualifizierte Arbeitskräfte
- politische Stabilität und ein günstiges makroökonomisches Umfeld

#### ***7.1.1.2 Ausländische Direktinvestitionen (FDI)***

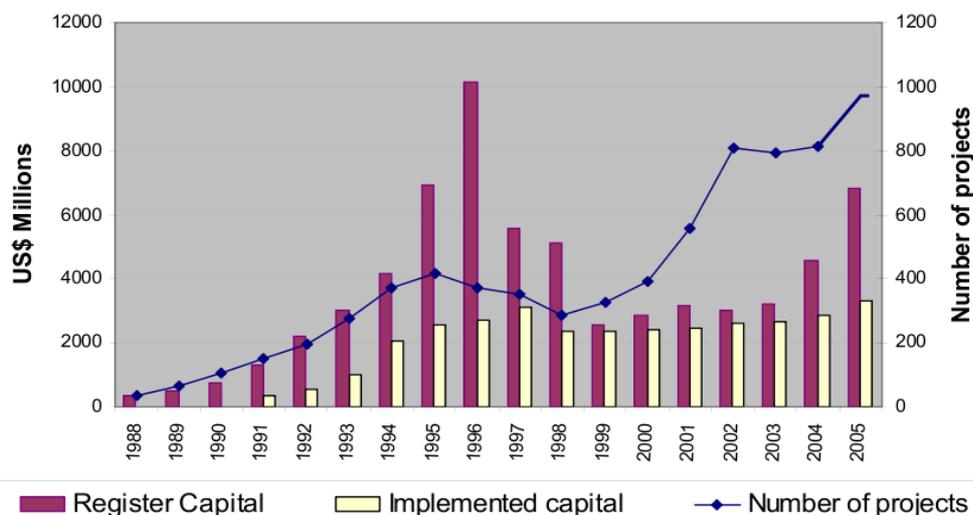
Die Investitionspolitik spielt in der Reformpolitik Vietnams eine aktive Rolle. Das Ziel der Investitionspolitik ist es heimische Betriebe durch moderne Technologien zu verbessern. Zusätzlich sollen in Unternehmen, die durch diese Investitionen gefördert werden, neue Arbeitsplätze geschaffen und das Humankapital gesteigert werden. Grundsätzlich sollen durch ausländische Direktinvestitionen Kapital angelockt werden, Technologietransfer, Modernisierung und Ausbildung des Managements herbeiführen um den Lebensstandard der Bevölkerung zu erhöhen und das Einkommen sowie die Ersparnisse zu steigern (Huynh 2004: 75).

Die Öffnungspolitik lenkte seit Ende der 80er Jahre die Hauptinvestitionen in Sektoren die bedeutend für die Entwicklung des Landes waren. Zu Beginn lag der Fokus auf der Förderung der Erdöl- und Erdgasvorkommen und dem Hotelbau. Doch mit der Forderung nach einer nachholenden Entwicklung konzentrierte man sich zunehmend auf die exportorientierte, arbeitsintensive, leichtindustrielle Güterproduktion von Textilien und Bekleidung, in denen man komparative Kostenvorteile sah (Huynh 2002: 82).

Der Schwerpunkt der ausländischen Direktinvestitionen liegt im Industriesektor, insbesondere in der Schwerindustrie mit 28% und der Leichtindustrie 25 %. Im Vergleich dazu werden für die Land- und Forstwirtschaft und Fischzucht nur 9% der Projekte bewilligt und nur 3,6% davon realisiert.

Das seit der Reformpolitik 1986 rasch ansteigende Wirtschaftswachstum ist grundsätzlich zwei Faktoren zuzuschreiben, nämlich dem starken Zufluss von ausländischen Direktinvestitionen (FDI) und dem stetig zunehmenden Außenhandel. Nach Malaysia und Singapur gehört Vietnam zum drittgrößten FDI-Empfänger in der ASEAN. Vietnam gehört nach der UNCTAD zu den fünf besten Volkswirtschaften für ausländische Direktinvestitionen in Asien<sup>11</sup> (Freemann 2002: 4 In: Huynh 2004: 75).

**Abb.5: FDI 1988-2005:**



Quelle: <http://www.vietpartner.com>.

11 Anteil an globalen ausländischen Direktinvestitionen im Verhältnis zu dem Anteil am globalen BIP

Die Summen der registrierten FDI sind zu Beginn der 90er Jahre aufgrund des „Investmentboom“, der durch die eingeführte Öffnungspolitik ausgelöst wurde, rasant angestiegen (vgl. Abb. 6). Ebenfalls ist dieser Boom auch auf die Auflösung des US-Embargos 1994 und dem Beitritt zur ASEAN 1995 zurückzuführen. Doch trotz der steigenden registrierten FDI blieb die Realisierungsquote für die Projektgenehmigungen weiterhin sehr gering. Der Anstieg der ausländischen Direktinvestition erreichte seinen Höhepunkt 1996 und ist seit 1997 aufgrund der eingebrochenen Asienkrise drastisch gesunken.

Nachdem sich das Land von der Asienkrise wieder erholt hatte und ein bilaterales Handelsabkommen mit der USA unterzeichnet wurde, ist der Zufluss an ausländischen Direktinvestitionen wieder angestiegen (Nguyen/Nguyen 2007: 4). Seit 2004 hat der Trend zu FDI aufgrund der steigenden Interessentengruppe stetig zugenommen. Vietnam ist 2007 der WTO beigetreten und die registrierten Direktinvestitionen erreichten 2008 ein Rekordniveau von 64 Mrd. US-Dollar. Doch aufgrund der Weltwirtschaftskrise 2009 kam es zu einem Einbruch und es wurden nur mehr ein Viertel der Vorjahresergebnisse erreicht (GTAI 2010).

Im Ranking „Doing Business“ der Weltbank, welches die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eines Landes bewertet, steht Vietnam auf Rang 93 von 183 Ländern. Damit ist Vietnam zum Vorjahr von Rang 87 abgestiegen, weshalb die Regierung neue Schritte zur Verbesserung der Regierungsführung und dem wirtschaftspolitischen Umfeld setzen will. Die Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen wurden gestärkt, die Registrierung für ein Gewerbe vereinfacht und bisherige Restriktionen im Bereich der Auslandsinvestitionen gelockert (ADB 2010).

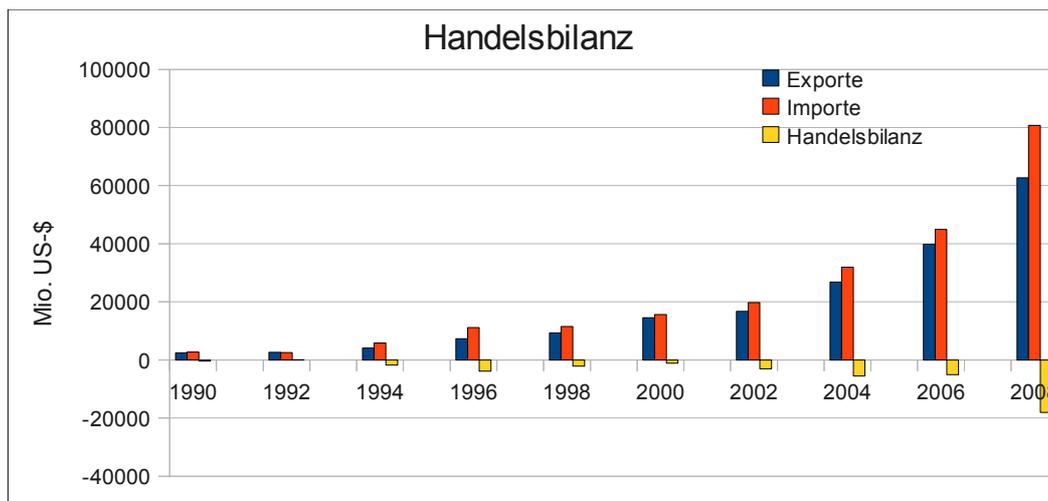
### ***7.1.1.3 Außenhandel***

Durch den Anstieg der exportorientierten Industrieproduktion im Land stieg auch der Außenhandel enorm an. Die Industrie ist aufgrund der ausländischen Direktinvestitionen rasant gewachsen und kann hohe Zuwachsraten vorweisen. Besonders Rohstoffe, Nahrungsmittel, Textilien, Bekleidung und Schuhe dominieren bei den vietnamesischen Ausfuhrgütern. Der Rohölexport ist für den Hauptteil der Erlöse verantwortlich. Auch die

landwirtschaftliche Produktion konnte aufgrund der Landwirtschaftsreform stark gesteigert werden und verzeichnet hohe Exportzahlen (vgl. Kapitel 6.2.3). Importiert wurde zu Beginn Düngemittel, Erdölzeugnisse, Stahlprodukte und bis heute zunehmend Maschinen und Elektrotechnik.

Seit den 90er Jahren beträgt die jährliche Steigerung der Exporte durchschnittlich über 20% (vgl. Abb. 6) und man ging davon aus, dass sich dadurch das Handelsbilanzdefizit verringern würde. Der Abbau von Handelshemmnissen und die verstärkte Reduzierung der Einfuhrzölle durch den WTO-Beitritt 2007 führten dazu dass die Importe stärker anstiegen als die Exporte und verursachten damit ein hohes Handelsbilanzdefizit, das mit 12 Mrd. US-Dollar seinen Höhepunkt erreichte. 2007 betrug die Handelsbilanz, das im internationalen Vergleich sehr hoch ist 17,3% des BIP.

**Abb. 6: Handelsbilanz 1990-2008:**



Quelle: ADB 2009.

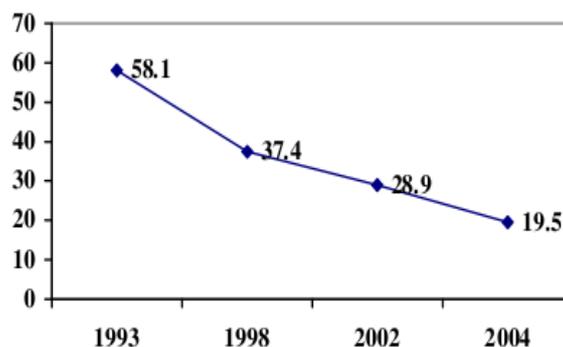
Zusätzlich verschärfte eine hohe Inflationsrate, die durch Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln und Ölprodukten verursacht wurde, von 15,7% im Jahr 2008 die Situation, und erholte sich im darauf folgenden Jahr wieder. Das Handelsbilanzdefizit sank 2009 um 32% aufgrund von (einmaligen) Geldexporten und einer geringeren Nachfrage nach Exportgütern und den damit verbundenen niedrigen Importen von Rohmaterial. Momentan

sind die wichtigsten Exportgüter Bekleidung, Textilien, Rohöl und Meeresfrüchte. An der Spitze der Importe stehen Erdöl wie auch Erdölprodukte, sodass Vietnam nun vom Nettoerdölexporteur zum Nettoerdölimporteur wurde (GTAI 2010).

### 7.1.2 Armutsreduzierung

In den Jahren nach der Wiedervereinigung 1976 litt das Land noch unter den Folgen des Krieges und durch die sozialistische Misswirtschaft geriet die Bevölkerung in drohende Hungersnöte. Die eingeführte Reformpolitik „Doi Moi“ erreichte neben dem wirtschaftlichen Aufschwung und den hohen Wachstumszahlen auch die massive Reduzierung der Armut im Land (vgl. Abb. 7). Bereits in den 90er Jahren ist die Anzahl der Menschen die unter 1 US-Dollar pro Tag leben durchschnittlich um 4,1% gesunken (ADB 2003). Diese rasante Armutsreduzierung ist darauf zurückzuführen, dass nun arme Bevölkerungsgruppen in das Wirtschaftssystem integriert wurden und damit auch vom wirtschaftlichen Aufschwung profitierten. Jährlich wurden besonders im Privatsektor 1 bis 1,5 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen (Bergstemann/Neubert 2008: 4).

**Abb. 7: Armutsreduzierung in Vietnam 1993-2004: Armutsrate in %**



Quelle: Vietnamese Academy of Social Sciences 2006.

Die Armutsrate basiert auf dem Pro-Kopf-Verbrauch der vietnamesischen Bevölkerung und zeigt in Abbildung 7 eine rasante Entwicklung. 1993 betrug die Armutsrate noch 58,1% und konnte bereits 2004 auf 19,5% gesenkt werden. Damit konnte innerhalb von elf Jahren die Armutsrate auf ein Drittel gesenkt werden und übertrifft damit sogar die UN

Millennium Development Goals, die für einen Zeitraum von 15 Jahren (1990-2015) eine Halbierung der Armut als Ziel ansetzte. Doch trotz den bemerkenswerten Zahlen und der raschen Armutsreduzierung führte der Transformationsprozess auch zu einem ansteigendem Armutsgefälle (vgl. Kapitel 7.2.2).

### **7.1.2.1 Human Development Index**

Neben dem Wirtschaftswachstum seit den 90er Jahren ist gleichzeitig auch der HDI (Human Development Index) konstant angestiegen, der jährlich von der UNDP veröffentlicht wird. Der HDI misst verschiedene Indikatoren, die den Lebensstandard einer Bevölkerung berücksichtigen, wie die Lebenserwartung, das Bildungsniveau und das Einkommen. Der HDI bildet damit eine Alternative zu anderen üblichen Messinstrumenten zum Ländervergleich wie z. B. das Bruttoinlandsprodukt und soll als Messung der menschlichen Entwicklung dienen.

Vietnam liegt im HDI Ranking auf 116 von 182 Ländern und befindet sich damit bei den Ländern mittleren Entwicklungsstandes. Der HDI ermöglicht hier die Entwicklung eines Landes aus einer anderen Sicht zu sehen. Berücksichtigt man als Indikator das BIP liegt Vietnam im internationalen Vergleich nur auf Rang 129, doch im Bereich der Lebenserwartung und der Alphabetisierungsrate ist Vietnam weit mehr entwickelt und liegt auf Rang 54 und 69.

**Tab. 3: Vietnams Human Development Index:**

<b>Human Development Report</b>	<b>1995</b>	<b>1996</b>	<b>1997</b>	<b>1998</b>	<b>1999</b>	<b>2000</b>	<b>2001</b>
(Reference year)	(1992)	(1993)	(1994)	(1995)	(1997)	(1998)	(1999)
Life expectancy at birth (years)	65,2	65,5	66,0	66,4	67,4	67,8	67,8
Adult literacy (%)	91,9	92,5	93	93,7	91,9	92,9	93,1
Human Development Index (value)	0,611	0,618	0,634	0,639	0,666	0,671	0,682
Human Development Index (rank)	120	121	121	122	110	108	101

Quelle: Human Development Reports 1995-2001, UNDP.

Besonders bemerkenswert ist die hohe Alphabetisierungsrate von durchschnittlich über 90% in Vietnam (vgl. Tabelle 3), die unter den „low income countries“ weiter über dem Durchschnitt liegt. Bereits bei der Wiedervereinigung 1975 lag die Alphabetisierungsrate bei 87% und die Einschreibungsrate in Grundschulen betrug zu diesem Zeitpunkt im Norden schon 100%. Heute beträgt diese im ganzen Land 100% und ist im Vergleich zu „low- und middle-income countries“ überdurchschnittlich hoch. Jedoch schließen nicht alle Kinder die Grundschule ab. Ungefähr ein Drittel der eingeschriebenen Kinder brechen die Grundschulausbildung meist vor der fünften Klasse ab (AusAID 2002: 8). Die Lebenserwartung bei Geburt ist in den 90er Jahren ebenfalls kontinuierlich angestiegen und liegt heute nach dem Human Development Report 2009 bei 74,3.

## **7.2 Negative Entwicklungen**

Aufgrund der wirtschaftlichen Erfolge wurde Vietnam schnell als neuer kleiner „asiatischer Tiger“ gefeiert. Auch die Asienkrise Ende der 90er Jahre konnte überwunden werden. Doch das 21. Jahrhundert zeigt zunehmend die Herausforderungen für das Land und die Schattenseiten der Reformpolitik. Neben dem ansteigendem Wirtschaftswachstum verharrt der Staatshaushalt wie auch die Handelsbilanz zunehmend in roten Zahlen. Einige Maßnahmen der Reformpolitik, wie die Privatisierung, verliefen langsamer und entwickelten sich anders als geplant. Die Armut konnte zwar reduziert werden und die Anzahl der Reichen steigt zwar stetig, doch nimmt gleichzeitig auch das Gefälle zwischen Reich und Arm stark zu. Durch die hohe Inflationsrate können die Lebenserhaltungskosten der Bevölkerung kaum noch getragen werden. Da nur ein mangelhaftes soziales Sicherheitssystem existiert können die sozialen Probleme auch nur mangelhaft aufgefangen werden (Bergstermann 2008: 4). Eine der größten Herausforderungen der Reformpolitik ist die Bekämpfung der Korruption, die sich in Vietnam durch alle Lebensbereiche zieht.

## ***7.2.1 Wirtschaftliche Fallen***

### ***7.2.1.1 Auslandsinvestitionen***

In den letzten Jahren sind enorme Geldmengen ins Land geflossen hauptsächlich in Form von ausländischen Direktinvestitionen, Überweisungen von Auslandsvietnamesen und Portfolioinvestitionen, die zusammen ca. 30% des Bruttoinlandsprodukt entsprechen. Das starke Wachstum dieser Geldmengen bewirkte auch einen Anstieg der Inflation und eine Veränderung des Investitionsverhalten. Da kaum langfristige Investitionsmöglichkeiten vorhanden waren wurde viel Liquidität kurzfristig investiert, insbesondere in den Immobilienmarkt, dessen Grundstückspreise innerhalb kürzester Zeit sich vervielfachten. In Vietnam herrscht eine sehr geringe Sparquote, aufgrund der kaum vorhandenen Spartradition und dem niedrigen Zinsniveau. Durch die niedrige Sparquote fehlt eine bedeutende Refinanzierungsquelle, sodass die wirtschaftliche Entwicklung zunehmend von Auslandsinvestitionen abhängig ist. In Kombination mit einem hohen Handelsbilanzdefizit befindet sich Vietnam in einer gefährlichen wirtschaftlichen Lage (Bergstermann 2008: 2).

### ***7.2.1.2 Handelsbilanz***

Durch die außenwirtschaftliche Öffnung konnten seit den 90er Jahren die Exporte enorme Steigerungen verzeichnen, die jedoch nicht automatisch zu einer Verringerung des Handelsbilanzdefizits führten. Seit dem WTO-Beitritt 2007 sind viele Einfuhrzölle stark reduziert worden, sodass die Importe stärker angestiegen sind als die Exporte und damit zu einem steigendem Handelsbilanzdefizit beitrug (Bergstermann 2008: 2). Durch die Verpflichtungen der WTO ist es nicht möglich die Zölle beliebig zu erhöhen. Die Bilanz konnte 2009 aufgrund einer verringerten Exportnachfrage und damit niedrigeren Importen von Rohmaterialien gesenkt werden, jedoch ist sie weiterhin im asiatischen Vergleich sehr hoch. Auch die Staatsverschuldung steigt stetig an und liegt 2010 bei 33,3% des BIP. Die

Landeswährung Dong hat zusätzlich an Wert verloren und steht deutlich unter Druck (GTAI 2010). Es wird erwartet dass durch ein Handelsabkommen zwischen China und ASEAN der Außenhandel mit China bedeutend zunehmen wird (ADB 2010).

### ***7.2.1.3 Privatisierung***

Trotz der radikalen Reformmaßnahmen verläuft die Privatisierung von Staatsunternehmen langsamer als geplant. Da die staatlichen Betriebe nur mit veralteten Anlagen ausgestattet sind, gibt es nur wenige Anreize für potenzielle Käufer. Die rasche Privatisierung scheitert auch an ungenauen Bestimmungen, welche Betriebe privatisiert werden dürfen, wie auch dem Widerstand der sozialistischen Partei, die durch die Branchenministerien versuchen diese Entwicklung zu bremsen, da weiterhin noch Vorbehalte zu dieser Reformmaßnahme herrschen (Revilla Diez 1995: 81). Der Widerstand gegen die Durchführung der Reform kommt vor allem aus der Funktionärsschicht, die von der staatlichen Eigentümerschaft und privaten Privilegien profitiert, die sogar durch die Reformpolitik verfestigt wurden.

Weiterhin ist der staatliche Anteil an der vietnamesischen Wirtschaft sehr hoch. Etwa die Hälfte des Bruttosozialprodukt wird durch staatliche Unternehmen erwirtschaftet und die vier großen Staatsbanken dominieren 80% des Bankensektors. Da auch Kredite an nicht rentable Staatsunternehmen vergeben werden steigt der Anteil an nicht mehr rückzahlbaren Krediten kontinuierlich an und beträgt mittlerweile ein Drittel des BIP. Die Lösung dieses Problems sah die vietnamesische Regierung in der Privatisierung, da hier der Staat weiterhin Einnahmen erhält und keine Schulden mehr tragen muss. Doch das Problem liegt darin, dass sich keine Privatinvestoren finden ließen, sodass sich viele Staatsunternehmen zu Beginn der Privatisierungsphase mit der Unterstützung der Banken gegenseitig gekauft haben (Bergstermann 2008: 3). Somit werden die staatlichen Unternehmen zunehmend wirtschaftlich und politisch mächtiger.

Das Verhalten der Verwaltung zeigt eine Benachteiligung gegenüber dem privaten Sektor. Die Diskriminierungen finden besonders im Bereich des Steuerwesens, der Kreditversorgung durch staatliche Banken, die Lizenzierung von Außenhandelsaktivitäten und der

Einfuhr von Vorprodukten statt (Huynh 2004: 90). Diese Benachteiligung verhindert die Entwicklung einer privatwirtschaftlichen Wirtschaftsstruktur und bremst die Zielerreichung der Reformpolitik.

## 7.2.2 Armutsgefälle

Obwohl Vietnam ein bemerkenswertes Wirtschaftswachstum und eine rasante Armutsbekämpfung vorweisen kann, ist die Armutsrate weiterhin hoch und das Gefälle zwischen hohem und niedrigem Einkommen nimmt stetig zu. Durch eine hohe Inflation sind die Nahrungsmittelpreise stark angestiegen, sodass die Lebenshaltungskosten nicht mehr gedeckt werden können. Die Entwicklung in den verschiedenen Regionen Vietnams ist extrem unterschiedlich und verursacht zunehmend soziale Probleme die zu einem Anstieg sozialer Unruhen führt.

### 7.2.2.1 Stadt-Land-Disparitäten

Der Transformationsprozess hat das Einkommensgefälle zwischen Stadt und Land zunehmend verstärkt. Tabelle 4 zeigt, dass die Armut grundsätzlich im ganzen Land reduziert werden konnte, jedoch verlief die Armutsbekämpfung für die urbane Bevölkerung schneller als in der ländlichen Bevölkerung und die Armut ist hier weiterhin am höchsten.

**Tab. 4: Vietnam Headcount-Index<sup>12</sup>:**

	1993	1998	2002	2004
National	58,1	37,4	28,9	24,1
Stadt	25,1	9,2	6,6	10,8
Land	66,4	45,5	35,6	27,5

Quelle: Hadnes/Klump 2008: 50.

<sup>12</sup> Der Headcount-Index ist ein Armutsindikator der Weltbank und gibt den Prozentsatz der Bevölkerung an, welcher nach dem Pro-Kopf-Konsum unter eine bestimmte Armutsgrenze (unter 2000 Kalorien/Person) fällt.

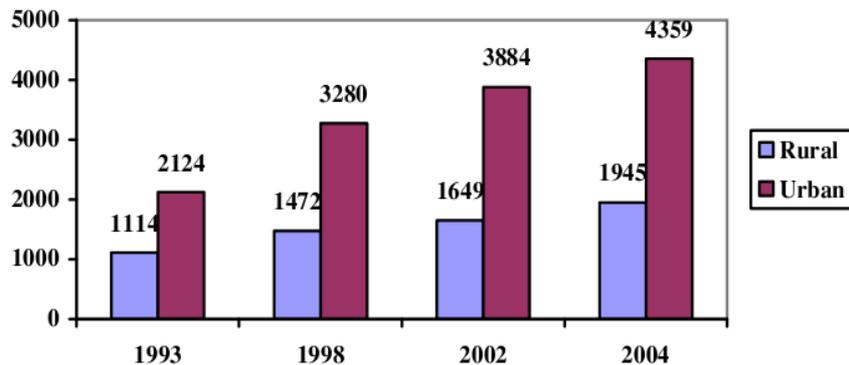
Trotz der reichlichen Rohstoffe und dem fruchtbaren Land herrschen in den ländlichen Regionen weiterhin mangelnde Rahmenbedingungen. Zur Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft wird die notwendige Technik, das Know-How und Arbeitskräfte benötigt. Die urbanen Zentren Vietnams Hanoi und Ho-Chi-Minh-City profitieren am stärksten von dem Transformationsprozess (Waibel 2001: 1). Zwar ist die ländliche Armut ebenfalls kontinuierlich gesunken, nichtsdestotrotz ist die Armut bis heute im ländlichen Bereich konzentriert. Insbesondere unter ethnischen Minderheiten befindet sich die höchste Armutsrate und verzeichnet hier auch die geringste Reduzierung (vgl. Kapitel 7.2.2.3).

Charakteristisch für die ländliche Armutsbevölkerung ist die Arbeit in der Landwirtschaft und unsichere Jobs außerhalb der Landwirtschaft. Grundsätzlich haben sie eine niedrige Ausbildung, wenig fachliche Qualifikationen, kaum Zugang zu Krediten, Maschinen und Sozialleistungen. Die urbane Armutsbevölkerung sind meist arbeitslose Immigranten bzw. haben unsichere Jobs mit niedrigem oder unregelmäßigem Einkommen. Auch hier haben sie kaum Zugang zu Sozialleistungen, welches auch auf das Registrierungssystem der Regierung zurückzuführen ist, das Migranten aus bestimmten Regionen diskriminiert bzw. ausschließt (AusAid 2002).

Die Zahlen absoluter Ungleichheit zeigen einen steigenden Trend. Der Pro-Kopf-Verbrauch der reichsten Bevölkerung war 1993 um ein fünffaches höher als jener der ärmsten Bevölkerung. Dieses Verhältnis hat sich bis 2004 auf 6,3 erhöht. Ebenfalls nimmt auch der Anteil der reichsten Bevölkerung am Gesamtverbrauch zu, während der Anteil der ärmsten Bevölkerung stetig abnimmt (VASS 2006).

Zusammengefasst kann gesagt werden, dass in der Periode von 1993-2004 die relative Ungleichheit minimal und die absolute Ungleichheit stark angestiegen sind. Das Armutsgefälle zwischen der ländlichen und urbanen Bevölkerung zeigt sich auch im Vergleich der realen Pro-Kopf-Ausgaben. Das Verhältnis ist von 1,91 im Jahr 1993 auf 2,24 im Jahr 2004 angestiegen, wobei erwähnt werden muss dass der stark ansteigende Trend sich bereits 1998 verlangsamte (vgl. Abb. 8).

**Abb. 8: Reale Pro-Kopf-Ausgaben, Land-Stadt 1993-2004 (1.000 VND, Kurs 01/93):**

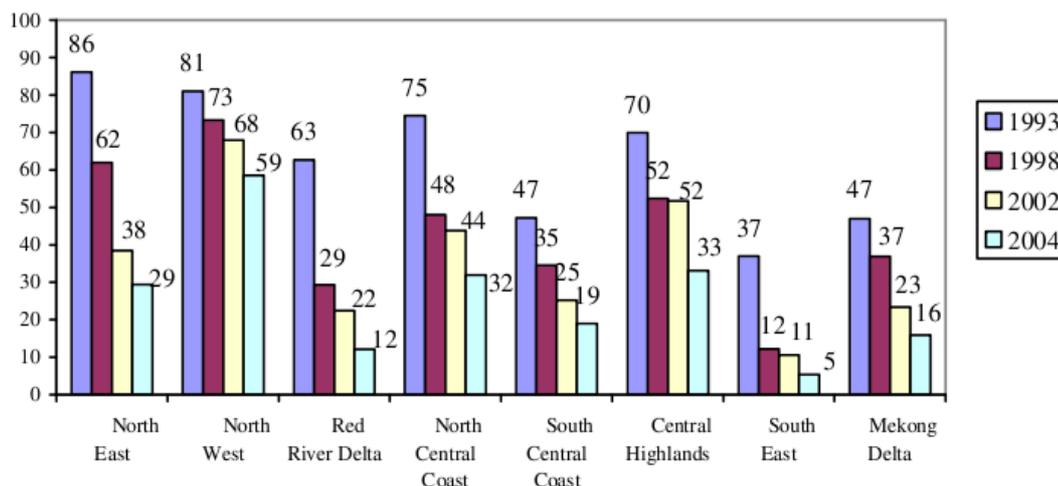


Quelle: Vietnamese Academy of Social Sciences 2006.

### **7.2.2.2 Regionale Disparitäten**

Weiterhin ist Vietnam eine vorwiegend agrarische Gesellschaft mit einer hohen Armutsrate und einem niedrigen Bruttoinlandsprodukt. Die demographischen und wirtschaftlichen Entwicklungen verlaufen aufgrund unterschiedlicher geopolitischen Voraussetzungen in den verschiedenen Regionen sehr unterschiedlich (Hoang 1999: 55). Dies führt zu einer ungleichen Verteilung von Armut und sozialen Unruhen, wie 1997 in Thai Binh (vgl. 7.2.3). Vietnam hat acht Regionen, die in drei Gruppen zur Klassifizierung von Armut eingeordnet werden können: „poor“, „middle“ und „well-off“ (VASS 2006). In die erste Gruppe lassen sich folgende Regionen einordnen: der Nord-Westen, die zentrale Gebirgslandschaft und die nördliche Küste. Die Armut ist im Red-River Delta und im Südosten am geringsten. Zwischen diesen beiden Gruppen befinden sich die Regionen, des Nord-Osten, die Südküste und das Mekong-River-Delta.

**Abb. 9: Regionale Armutsraten 1993-2004:**



Quelle: GSO.

Die Armutsreduzierung verlief in den verschiedenen Regionen unterschiedlich, wobei besonders der Nord-Osten die Armut stark reduzieren konnte, nämlich von 86% im Jahr 1993 auf 29% im Jahr 2004 (vgl. Abb. 9). Wie auch in der Region des Red-River-Delta konnte die Armut innerhalb elf Jahren auf beinahe ein Fünftel der Armutsrate im Jahr 1993 gesenkt werden. Im Nord-Westen verlief die Armutsreduzierung am langsamsten, da hier die Armut bis 2004 nur um 22% reduziert werden konnte und bis heute die ärmste Region des Landes mit einer Armutsrate von 59% ist. Somit konnten alle anderen Regionen in Vietnam die „Millennium Development Goals“, nämlich die Armut auf mindestens die Hälfte zu reduzieren, erreichen (VASS 2006).

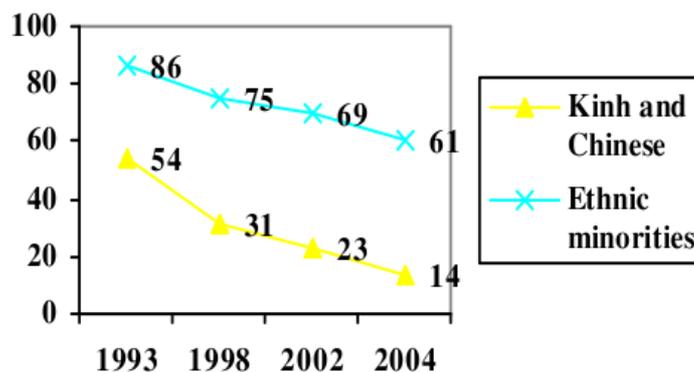
### **7.2.2.3 Ethnische Disparitäten**

Neben den regionalen Disparitäten und dem Armutsgefälle im ländlichen und urbanen Bereich, sind die ethnischen Minderheiten bis auf die Chinesen jene Gruppe die am geringsten am Wachstumsprozess teilhaben und profitieren konnten. Die meisten ethnischen Gruppen in Vietnam leben im Bergland mit schlechter Infrastrukturversorgung. Offiziell bevölkern die ethnischen Minderheiten 65% des vietnamesischen Territoriums, jedoch ist ihre Siedlungsfläche durch Waldrodungen und der Beeinträchtigung durch Agent

Orange-Gifte bedroht. Zusätzlich werden in diesen Gebieten durch die Regierung verstärkt Kinh-Vietnamesen<sup>13</sup> angesiedelt und Ackerland kultiviert, sodass zunehmend Konflikte mit den angestammten Bewohnern entstehen, die auch um ihre kulturelle Identität fürchten (Ha 2005: 74). Die Armut der ethnischen Minderheiten kann nach AusAID auf folgende Faktoren zurückgeleitet werden: Mangelnder Zugang zu Landbesitz, reinem Wasser, Informationen, Märkten und öffentlichen Dienstleistungen des Staates, Schwierigkeiten die ärztlichen Behandlungskosten abzudecken und niedrige Ausbildung und Analphabetismus (AusAid 2002).

Die schwerwiegende Armut ethnischer Minderheiten in Vietnam ist vergleichbar mit der Armut der gesamten Nation im Jahr 1990, also kurz nach Einführung der Reformpolitik (Shenggen/Pham/Trinh 2004: 6). Der Anteil der Bevölkerung der nicht zu den Kinh oder Chinesen zuzuordnen ist, beträgt zehn Millionen und macht 12,6% der gesamten Bevölkerung aus, jedoch 39,3% der armen Bevölkerung (VASS 2006).

**Abb. 10: Armutsrate in % der ethnischen Minderheiten 1993-2004:**



Quelle: GSO.

Wie in Abbildung 10 erkennbar nimmt die absolute Differenz der Armutsrate zwischen den Kinh und Chinesen und jenen der ethnischen Minderheiten stetig zu. Die Differenz betrug 1993 noch 32% und liegt 2004 bereits bei 47,2%. Die Armutsrate der ethnischen Minderheiten betrug 2004 61% und ist damit 4,5-fach höher als jener der Kinh und Chinesen. Im

<sup>13</sup> Kinh: ist die Bezeichnung der Ethnie der Vietnamesen und beträgt derzeit 86% der gesamten Bevölkerung Vietnams.

Vergleich des realen Pro-Kopf-Verbrauches zwischen den Kinh und Chinesen und den ethnischen Minderheiten beträgt das Armutsgefälle hier 51%. Dass heißt der Pro-Kopf-Verbrauch ist doppelt so hoch wie jener der ethnischen Minderheiten. Auch bei den sozialen Indikatoren ist eine Benachteiligung der ethnischen Minderheiten zu erkennen. 2004 hatten 4% der ethnischen Minderheiten Zugang zu Sanitäranlagen und 19% Zugang zu reinem Wasser im Vergleich zu den Kinh und Chinesen mit 36% und 63% (VASS 2006).

Die Minderheiten befürchten eine negative Veränderung ihrer bisherigen Lebensformen. Ihre traditionelle Lebensweise basiert auf Selbstversorgung und Tauschgeschäften das aufgrund der zunehmend ausbreitenden Geldwirtschaft schwierig beizubehalten ist. Die Tauschgeschäfte verlieren an Bedeutung und auch ihre Handelswaren an Tauschwert, sodass sie grundsätzlich kaum über Geld verfügen. Benachteiligungen, wie durch eine ungerechte Bodenpolitik und der staatlichen Kontrolle der Religionsausübung sorgen bis heute für soziale Unruhen. Die vietnamesische Regierung hat bis heute Schwierigkeiten die Rechte indigener Völker und die der Religionsfreiheit zu respektieren.

### ***7.2.3 Korruption***

Die Korruption stellt die größte Herausforderung dar welcher sich die kommunistische Partei, lokale und internationale Unternehmer, die Geberländer und besonders die Bevölkerung stellen müssen. Auf dem zehnten Parteikongress im Jahr 2006 machte erstmals Generalsekretär Le Kha Phieu auf die starke Bürokratie, die mangelhafte Kontrolle der Verwaltung und insbesondere die Korruption, die seiner Meinung nach das Überleben der kommunistischen Herrschaft gefährdet aufmerksam. Aufsteigende soziale Schichten, wie auch wirtschaftliche und politische Eliten nutzen ihre Macht, um ihre Geschäftsabläufe zu erleichtern, die Behördenwege zu verkürzen und sich Geschäftsvorteile zu verschaffen, häufig mit Bestechung (Heberer 2001: 20). Bereits 1998 wurde ein Drittel der öffentlichen Investitionen, etwa 5% vom BIP, ohne Ergebnisse in den Sand gesetzt (Clark 2000: 59).

Nach *Transparency International* befindet sich Vietnam im Corruption Perception Index<sup>14</sup> 2008 auf Rang 121 von 180 Ländern. Die hohe Korruption in Vietnam wird häufig auf die zuvor bestehende Planwirtschaft und dem autoritären Staat zurückgeführt. Im Vergleich mit anderen asiatischen Ländern lässt sich jedoch erkennen, dass der Grad der Korruption nicht mit dem Charakter des politischen Systems zusammenhängt. Die als eher demokratisch geltenden Länder, wie die Philippinen, Thailand und Indien zeigen eine hohe Korruption, während der autoritäre Stadtstaat Singapur die besten Werte im asiatischen Vergleich zeigt. Nach der Bewertung von *Transparency International* zeigt sich das Verhalten asiatischer Länder in Außenhandelsbeziehungen am häufigsten korruptionsfreudig. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Produktionskosten zunehmend ansteigen und damit auch die Wettbewerbsfähigkeit und das Vertrauen ausländischer Investoren gesunken ist.

Nach Heberer bedroht die Korruption wirtschaftliches Wachstum, Entwicklung und die politische Stabilität. Besonders die Elitenkorruption und die Alltagskorruption stellen sich als größte Herausforderung der Reformpolitik heraus. Die Elitenkorruption schadet der Entwicklung am meisten, weil hier Entwicklungshilfe an politische Eliten gelangen, welche diese für private Zwecke nutzen. Die Alltagskorruption trifft besonders den Bürger und führt zu einer wachsenden Verarmung von Bevölkerungsgruppen (Heberer 2001: 3).

Die Ursachen der Korruption in Vietnam sind die niedrigen Gehälter öffentlicher Bediensteter, Gesetzeslücken, Mangel an Fachpersonal und familiäre Netzwerke (Platz 2008: 107). Nach *Transparency International* liegt die Ursache bei den 1986 von der kommunistischen Partei eingeführten politischen Reformen, welche die direkte Kontrolle abschafften und damit den Behörden zunehmende Autonomie gewährte. Die leninistisch-autoritäre Staatsstruktur und eine mangelnde Rechtssicherheit machen den Privatsektor stark vom Verhalten der Bürokratie abhängig. Trotz des Reformprozesses spielt die Bürokratie eine bedeutende Rolle in der vietnamesischen Wirtschaft, da sie die Kontrolle über die Ressourcen hält, wie Energie und Boden und auch weiterhin viele staatliche Unternehmen existieren (Heberer 2001: 20). Aufgrund der Unterbezahlung suchen viele nach einer Nebenbeschäftigung, je nach Qualifikation, wie z.B. als ÜbersetzerIn, als PrivatlehrerIn oder als TaxifahrerIn. Beamte im ländlichen Bereich haben größere Probleme eine Nebenbeschäftigung zu finden

14 Der Corruption Perception Index zeigt den Korruptionsgrad, welcher der Wahrnehmung von Geschäftsleuten und Länderanalysten entspricht und liegt zwischen 10 (korruptionsfrei) und 0 (hohe Korruption).

(Tsuboi 2005: 6). Aufgrund der steigenden Lebenshaltungskosten durch die steigende Inflation werden zusätzlich durch „Spenden“ oder regelmäßige Zahlungen das Einkommen aufgebessert.

Die Bestechung verlangt genaue Kenntnisse und die Einhaltung von bestimmten Regeln. Der Bestechungsversuch alleine wird nicht als Schande gesehen, sondern viel mehr die misslungene Bestechung. In der *Vietnam Economic Times* wird von einem Bestechungsfall berichtet:

*I gave [the official] about \$40 but I realised afterwards it was too little and that I had approached the wrong person ... I tried to contact other, more senior people, but by the time I found the right person it was too late. She told me if I had come before, the problem could have been avoided. If I'd given her between \$1.500 and \$2.000, the matter would have been resolved and we wouldn't have had to pay any of the tax bill that my company had been landed with, which was much higher. It was a lot to give, but she explained the amount was so high because it was not only her the money had to go to. There were others who knew about the situation, including her boss, and they needed their share. (Minh Son zit. nach Heberer 2001: 21).*

Für viele Bürger zieht sich die Korruption durch alle Lebensbereiche. Es ist beinahe unmöglich viele alltägliche Dinge ohne Bestechung zu bekommen, wie einen Job zu finden, die Erlaubnis zu erhalten ein Haus zu bauen, eine ärztliche Behandlung im Krankenhaus durchführen zu lassen, das Kind in einen Kindergarten einzuschreiben oder ein Visum zu beantragen (Heberer 2001: 22). Die offensichtliche Lösung die Gehälter zu erhöhen ist jedoch nicht durchführbar, da der vietnamesische Haushalt sich weiterhin in den roten Zahlen befindet, von ausländischen Hilfgeldern abhängig ist und die Steuereinnahmen weiterhin viel zu niedrig sind (Tsuboi 2005: 7).

Eine weitere Ursache für Korruption sind die familiären Netzwerke, die durch weitreichende Verwandtschaftsbeziehungen und innerfamiliären Gruppendruck gesetzlichen Richtlinien unterlaufen. In einem Fall indem ein Familienmitglied Funktionsträger einer örtlichen Provinzverwaltung ist, können das Gericht und die Staatsanwaltschaft unter Druck gesetzt werden, sodass der Fall schnell intern als ordnungswidrig erklärt werden kann und somit wieder von der Bildfläche verschwindet (Platz 2008: 109).

### ***7.2.3.1 Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung***

Die Bekämpfung der Korruption wurde seit 2006 beim Parteikongress der kommunistischen Partei als das oberste politische Ziel genannt. Lange Zeit konzentrierten sich die Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung mehr auf die Ermittlung und Sanktionen als der Prävention von Korruption. Erst seit dem Anti-Corruption Law 2005 wurden erste Schritte zur Prävention besonders durch die Zivilgesellschaft und das Aufkommen in den Medien gesetzt (Transparency International 2006).

Das hohe Ausmaß der Korruption führte in den 90er Jahren in dörflichen Regionen zu Unruhen und teilweise zu Fällen von Selbstjustiz. 1992 stürmten die Dorfbewohner von Quang Loc die lokalen Parteifunktionäre und weitere Beamte, die jahrelang einen Großteil der Steuern für sich eingenommen haben und zusätzliche Gebühren erhoben haben. Einige wurden monatelang von den Bauern gefangen gehalten. Der bekannteste Fall sind die Unruhen in Thai Binh 1997 dessen Auslöser die Korruption lokaler Beamten war, über Monate anhielt und Todesopfer forderte (Heberer 2001: 22). Diese zunehmenden Unruhen führten 1998 schließlich zur Gründung der „Democracy at the Grassroots Level“, welche die Transparenz der Haushalte in lokalen Behörden, die Haftung lokaler Beamte fördern und verbessern soll und den Bürgern ermöglicht eine Beschwerde einzureichen (Clark 2000: 61). Die „Grassroots Democracy Initiative“ und der zunehmende Vertrauensverlust ausländischer Investoren haben endgültig den Anstoß zur Korruptionsbekämpfung in Vietnam gegeben.

Im Kampf gegen die Korruption herrscht in der Regierung jedoch großer Widerstand, da viele Politiker und Beamte in Korruptionsfällen verwickelt sind und das politische Establishment weiterhin sehr konservativ ist. Weiterhin sträubt sich die kommunistische Partei die Zivilgesellschaft und die Medien in die Bekämpfung der Korruption zu involvieren. Grundsätzlich starteten die ersten Anti-Korruptionsmaßnahmen im Jahr 1998. Zu Beginn wurden Anti-Korruptionsverordnungen erlassen und weitere Gesetze zur Erweiterung von Klagen, dem Einreichen von Beschwerden und die Stärkung der Transparenz. Schließlich wurde 2005 das erste Anti-Korruptionsgesetz verabschiedet. Die Bemühungen die Korruption zu bekämpfen blieben bisher nur interne Diskussionen. Zwar nehmen die Beratungen mit der Zivilgesellschaft und den Geberländern zu, bleiben jedoch weiterhin nur

beschränkt. Schweden, Dänemark, die UN und die Weltbank planen einige Maßnahmen gegen die Korruption in Vietnam, doch ist unklar wie die Zusammenarbeit untereinander funktionieren wird (Transparency International 2006).

#### **7.2.4 Infrastruktur**

Das kontinuierliche Wirtschaftswachstum in den letzten Jahrzehnten führte zu einem explosiven Bevölkerungswachstum. Bei der letzten Volkszählung von 2009 wurde eine Bevölkerungszahl von 85,8 Mio. Einwohner ermittelt und bis 2050 eine Gesamtzahl von 120 Millionen Einwohner erwartet. Das schnell ansteigende Bevölkerungswachstum verschärft zunehmend die Situation in Vietnam, die bereits mit einer wachsenden Arbeitslosigkeit, steigenden Stadt-Land-Disparitäten, Naturkatastrophen und einer wachsenden Einkommensschere kämpft (Platz 2008: 95). Schon seit ihrem Bestehen versprach die kommunistische Partei dem Land gleichen Zugang zu Bildung und zum Gesundheitssystem für alle. Doch leiden beide Bereiche unter der zunehmenden Bevölkerungszahl und durch die Reformpolitik verschlimmerte sich die Lage noch zusätzlich. Seit Ende der 80er Jahre erhielten beide Bereiche Subventionen und führten grundlegende Veränderungen durch, die jedoch keine gewünschten Ergebnisse zeigten.

Der Transformationsprozess und das Haushaltsdefizit brachten die Regierung zusätzlich unter Druck, sodass der Anteil der Kosten zunehmend vom Staat auf die Bevölkerung umgewälzt wurde. Dieser Prozess der Umwälzung der Kosten vom Staat auf die Bevölkerung wird von der kommunistischen Partei „socialisation“ genannt, wobei hier die Bedeutung gegenteilig ist zu jener in westlichen Ländern. „Socialisation“ beinhaltet drei bedeutende Veränderungen: Die Genehmigung privater und halb-staatlicher Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen, Maßnahmen zur Kostenabdeckung in beiden Bereichen, insbesondere durch die Erhebung von verschiedenen Gebühren, und schließlich Maßnahmen zur Kostenreduzierung indem im Schulbereich die Klassen ausgeweitet wurden und das medizinische Personal gekürzt wurde (McCargo 2004: 132). Zwar konnten durch das hohe

Wirtschaftswachstum seit dem Reformprozess grundsätzlich das Gesundheits- und Bildungssystem verbessert werden, doch sind die Verbesserungen bisher enorm ungleich verteilt.

#### **7.2.4.1 Gesundheitssystem**

In Nordvietnam wurde in den 60er Jahren eine kostenlose Gesundheitsfürsorge für die Bevölkerung geschaffen. Nach der Wiedervereinigung wurde versucht dieses System auch in Südvietnam einzuführen, doch scheiterte dieser Versuch. Es wurden Subventionen gekürzt, Behandlungsgebühren eingeführt und seit 1989 private Kliniken zugelassen, sodass das öffentliche Gesundheitssystem sehr schnell zusammenbrach. Die meisten Spitäler konnten durch die Gebühren die Behandlungen nicht abdecken und mussten die Medikamente im Straßenhandel kaufen. Zusätzlich musste die wachsende Anzahl von Ärzten in private Behandlungen am Abend und an Wochenenden investieren. Seit Mitte der 90er Jahre hat die Regierung aufgrund staatlicher Subventionen ihre Gesundheitspolitik geändert. Nun steht die Prävention statt der Therapie im Vordergrund, verschiedene Versicherungsmodelle wurden eingeführt und alternative Gesundheitszentren wurden aufgebaut (Platz 2008: 95). Doch ist der Zugang und die Abhängigkeit von Medikamenten angestiegen. Dadurch hat sich auch das Gefälle zwischen Arm und Reich erhöht, da hier das reichste Viertel der Bevölkerung dreifach mehr an Gesundheitsausgaben ausgibt als das ärmste Viertel. Das größte Problem des vietnamesischen Gesundheitssystems ist die einfache Selbstverschreibung von Arzneien und die Verschreibung zu vieler oder widersprüchlicher Medikamente. Die medizinische Versorgung über der Gesundheitsvorsorge bzw. dem Basislevel des Gesundheitssystems ist weiterhin stark vom Einkommen abhängig. Die vietnamesische Bevölkerung muss beinahe 80% der gesamten Gesundheitsausgaben selbst bezahlen (McCargo 2004: 133).

### **7.2.4.2 Bildungssystem**

In den 80er Jahren führten staatliche Ausgabenkürzungen im Bildungsbereich zu enormen Defiziten. Es kam zu einer ansteigenden Analphabetenrate in ländlichen Gebieten, da viele Kinder die Schule abbrechen mussten um ihren Eltern in ihrer Familienwirtschaft zu helfen. Die Finanzkrise auf den Universitäten führte dazu, dass viele Wissenschaftler und Studenten auf ausländische Hochschulen auswichen. Der Bildungsbereich zeigt zunehmend Mängel auf:

- zu wenige Schulen
- die Schulklassen sind mit durchschnittlich 45 Schülern zu groß
- durch den Schichtbetrieb kommt es vor, dass Schüler bereits um 5 Uhr früh Unterricht haben
- die Lehrer sind unter bezahlt, sodass viele Stellen unbesetzt sind
- Mangel an Privatschulen
- Stadt-Land-Gefälle

Im ganzen Land ist die Analphabetenrate auf 6 Prozent gesunken, während sie in stark benachteiligten Regionen und bei ethnischen Minderheiten weiterhin sehr hoch ist<sup>15</sup>. Durch die Zulassung privater Schulen konnte die Qualität, die Ausstattung und das Angebot verbessert werden, doch können sich weiterhin die meisten in der Bevölkerung nur das Schulgeld für die Pflichtschule leisten. Landbewohner und ethnische Minderheiten werden bei der Vergabe von Studienplätzen weiterhin benachteiligt. Das Ausbildungssystem orientiert sich nicht am Bedarf des Arbeitsmarktes und vielen Absolventen fehlt eine praxisbezogene Berufsvorbereitung (Platz 2008: 96).

Nach dem Bundesinstitut für Berufsbildung sieht die Bildungs- und Beschäftigungssituation in Vietnam folgendermaßen aus (BIBB 2006):

- niedriges Arbeitskostenniveau, aber vergleichsweise geringe Produktivität

---

<sup>15</sup> wie in der Bergprovinz Lai Chau mit 49%

- hoher Anteil von Erwerbspersonen in der Landwirtschaft mit zunehmender Unterbeschäftigung
- stark anwachsendes Arbeitskräfteangebot, aber gleichzeitigem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften in modernen Sektoren
- hohes Bildungsniveau der Gesamtbevölkerung, aber geringe fachliche Qualifizierung
- Qualitätsgefälle der Bildungseinrichtung nach Region und Träger
- kaum betriebliches Engagement in der Berufsbildung
- stark ausweitende Bildungsexpansion mit rascher Akademisierung von Bildungseinrichtung und zunehmender Gefahr einer inflationären Entwicklung von Bildungszertifikaten

Der Wille das Bildungssystem zu reformieren ist vorhanden, doch das Bildungswesen und das Schulpersonal sind weiterhin stark konservativ, weshalb auch die Durchführung von Bildungsreformen problematisch ist. Als Maßnahme zur Kostenabdeckung wurden Schul- und Studiengebühren eingeführt. Seit 1993 werden für die Grundschule, die ersten vier Klassen, keine Schulgebühr mehr erhoben. Jedoch sind die Schulgebühren für die höheren Klassen angestiegen. Seit den 90er Jahren werden die Schulgebühren fortlaufend erhöht und nach Regionen variiert, sodass sich auch zunehmend das regionale Gefälle zwischen den reichsten Regionen und den Ärmsten verstärkt.

Ein weiteres Problem im Bildungssystem ist der zunehmend starke Mangel an qualifizierten Arbeitskräften in vielen Wirtschaftszweigen. Stetig übersteigt die Nachfrage das Angebot an Arbeitskräften in vielen Branchen und Berufen. Viele Unternehmen sind gezwungen ihre Mitarbeiter durch „On-the-job-training“ im Ausland auszubilden. Über 90% der ausländischen Betriebe in Vietnam suchen nach Arbeitskräften und können ihren Bedarf nicht abdecken. Ursache dafür sind Mängel im Ausbildungssystem wie falsche Lehrpläne, die hauptsächlich aus Theorie bestehen und keine praktischen Fähigkeiten lehren. Die Ausgaben für Erziehung und Ausbildung liegen in Vietnam bei 3% und ist damit im internationalen Vergleich im Mittelfeld (GETJOBS 2008).

### 7.3 Politische Reform

Mit der Wiedervereinigung im Jahr 1976 wurde die Sozialistische Republik Vietnam gegründet und das Führungsmonopol der Kommunistischen Partei verfassungsrechtlich festgeschrieben. Die sozialistische Republik mit einem Einparteiensystem unterscheidet sich vom westlichen System in folgenden Punkten (Platz 2008: 55):

- keine parlamentarische Kontrolle, keine Oppositionsgruppen
- Wahlen stehen unter der Aufsicht der KPV und der Vaterländischen Front
- keine echte Gewaltenteilung
- hohe Wahlbeteiligung, aber kein Persönlichkeitswahlkampf
- keine Prüfung von Gesetzen durch einen Verfassungsgerichtshof

Weiterhin gibt es keine freien und demokratischen Wahlen, die mit westlichen Demokratien vergleichbar sind. Jedoch fanden bereits Wahlen zur Nationalversammlung, die im Vergleich zu früheren Abstimmungen, ein heterogeneres Spektrum an Mandatsträgern<sup>16</sup> zeigten. Zweimal im Jahr findet eine Nationalversammlung über das Gesetzgebungs-, Planungs- und Personalernennungsrecht statt und bestätigen weiterhin die von den Organen der Partei festgelegten Fünfjahrespläne und die in den Ausschüssen der Partei getroffenen Entscheidungen bzw. Vorlagen (Frehner 2006: 8).

Die zentralen Punkte der novellierten Verfassung von 2002 sind zwar unter anderem weiterhin das politische Monopol der Kommunistischen Partei, die Entwicklung eines Rechtsstaates und die Entstehung von demokratischen Strukturen. Durch die Verabschiedung verschiedener Gesetze, wie die Grassroots Democracy, dem Aufbau eines Rechtsstaates und der Dezentralisierung des Staatsaufbaues zur Stärkung demokratischer Entscheidungsstrukturen, lassen sich erste Ansätze einer politischen Transformation zur Demokratie zeigen (Frehner 2006: 7). Die geplante Verwaltungsreform sieht mehr Transparenz, den Rückzug des Staates aus Makroentscheidungen, die Privatisierung möglichst vieler Dienstleistungen, Dezentralisierung von Befugnissen, Verbesserung des Besoldungssystem zur Bekämpfung der Korruption, Optimierung des behördlichen Umgangs mit

<sup>16</sup> z.B. unabhängige Kandidaten, Vertreter ethnischer Minderheiten und religiöser Gruppen und Unternehmer

Finanzmitteln und eine grundlegende Modernisierung des Verwaltungssystems vor. Doch nach Platz sind die rechtsstaatlichen und demokratischen Strukturen weiterhin noch rudimentär ausgebildet und trotz der Reformpolitik ist die KPV weiterhin gegen einen Meinungspluralismus, ein Mehrparteiensystem und der Zulassung von Oppositionsparteien (Platz 2008: 55).

Seit 1996 hat sich in den Nationalversammlungen eine eigene Meinungsbildung herausgebildet, die sich zu einem Ort relativ kritischer Debatten entwickelte. Trotzdem sind weiterhin Oppositionsparteien, unabhängige Gewerkschaften und politisch agierende Verbände verboten und zivil-gesellschaftliche Gruppen können nur agieren, wenn sie nicht das Führungsmonopol der KPV in Frage stellen (Frehner 2006: 8). Die Sitzungen der Nationalversammlung werden seit 1999 live im Fernsehen und im Radio übertragen und durch politische Presseartikeln kritisch kommentiert. Diese Entwicklung zeigt eine zunehmende öffentliche Kontrolle durch die Medien, die von der KPV auch initiiert wurde, sodass den zahlreichen Änderungs- und Ergänzungsentwürfen nicht wie bisher widerstandslos zugestimmt wird sondern ständig diskutiert werden müssen (Schönherr 2003: 10).

Es lässt sich beobachten, dass kommunistische Organisationen, wie die Einheitsgewerkschaften, die Bauernverbände und die vaterländische Front, zunehmend an Bedeutung verlieren (Frehner 2008: 8). In Vietnam werden weiterhin keine politisch orientierten Vereinigungen zugelassen. Jedoch kommt eine Lockerung der hierarchischen Machtstrukturen von Partei, Armee, Regierung und Verwaltung zunehmend dem Entstehen von Vereinigungen zugute. Auch nationale NGOs, Selbsthilfeorganisationen und Genossenschaften westlicher Prägung werden verstärkt aktiv, speziell im ländlichen Bereich zur Förderung demokratischer Strukturen und Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation (Schönherr 2003: 10).

In Vietnam existiert weiterhin keine Gewaltenteilung und die Justiz ist weiterhin der KPV nachgeordnet, sodass viele Mandatsträger und Parteikader, begünstigt durch bestehende politische und rechtliche Schlupflöcher, weiterhin ihr Amt und Mandat „privat nutzen“ (Frehner 2008: 9). Die verbreitete Korruption bedroht besonders den Machtanspruch der KPV, da hier die Glaubwürdigkeit der Partei und des politischen Systems gefährdet sind.

Obwohl Vietnam die Menschenrechtskonventionen der UN unterzeichnete werden nicht alle Menschenrechte allen Menschen gewährt. Zwar hat sich in den letzten Jahren die Gewährleistung der bürgerlichen Freiheitsrechte grundsätzlich verbessert, sind jedoch nur partiell gegeben. Die Toleranz der Regierung nimmt gegenüber religiösen Vereinigungen zu, jedoch nur selektiv. Das verfassungsmäßige Recht auf freie Religionsausübung ist weiterhin eingeschränkt. Auch die Meinungs- und Pressefreiheit konnte nur in Ansätzen verwirklicht werden - Veröffentlichungen unterliegen bis heute noch staatlicher Zensur. Politische Meinungsäußerungen außerhalb des Parteikonsens können mit Berufsverbot und Gefängnisstrafen verfolgt werden. Grundrechtsverletzungen durch staatliche Akteure gerichtlich einzuklagen ist nur dann möglich, wenn ein politisch-erzieherisches Interesse der KPV an der Aufklärung besteht (Frehner 2006: 9).

## **7.4 Position in Asien**

Vietnam gewinnt seit Jahren zunehmend als Investitionsland in Asien an Bedeutung. Viele sehen Vietnam als starken Konkurrenten zu weiteren asiatischen Ländern, insbesondere China. Die vietnamesische Wirtschaft wächst im asiatischem Vergleich überdurchschnittlich schnell und das niedrige Einkommen lockt viele ausländische Investoren. Bereits zu Beginn im Jahr 2006 betonte die vietnamesische Regierung die Bedeutung ausländischer Investoren für Vietnam. Die erwirtschafteten mindestens 15% des vietnamesischen BIP, trugen zwischen 5-7% zum Staatshaushalt bei, neue und moderne Arbeitsplätze wurden geschaffen, unterstützten beim Technologietransfer und förderten die Schulung des vietnamesischen Managements (VNA 2005 In: Weggel 2006: 147). Vietnam ist somit stark von ausländischen Direktinvestition abhängig und hat in den letzten zehn Jahren eine Reihe von Gesetzen erlassen, die ausländische Investoren ins Land lockten und ihnen die Unternehmensgründung in vielerlei Hinsicht erleichtern soll.

China ist im Vergleich zu Vietnam vielen Investoren zu teuer. Viele Faktoren in China wirken auf ausländische Investoren abschreckend, wie die zunehmende Verteuerung chinesischer Waren aufgrund des schwachen Dollars und dem stärker werdenden Yuan. Gleichzeitig wächst in China der Wohlstand und damit auch die Löhne, sodass viele ausländische Unternehmer in China sich nach neuen Standorten in Vietnam umsehen (Roth 2010).

### **7.4.1 Reisproduzent**

Vietnam hatte in den 90er Jahren im asiatischen Vergleich den stärksten Zuwachs an Reisernten, bei der Produktivität und am Pro-Kopf-Ertrag. Die Gründe für diesen Erfolg sind die Förderung der bäuerlichen Haushalte, die Verbesserung der Infrastruktur auf dem flachen Land, die erfolgreiche Übernahme neuer Anbaupraktiken, die Erweiterung künstlich bewässerter Anbauflächen und die Einführung von rund 50 neuen Reissorten. Das Land entwickelte sich in den letzten Jahrzehnten zu einem der weltweit größten Reisexporteure und liegt derzeit gleich nach Thailand auf Platz zwei und in der Produktivität (Tonnen pro Hektar) auf Platz drei nach China und Indonesien (Weggel 2004: 145). Obwohl Thailand momentan der größte Reisexporteur der Welt ist, ist im Vergleich zu Vietnam sein Binnenmarkt-Potenzial schwächer und das BIP pro Kopf um ein fünffaches höher. Nach Wilhelmini ist das niedrige BIP pro Kopf für Vietnam langfristig besser und hat damit auch im Vergleich zu Thailand mehr Potential. Jedoch ist das hohe BIP pro Kopf für Thailand kurzfristig besser, da die Bevölkerung mit einem höherem Einkommen besser Preiserhöhungen von Lebensmitteln verarbeiten können (Wilhelmi 2008). Bei der Reisgesamtproduktion lag Vietnam 2002 im asiatischen Vergleich auf Platz vier mit 33 Mio. Tonnen hinter China, Indien und Indonesien (Weggel 2004: 145).

### **7.4.2 IT-Branche**

In den letzten Jahren verbreitete sich in Vietnam die Computernutzung bis in die ländlichen Regionen und es boomen zunehmend Internetcafés. Auch der Hardware- und Software-Markt ist stark angestiegen, allein im Jahr 2005 ist der Elektronikexport um 34% auf 1,44 Mrd. US-Dollar angestiegen. In Hanoi wurde der Hoa-Lac-Hightechpark gegründet, der bereits auf ausländische Investoren wartet. Vietnam konnte bereits viele ausländische Produzenten wie Sony Corporation, Fujitsu Ltd., Samsung Electronics Co, Alcatel und LG ins Land holen (Weggel 2006: 162). Durch niedrige Arbeitslöhne konnte Vietnam inzwischen auch transnationale Unternehmen locken, wie Intel, der größte Chipproduzent der Welt der bereits das siebte Werk in der weltweiten Intel-Kette in Vietnam aufbauten ließ und damit Konkurrenten wie Thailand, Malaysia und Philippinen aus dem Wettbewerb

drängte. Das Intel sich für Vietnam entschied ist von großer Bedeutung, da grundsätzlich die Lieferunternehmen Intel folgen. „*Where Intel goes, the IT industry often tends to follow.*“ (Fullbrook 2006). Doch den Vorteilen der Kooperation mit Intel stehen auch Probleme gegenüber, nämlich dem Diebstahl geistigen Eigentums. Vietnam gilt bei Software-Produzenten als schlimmster Raubkopierer im gesamten asiatischen Raum. Der Anteil der Raubkopien an dem in Vietnam verwendeten Software-Volumen liegt bei 92%. Die Regierung verstärkt in diesem Bereich zunehmend die Strafen: Verletzungen geistigen Eigentums werden mit bis zu 31.400 US-Dollar bestraft. Damit möchte Vietnam das Vertrauen in ausländische Investoren und auch in vietnamesische IT-Arbeitsplätze steigern (Weggel 2006: 162).

Vietnam konnte schnell seine IT-relevante Infrastruktur und die Fachausbildung im Land steigern und ist ein starker Konkurrent in Südostasien geworden. Doch ist China weiterhin Vietnam besonders in der IT-Branche weit voraus. China bietet im Vergleich einen großen Markt an Lieferanten und eine starke Forschungsplattform. Doch für große asiatische Investoren, wie Japan und Taiwan steigt die Attraktivität Vietnams zunehmend, da die Bürokratie weniger kompliziert ist und die vietnamesische Bevölkerung jünger und lernwilliger sind als jene in China (Fullbrook 2006).

*Something seems to work better in Vietnam. Compaq Managers tell me they have good experiences – people are trainable, motivated, they can easily move beyond routine tasks and come up with solutions. I hear that more in Vietnam than a number of other countries.* (Ernst 2006 In: Fullbrook 2006).

Doch trotz der zunehmenden Attraktivität des Landes steht Vietnam vor einem großen Problem, nämlich dem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften (vgl. Kapitel 7.2.4.2). Vietnamesischen Absolventen fehlt die Berufserfahrung, da viele die heimischen Angebote nicht wahrnehmen, aufgrund der schlechten Bezahlung. Ein IT-Angestellter verdient 300 US-Dollar in Vietnam, während er im Ausland bis zu 1.500 US-Dollar verdienen kann (Weggel 2006: 161). Auch Intel Vietnam fehlt es an qualifizierten Ingenieuren, technischen Leitern und Technikern. Vielen Absolventen von vietnamesischen technischen Universitäten fehlt die praktische Erfahrung und die Beherrschung der englischen Sprache als Arbeitssprache (GETJOBS 2008).

## 8. CONCLUSIO

Das Ziel der Arbeit war es die Reformpolitik von verschiedenen Blickwinkeln zu beleuchten und die Entwicklung seit der Einführung von „Doi Moi“ zu analysieren und herauszufiltern in welchen Bereichen die Reform Erfolg hatte und in welchen nicht. Bei meiner Literaturrecherche zeigte sich grundsätzlich eine euphorische Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung Vietnams. Hauptsächlich wurden die Zahlen des zunehmenden Außenhandels in Vietnam gelobt und die rasante Entwicklung des Landes beschrieben. Die negativen Auswirkungen der Reformpolitik auf die Wirtschaft wurden meist nicht erwähnt. Beim Vergleich der unterschiedlichen Quellen zeigten sich auch oft Widersprüche und enorme Extreme.

Durch die aussenwirtschaftliche Öffnung und dem starken Zustrom von ausländischen Direktinvestitionen erlebte das Wirtschaftswachstum einen starken Aufschwung und verzeichnet bis heute ein kontinuierlich hohes BIP-Wachstum. Doch neben dem positiven Wirtschaftswachstum verzeichnet Vietnam auch negative Zahlen. Da die Importe die Exporte überholten nahm auch das Handelsbilanzdefizit stetig zu. Die Staatsverschuldung liegt momentan bei einem Drittel des BIP und der Dong verliert zunehmend an Wert. Die Ausrichtung zu einer exportorientierten Industrialisierung führte auch zu vielen sozialen Nebeneffekten, wie das ansteigende Armutsgefälle und die mangelnde Infrastruktur, insbesondere im Bereich der Gesundheit und Bildung.

Zwar wird Vietnam im Bereich der Armutsreduzierung oft als Vorbild für andere Entwicklungsländer genannt, da Vietnam in nur elf Jahren die Armutsrate auf nur ein Drittel reduzieren konnte. Trotzdem muss erwähnt werden, dass die Reformpolitik nur einer bestimmten Gruppe der Gesellschaft zugute kam und weiterhin ein Großteil der Bevölkerung weiterhin in Armut lebt. Aufgrund der hohen Inflationsrate und der damit ansteigenden Nahrungsmittelpreise können die Lebenserhaltungskosten von der Bevölkerung kaum getragen werden. Die Regierung hat Schwierigkeiten die Mindestlohngrenze anzuheben, da Vietnam zunehmend als Niedriglohnland am internationalen Markt an Attraktivität gewinnt. Würden die Löhne angehoben werden, würde Vietnam bedeutende ausländi-

sche Direktinvestitionen verlieren, da sie auf Länder mit niedrigeren Löhnen überspringen würde. Vietnam ist weiterhin stark von ausländischen Direktinvestitionen abhängig, da ihre Entwicklungsstrategien auf diese Hilfe ausgerichtet und angewiesen ist.

Die Finanzmarktreform zeigte ebenfalls bisher nicht die erwünschten Ergebnisse. Das vietnamesische Bankensystem ist bis heute noch rückständig und noch weit von einem modernen Geschäftsbankensystem entfernt. Jedoch hat sich Vietnam auf internationaler Ebene seit der Reformpolitik bis heute aus seiner Isolation nach Kriegsende vollständig gelöst und sich außenpolitisch deutlich profiliert. Das Aufheben des US-Embargos in den 90ern, der Beitritt zur ASEAN, APEC und WTO zeigen eine Verstärkung seiner internationalen Beziehungen.

Der Transformationsprozess von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft verläuft langsamer als geplant und zeigt sich als Hindernis in der wirtschaftlichen Entwicklung. Weiterhin werden die schwerfälligen Staatsbetriebe erhalten und private Unternehmer benachteiligt, da die kommunistische Partei bis heute gegen diese Reformmaßnahme Widerstand leistet und damit die Entwicklung bremst. Die enormen wirtschaftlichen Neuorientierungen führten auch zu Veränderungen im politischen System und der politischen Machtverteilung, sodass in diesem Transformationsprozess der Umstrukturierung und Modernisierung permanent Fragen des Verhältnisses und der Zuordnung von Regierung, Partei, Wirtschaft und Gesellschaft aufkommen. Vietnam wird bis heute noch von einem Einparteiensystem unter der kommunistischen Partei regiert, die keinen Meinungspluralismus oder ein Mehrparteiensystem zulässt. Es gibt weiterhin keine freien und demokratischen Wahlen. Doch zeigen die letzten Jahre zunehmend Ansätze einer politischen Reform, die sich für eine Demokratie ausspricht. Die vietnamesische Justiz unter der Hand der KPV und eine fehlende Gewaltenteilung begünstigen die Korruption, sodass der Machtanspruch der KPV zunehmend gefährdet ist. Die abnehmende Glaubwürdigkeit der KPV stärkt ihren politischen Willen die Reformpolitik schnell umzusetzen. Jedoch scheitert die KPV an der adäquaten Umsetzung der einzelnen Reformmaßnahmen und einer unabhängigen Kontrolle dieser Implementierung.

Die Prognosen für die weitere Entwicklung Vietnams sehen positiv aus - das BIP-Wachstum steigt konstant und die Exportzahlen boomen. Vietnam hat in kurzer Zeit enorme wirtschaftliche Erfolge erbracht. Ohne die Reformpolitik wäre Vietnam heute nicht da wo es jetzt steht. Doch hat der rasante Transformationsprozess wie üblich auch seine Schattenseiten gezeigt, die insbesondere die sozialen Verhältnisse belasten, wie die mangelnde Demokratisierung, die mangelnde soziale Infrastruktur in Bildung und Gesundheit, die steigende Arbeitslosigkeit, das weiterhin aufklaffende Armutsgefälle und die daraus resultierenden sozialen Unruhen. Zwar verläuft die wirtschaftliche Entwicklung langsamer als geplant, jedoch hat der Transformationsprozess schon viele Ziele der Reformpolitik erfüllt. Es wird sich zeigen ob die zunehmenden sozialen Unruhen nicht auch den Machtanspruch der KPV stärker belasten wird. Um den Machtanspruch weiter zu sichern, muss die KPV parallel die wirtschaftlichen Reformen erfolgreich implementieren und für eine nachhaltige Verbesserung der sozialen Verhältnisse sorgen.



## 9. BIBLIOGRAPHIE

ANU E Press (2003): Abstract for chapter 6: Viet Nam: a transition tiger? The introduction of Doi Moi. <http://www.epress.anu.edu.au/vietnam/ch06.pdf> [Zugriff: 24.05.2010].

Auffret, Philippe: Trade Reform in Vietnam. Opportunities with Emerging Challenges. World Bank. Policy Research Working Paper No. 3076: 06/2003.

Australian Agency for International Development: Vietnam poverty analysis. Canberra/Sidney. 09.05.2002.  
[http://www.aisaid.gov.au/publications/pdf/vietnam\\_poverty\\_analysis.pdf](http://www.aisaid.gov.au/publications/pdf/vietnam_poverty_analysis.pdf)  
[Zugriff: 11.06.2010].

Balisacan, M. Arsenio/Pernia, M. Ernesto/Estrada, Gemma Esther B.: Economic Growth and Poverty Reduction in Viet Nam. Asian Development Bank. Working Paper No. 42: 06/2003.

BEIGEWUM (2007): "Der beste Weg zu Entwicklung ist Freihandel" In: BEIGEWUM: Mythen der Ökonomie. Anleitung zur geistigen Selbstverteidigung in Wirtschaftsfragen. Hamburg: VSA, 41-44.

Beresford, Melanie (2008): Doi Moi in Review. The challenges of Building Market socialism in Vietnam. In: Journal of Contemporary Asia Vol. 38, No.2, 221-243.

Bergstermann, Jörg/Neubert, Axel: Vietnam- die "Erneuerungspolitik" in ihrer bisher größten Belastungsprobe. FES Hanoi. Juli 2008.  
<http://www.library.fes.de/pdf-files/iez/05476.pdf> [Zugriff: 13.05.2010].

Boos, Adrian (2006): Vietnam und die WTO. [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_9472-544-1-30.pdf](http://www.kas.de/wf/doc/kas_9472-544-1-30.pdf) [Zugriff: 15.05.2010].

Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB). <http://www.bibb.de> [Zugriff: 26.07.2010].

Buro, Andreas/ Grobe, Karl (1984): Vietnam! Vietnam? Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Clark, John D. (2000): Vietnam. Combating Corruption.

<http://www.unpan1.un.org/intradoc/groups/public/documents/.../unpan005937.pdf>

[Zugriff: 11.07.2010].

Diehl, Markus (1993): Systemtransformation in Vietnam. Liberalisierungserfolge – Stabilisierungsproblem. Kieler Arbeitspapiere No. 557.

Dinh, Toan Trung (1997): Direktinvestition als Markteintrittsstrategie in Vietnam. Dissertation, Universität St. Gallen.

Dodsworth, John R. (u. a.) (1996): Vietnam. Transition to a Market Economy. Washington DC: IMF.

EU (2007): Vietnam. Strategiepapier für den Zeitraum 2007-2013.

[http://www.eeas.europa.eu/vietnam/csp/07\\_13\\_de.pdf](http://www.eeas.europa.eu/vietnam/csp/07_13_de.pdf) [Zugriff: 04.03.2010].

Fischer, Karin/Hödl, Gerlad/Parnreiter, Christof (2004): Entwicklung- eine Karotte, viele Esel? In: Fischer, Karin (u. a.) (Hg.): Entwicklung und Unterentwicklung. Eine Einführung in Probleme, Theorien und Strategien. Wien: Mandelbaum, 13-55.

Frehner, Willibold (2006): Vietnam. Politische Rahmenbedingungen 2006. Konrad Adenauer Stiftung. <http://www.kas.de> [Zugriff: 14.03.2010].

Fullbrook, David (2006): Vietnam's high-speed IT rise. Online Asia Times: 29.11.2006. <http://www.atimes.com> [Zugriff: 11.07.2010].

Garnreiter, Franz (2004): Die Entwicklungsländer im System von WTO und IWF. Konzerngetriebene Regulierung der Weltwirtschaft. ISW-Spezial Nr. 20. Institut für sozial-

ökologische Wirtschaftsforschung München e.V. München: ISW-Spezial.

GETJOBS (2006): Intel Vietnam steht kritische Mangel an Arbeitskräften gegenüber.  
10.06.2008. <http://www.getjobs.net> [Zugriff: 15.05.2010].

GSO (General Statistics Office of Vietnam) <http://www.gso.gov.vn> [Zugriff: 14.02.2010].

Ha, Kien Nghi (2005): Vietnam Revisited. Demokratisierung, nationale Identität und  
adoleszente Arbeitsmigration. Berlin: Wissenschaftlicher Verlag.

Hadnes, Myriam/Klump, Rainer (2008): Wohlstand für alle in Vietnam. Ergebnis  
erfolgreicher Wirtschaftspolitik. In: Orientierungen zur Wirtschafts- und  
Gesellschaftspolitik 117. [http://www.wiwi.uni-  
frankfurt.de/.../Orientierungen\\_Hadnes\\_Klump.pdf](http://www.wiwi.uni-frankfurt.de/.../Orientierungen_Hadnes_Klump.pdf)  
[Zugriff: 13.04.2010].

Hoang, Giang Dang (1999): Armut und Regionalentwicklung in Vietnam- ausgewogenes  
Wachstum, oder dürfen einige schneller reich werden? In: Opletal, Helmut (Hg.): Doi Moi-  
Aufbruch in Vietnam. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel; Südwind, 55-84.

Issing, Otmar (2002): Wirtschaftsordnung. Universität Wien  
[http://homepage.univie.ac.at/christian.sitte/PAkrems/zerbs/volkswirtschaft\\_I/haupttexte/wi  
o.html](http://homepage.univie.ac.at/christian.sitte/PAkrems/zerbs/volkswirtschaft_I/haupttexte/wi) [Zugriff: 11.07.2010].

Jacobi, Eleonore (1996): Planung in Vietnam: Woher-Wohin. Dissertation, Universität St.  
Gallen, Bamberg: Difo-Druck GmbH.

Langhammer, Annette (2003): Systemtransformation in Vietnam. Bern: Haupt.

Le, Dang Doanh (1999): Zehn Jahre Doi Moi. Erfolge und Herausforderungen. In: Opletal,  
Helmut (Hg.): Doi Moi- Aufbruch in Vietnam. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel;  
Südwind, 29-48.

Le, Dang Doanh (2002): Foreign Direct Investment in Viet Nam. Results, Achievements, Challenges and Prospect. 16.08.2002. Hanoi: Conference on Foreign Direct Investment. IMF. <http://www.imf.org/external/pubs/ft/seminar/2002/fdi/eng/pdf/doanh.pdf> [Zugriff 19.07.2010].

Loose, Stefan (2009): Vietnam. Travel Handbücher. Ostfildern: DuMont Reiseverlag.

Marr, David G. (1995): Zwischen Marx und Markt. Eine kritische Bilanz der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Entwicklung Vietnams seit 1975. Berlin: Deutsch-Vietnamesische Gesellschaft.

McCargo, Duncan (2004): Rethinking Vietnam. London: Routledge Curzon.

Menzel, Ulrich (1992): 40 Jahre Entwicklungsstrategie = 40 Jahre Wachstumsstrategie. In: Nohlen, Dieter/Nuscheler, Franz (Hg.): Handbuch der Dritten Welt. Bd. 1: Grundprobleme, Theorien, Strategien. 3. Auflage. Bonn: Hoffmann und Campe, 131-155.

Nguyen, Ngoc Anh/Nguyen, Thang (2007): Foreign Direct Investment in Vietnam. An Overview and Analysis the determinants of spatial distribution across provinces. Development and Policies Research Center. MPRA Paper No.1921: 10.06.2007. <http://mpra.ub.uni-muenchen.de/1921/> [Zugriff:14.03.2010].

Peters, Enrique Dussel (2004): Neoliberalismus und exportorientierte Industrialisierung. In: Fischer, Karin (u. a.) (Hg.): Entwicklung und Unterentwicklung- Eine Einführung in Probleme, Theorien und Strategien. Wien: Mandelbaum, 127-144.

Pham, Trung-Dung (2009): Der Transformationsprozess in Vietnam und dessen Einfluss auf Wirtschaftswachstum, Armut und soziale Ungleichheit. Diplomarbeit, Wirtschaftsuniversität Wien.

Platz, Michael (2008): Vietnam zwischen Konfuzianismus und Kommunismus. Soziale, wirtschaftliche und politische Reformbestrebungen in Vietnam. Diplomarbeit, Universität Wien.

Raffer, Kunibert (2004): Handel und Unterentwicklung. Kritische Anmerkungen zur Freihandelsideologie. In: Fischer, Karin (u. a.) (Hg.): Entwicklung und Unterentwicklung. Eine Einführung in Probleme, Theorien und Strategien. Wien: Mandelbaum, 107-126.

Reisinger, Karin (1996): Der ökonomische Transformationsprozess in Vietnam. Stand und Aussichten. Diplomarbeit, Wirtschaftsuniversität Wien.

Revilla Diez, Javier (1995): Systemtransformation in Vietnam. Industrieller Strukturwandel und regionalwirtschaftliche Auswirkungen. Münster/Hamburg: Geographische Gesellschaft zu Hannover e.V.

Rostow, Walt W. (1960): Die fünf Wachstumsstadien – eine Zusammenfassung. In: Fischer, Karin/Hödl, Gerald/Sievers, Wiebke (2008): Klassiker der Entwicklungstheorie. Von Modernisierung bis Post-Development. Wien: Mandelbaum, 39-52.

Roth, Jenni (2010): Wirtschaftsboom in Vietnam. Produzieren, wo der Pfeffer wächst. Spiegel Online: 15.08.2010.  
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/0,1518,711030,00.html> [Zugriff: 10.07.2010].

Schaaf, Bernd (2008): Vietnam. Dynamischer Aussenhandel. In: Asien Kurier Vietnam Fokus 1/2008: 15.03.2008.

Schmidt, Uwe (1999): Wirtschaftstransformation und Außenhandel in Vietnam. Erschließung von Exportmärkten für Primärenergieträger. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

Schmitt, Stefanie [2009]: Vietnam reformiert sein Bankensystem. German Trade and Invest. <http://www.gtai.de>. [Zugriff: 11.07.2010].

Schönherr, Til (2003): Vietnam. Politische und wirtschaftliche Perspektiven. Friedrich-Ebert-Stiftung-Analyse: Juni 2003. <http://www.fes.de> [Zugriff: 18.08.2010].

Schwank, Oliver (2007): Handel und Entwicklung. Entwicklungsprozesse in historischer Perspektive in Abhängigkeit von der Eingliederung in das internationale Handelsregime. In: Becker, Joachim (u. a.) (Hg.): Kapitalistische Entwicklung in Nord und Süd. Handel, Geld, Arbeit, Staat. Wien: Mandelbaum, 91-105.

Schwank, Oliver (2005): Vorlesung: Einführung in die Grundlagen der Entwicklungsökonomie. Internationale Entwicklung- Wintersemester 2005/06.

Shenggen, Fan/Pham, Lan Huong/Trinh, Quang Long (2004): Government spending and poverty reduction in Vietnam. Washington DC/Hanoi: April 2004. [http://siteresources.worldbank.org/.../gov\\_spending\\_vietnam.pdf](http://siteresources.worldbank.org/.../gov_spending_vietnam.pdf) [Zugriff: 06.05.2010].

Tamara, Trinh (2007): Vietnam verstehen. Ein Blick hinter die Zahlen und Fakten. Deutsche Bank Research: 21.08.2007. <http://www.deutsche-bank.de/mittelstand/downloads/Vietnam.pdf> [Zugriff 11.06.2010].

Tsuboi, Yoshiharu (2005): Corruption in Vietnam. Waseda University. [http://dspace.wul.waseda.ac.jp/dspace/.../1/20050406\\_tsuboi\\_eng.pdf](http://dspace.wul.waseda.ac.jp/dspace/.../1/20050406_tsuboi_eng.pdf) [Zugriff: 14.02.2010].

Tsuboi, Yoshiharu (2007): Twenty Years After the Adoption of the Doi Moi Policy. Waseda University. 02/2007. [http://dspace.wul.waseda.ac.jp/dspace/.../1/43\\_070321-Tsuboi-e.pdf](http://dspace.wul.waseda.ac.jp/dspace/.../1/43_070321-Tsuboi-e.pdf) [Zugriff: 16.05.2010].

Vietnamese Academy of Social Sciences: Vietnam Poverty Update Report 2006: Poverty and Poverty Reduction in Vietnam 1993-2004.

[http://siteresources.worldbank.org/INTVIETNAM/.../vietnam\\_poverty\\_update\\_report\\_2006\\_final.pdf](http://siteresources.worldbank.org/INTVIETNAM/.../vietnam_poverty_update_report_2006_final.pdf) [Zugriff 23.06.2010].

Vu, Duy Tu/Will, Gerhard (1999): Vietnams neue Position in Südostasien. Hamburg: Institut für Asienkunde.

Waibel, Michael (2001): Vietnam: Land-Stadt-Migration als Folge von Doi Moi- Das Beispiel Hanoi. Pacific News Nr.16/S.12. Juli/August 2001.

Weggel, Oskar (1999): Reformistische Modernisierungspolitik in Vietnam. In: Opletal, Helmut: Doi Moi- Aufbruch in Vietnam. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel; Südwind, 15-28.

Weggel, Oskar (2004): Gesamtbericht: Vietnam, Kambodscha, Laos. In: Südostasien aktuell 03/2004, 129-159.

Weggel, Oskar (2006): Vietnam. In: Südostasien aktuell 02/2006, 132-150.

Weggel, Oskar (2006): Vietnam. Das vietnamesische Bankensystem: Nach wie vor eine Schwachstelle im Turbobetrieb. In: Südostasien aktuell 03/2006, 106-109.

Wilhelmi, Daniel (2008): Thailand ist der größte Reis-Exporteur der Welt. Investor Verlag: 07.05.2008. <http://www.investor-verlag.de/thailand-ist-der-groesste-reis-exporteur-der-welt/110963722> [Zugriff: 17.04.2010].



## ***10. APPENDIX***

### ***10.1 Zusammenfassung***

Nachdem im amerikanischen Krieg Nordvietnam über Südvietnam siegte folgte eine verfehlte Wirtschaft unter der kommunistischen Partei, die zu einem wirtschaftlichen Zusammenbruch und einer zunehmenden Armut führte. Aufgrund der desolaten Situation entschied sich die Regierung 1986 für eine Erneuerung der vietnamesischen Wirtschaft unter dem Namen „Doi Moi“, die einen Übergang von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft bewerkstelligen soll.

Die Reformpolitik erzielte in Vietnam innerhalb kurzer Zeit beachtliche Erfolge. Durch verschiedene Etappen der Wirtschaftsentwicklung erzielten die Wachstumsraten enorme Steigerungen. Auch in der Landwirtschaft kann die Reformpolitik große Erfolge verzeichnen. Vietnam ist mittlerweile zweitgrößter Reisexporteur weltweit und Kaffee, Pfeffer, Zucker und Kautschuk gewinnen zunehmend an Bedeutung. Durch ausländische Direktinvestitionen erlebte auch die Industrie, insbesondere die Leichtindustrie einen enormen Aufschwung. Die ausländischen Direktinvestitionen finanzierten die exportorientierte Industrieproduktion, die den Aussenhandel stark ankurbelte und damit das Wirtschaftswachstum stärkte.

Das rasante Wirtschaftswachstum zeigte in den Jahren seit Einführung der Reformpolitik auch seine Schattenseiten. Vietnam kämpft mit einer zunehmenden Verschlechterung der Zahlungsbilanz, einem hohen Handelsbilanzdefizit und einer steigenden Arbeitslosigkeit. Die Armut konnte zwar auf weniger als die Hälfte reduziert werden, doch profitieren nicht alle gleich vom Wirtschaftswachstum. Das Armutsgefälle nimmt stetig zu und weiterhin zeigen die sozialen Bereiche wie Gesundheit und Bildung enorme Defizite. Zusätzlich kämpft die KPV mit einer hohen Korruption, die zu sozialen Unruhen führen und den Machtanspruch der KPV gefährden. Trotz des steigenden Wirtschaftswachstum dürfen die sozialen Verhältnisse nicht vernachlässigt werden, sodass die KPV hier für die vietnamesische Wirtschaft und Bevölkerung eine nachhaltige Entwicklung sorgen muss.

## ***10.2 Abstract***

After the American war the North Vietnam conquered South Vietnam and a failed economy under the Communist Party followed, which led to an economic collapse and increasing poverty. Due to this desolate situation the government decided for a renewal of the vietnamese economy under the name of “Doi Moi” in 1986 that should accomplish a transition from planned economy to market economy.

The reform policy in Vietnam achieved remarkable successes within a short time. Through different stages of economic development the growth rates achieved enormous increases. Even in agriculture, the reform policy has achieved important successes. Vietnam is now the world's second largest rice exporter and coffee, pepper, sugar and rubber are gaining in importance. Through foreign direct investment the industry, especially the light industry is booming. Foreign direct investment financed the export-oriented industrial production, which stimulated foreign trade and boosted economic growth.

Since the introduction of “Doi Moi” the the disadvantages of rapid economic growth appeared. Vietnam is struggling with a progressive deterioration of the balance of payments, a high trade deficit and rising unemployment. The poverty was indeed reduced to less than half, but not all benefit equally from economic growth. The poverty gap is increasing steadily and the social sectors like health and education still have enormous deficits. In addition, the CPV is struggling with a high level of corruption that lead to roits and jeopardize the power of the CPV. Despite increasing economic growth the social conditions must not be disregarded. The CPV has to provide for a sustainable development of the vietnamese economy and population.

## 10.3 Curriculum Vitae

Hoai Huong Le – geboren am 11. Juli 1983 in Wien.

### Ausbildung

09/1989 – 07/1993:	Volksschule, 1120 Wien
09/1993 – 07/1998:	Haydn Realgymnasium, 1050 Wien
09/1998 – 06/2003:	Handelsakademie, 1120 Wien
10/2003 – 02/2005:	Studium der Architektur, Technische Universität Wien
03/2005 – heute:	Internationale Entwicklung, Universität Wien
02/2009 - 06/2009:	Studium Vietnamesisch, Vietnam: Auslandssemester

### Berufserfahrung

07/2001:	Bank Gutmann: Buchhaltung
08/2002:	Ulrich Etiketten: Buchhaltung, Personaladministration
03/2004 – 03/2006:	Fürnis Spielwelt: Einzelhandel, Sachbearbeitung
03/2006 – 06/2006:	Demner, Merliceck und Bergmann: Empfang
09/2006 – 08/2008:	DIS AG – Personalvermittlungsagentur: Empfang, Sachbearbeitung
06/2010 – laufend:	Mitarbeit im Projekt: „Asiatische Frauen und Gesundheitsversorgung in Wien“, Medizinische Universität Wien: Interviewerin, Recherchen, Transkribieren

### Sprachkenntnisse

Deutsch	fließend in Wort und Schrift
Englisch	fließend in Wort und Schrift
Französisch	gut in Wort und Schrift
Vietnamesisch	Muttersprache